

IM DEMOKRATIELABOR

Eine Staatsform auf dem Prüfstand

BLÜHENDE GIPFEL Wie sich die Klimaerwärmung in den Alpen auswirkt
JUSTIZIA IRRT Fehltritte kommen in der Schweiz häufiger vor als erwartet
ECHTER STRESS Wulf Rössler über unsere psychische Gesundheit



Miteinander verbunden. Durch unser Engagement «Schulen ans Internet».

Das Beste, was wir der nächsten Generation mit auf den Weg in die Zukunft geben können, ist eine gute Bildung. Darum unterstützen wir von Swisscom die Schüler und Lehrkräfte aller 5000 Schweizer Schulen mit kostenlosen Internetanschlüssen. Zum Kommunizieren, Lernen und Recherchieren in der Welt der Geschichte und Kulturen, der Natur und Technik, der Medien und Zeitungsarchive. Gestern, heute und morgen. www.swisscom.com/schule

Swisscom – Einfach verbunden.



swisscom

GEFORDERTE DEMOKRATIEN

Demokratie ist die beste aller Staatsformen, weil sie dafür sorgt, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen. Zu dieser unspektakulären, aber realistischen Einschätzung gelangte der irische Dramatiker G.B. Shaw. Doch, was ist eine Demokratie? Und wie funktionieren demokratische Staaten? Solche Fragen untersuchen Politologen und Publizistikwissenschaftler der Universität Zürich im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunktes (NFS) «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert». Die Wissenschaftler analysieren und interpretieren demokratische Prozesse. Als besondere Herausforderungen für die Demokratie sehen sie die Globalisierung und den wachsenden Einfluss der Medien auf die Politik. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur junge und wenig gefestigte Demokratien, sondern auch die westlichen Staaten, mit ihren langen demokratischen Traditionen. Denn demokratische Regeln sind nicht ein für alle Mal festgeschrieben. Sie müssen immer wieder neu ausgehandelt werden. In unserem Dossier zeigen wir, wie die Wissenschaftler die Chancen und Risiken von demokratischen Prozessen analysieren. Das Spektrum reicht dabei vom Einfluss der Medien auf Volksabstimmungen bis hin zur Frage, weshalb Demokratisierungen scheitern oder gelingen.

Weiter in dieser Ausgabe: Der Klimawandel ist zu einem wichtigen politischen Thema geworden. Forscher der Universität Zürich beschäftigen sich mit den konkreten Auswirkungen wie etwa dem Ansteigen der Schneegrenze oder der alpinen Flora, die sich neue Lebensräume erobert. – Cannabis galt lange Zeit als harmlose Droge. Wie der Sozialpsychiater Wulf Rössler in einer aktuellen Studie zeigen kann, ist dem nicht so. Der übermässige Konsum von Cannabis kann schwere psychische Folgen haben. Im Interview diskutiert Rössler seine Untersuchung und nimmt Stellung zu Fragen unserer psychischen Gesundheit. Wir wünschen Ihnen eine angeregte Lektüre. Ihre unimagazin-Redaktion, *Thomas Gull, Roger Nickl*



INSEL DER SEELIGEN Die Schweiz gilt als demokratische Musterschülerin. Der Fotograf Andri Pol wirft einen ironischen Blick auf die Manifestationen unseres nationalen Selbstverständnisses.

25 MACHTLOSE MEDIEN Wenn im Abstimmungskampf die Meinungen gemacht sind, stehen die Medien auf verlorenem Posten. Von Roger Nickl

29 GESINNUNGSWANDEL Einst orientierte sich die Presse an den Parteien. Heute gehorchen die Parteien der Logik der Medien. Von David Werner

32 SUPERDEMOKRATEN Die Schweiz ist ein ideales Modell für die Demokratieforschung. Interview mit Hanspeter Kriesi und Otfried Jarren

36 SPALTPILZ DEMOKRATIE Die Demokratisierung kann zum Auseinanderbrechen von Staaten führen. Von Thomas Gull

40 QUALITÄTSKONTROLLE Wie gut sind unsere Demokratien wirklich? Aufschluss geben soll das neue Demokratiebarometer. Von Tanja Wirz

43 SIEDLUNGSBREI Die Agglomerationen in der Schweiz wachsen. Um ihre Probleme zu lösen, müssen sie sich zusammenraufen. Von Katja Rauch

Mehr, mehr, mehr: Das ZKB Bildung plus-Konto.



Gutscheine im Wert von CHF 4'000.- zu gewinnen!

Für Studierende ist jetzt mehr drin: Neben vielen Gratisangeboten, höherem Zins und der zkbnightcard (bis 25 Jahre), gibt es für Kinofans ein spezielles Angebot. Mehr Informationen erhalten Sie in jeder ZKB Filiale oder unter www.zkb.ch/bildungplus.

www.zkb.ch

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

Universitätsleitung der Universität Zürich
durch unicom Media

LEITUNG

Dr. Heini Ringger, heini.ringger@unicom.uzh.ch

VERANTWORTLICHE REDAKTION

Thomas Gull, thomas.gull@unicom.uzh.ch
Roger Nickl, roger.nickl@unicom.uzh.ch

AUTORINNEN UND AUTOREN DIESER AUSGABE

Dr. Susanne Haller-Brem, ds.haller-brem@tiscali.net.ch | Maurus Immoos, maurus.immoos@bluewin.ch | Paula Lanfranconi, lanfranconi@dplanet.ch | Babajalscha Meili, babajalscha@yahoo.com | Matthias Meili, matthias.meili@hispeed.ch | Katja Rauch, katja.rauch@hispeed.ch | Adrian Ritter, adrian.ritter@unicom.uzh.ch | Simona Ryser, simona.ryser@bluewin.ch | Daniela Schwegler, presse@hispeed.ch | Gerda Tobler (Illustration), gerda.tobler@hgkz.net | David Werner, david.werner@unicom.uzh.ch | Dr. Tanja Wirz, tanja.wirz@hispeed.ch

FOTOGRAFINNEN UND FOTOGRAFEN

Manuel Bauer, manuel.bauer@bluewin.ch | Ursula Meisser, foto@umeisser.ch | Meinrad Schade, meinrad.schade@gmx.ch | Jos Schmid, jos@josschmid.com

GESTALTUNG/DTP

HinderSchlatterFeuz, Zürich
mail@hinderschlatterfeuz.ch

KORREKTORAT, DRUCK UND LITHOS

NZZ Fretz AG, Schlieren

ADRESSE

unicom Media
Schönberggasse 15a
8001 Zürich
Tel. 044 634 44 30
Fax 044 634 45 53
unimagazin@unicom.uzh.ch

INSERATE

Kretz AG
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Tel. 044 925 50 60
Fax 044 925 50 77
annoncen@kretzag.ch

AUFLAGE

26000 Exemplare. Erscheint viermal jährlich

ABONNENTEN

Das unimagazin kann kostenlos abonniert werden
unter media@unicom.uzh.ch

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln
mit Genehmigung der Redaktion

FORSCHUNG



ALPENBLÜHEN

Die Gebirgsflora erobert neue Lebensräume

12 FRAU HOLLE STREIKT

Was tun, wenn im Winter der Schnee fehlt

14 AUS DER VOGELSCHAU

Was historische Städtebilder erzählen

16 JUSTIZIAS IRRTÜMER

Fehlurteile sind häufiger, als man denkt

18 VIREN ALS DOPPELAGENTEN

Wie man das HI-Virus wirksam bekämpft

21 EI MIT FENSTER

Hühnerembryonen und Nervenwachstum

RUBRIKEN



INTERVIEW

Wulf Rössler über Cannabis und Burnout

6 SMALLTALK/LEUTE

7 STANDPUNKT

9 KUNSTSTÜCK/RÜCKSPIEGEL

46 ESSAY

Die Geografie der Hirnforschung

48 PORTRÄT

Wie Karin Moelling den Aids-Virus überlistet

56 BÜCHER

58 SCHLUSSPUNKT

«DER MYTHOS 1968»



Joachim Scharloth ist Wissenschaftlicher Assistent am Deutschen Seminar.

Joachim Scharloth, weshalb erforschen Sie die Protestbewegung von 1968?

Mich interessiert der populäre Mythos «68», der so verschiedene Dinge wie den Globuskrawall, russische Panzer auf dem Wenzelplatz und den Busen von Uschi Obermeier unter einen Hut bringt. Da wird eine Gemeinsamkeit suggeriert, die ich hinterfragen möchte. Bislang wurde die Geschichte von «68» immer von Zeitzeugen geschrieben, die sich oft die Frage nach Sieg oder der Niederlage der 68er stellten. Mich interessieren vor allem die kulturellen Aspekte von «1968».

Was interessiert Sie als Linguist an «68»?

«68» ist eine Zeit, in der sprachliche Inszenierungen von Nähe populär werden. Man duzt sich öfters und drückt auch vermehrt Emotionen sprachlich aus. «Unheimlich» ist eines der Modewörter der Zeit.

Sie postulieren, «68» sei hier nicht ins kulturelle Gedächtnis eingegangen. Weshalb?

«68» war in der Schweiz ein viel lokaleres Phänomen als in Deutschland oder Frankreich.

Sie untersuchen den «Zürcher Sommer 1968» – was machen Sie genau?

Der Kern des Projekts ist eine Edition von Quellen zu 1968 auf dem Internet. Im nächsten Mai erscheint ein Buch mit Essays und Bildern sowie eine DVD mit den Quellen.

Interview Roger Nickl

WEBSITE www.ds.unizh.ch/scharloth

LEUTE

Stellt man sich so nicht einen Ethnologen vor? Mit dem Pferd durch die Steppe reitend, auf dem Weg zur Feldforschung. Für Peter Finke ging dieser Wunsch 1991 nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Erfüllung. Endlich waren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Grenzen zu den zentralasiatischen Staaten offen, und er konnte die Mongolei bereisen – und Reiten lernen, um für seine Feldforschung überhaupt in die abgelegenen Nomadenlager zu gelangen. Damals stand er vor dem Abschluss seiner Magisterarbeit in Ethnologie in Berlin. Inzwischen hat er nicht weniger als vier Jahre im Herzen Eurasiens verbracht und ist seit September 2006 ordentlicher Professor für Ethnologie an der Universität Zürich. Mit seinem Forschungsgebiet ist Finke eine Ausnahmeerscheinung: «Es ist der einzige Lehrstuhl im deutschsprachigen Raum, der seinen Schwerpunkt auf die Länder Zentralasiens legt.» Das Interesse an Zentralasien hielt und hält sich innerhalb des Faches in Grenzen. Eine Forschungstradition konnte sich nicht etablieren, da die Gegend früher nicht zugänglich war und die Wissenschaftler auch heute noch mit bürokratischen Hürden zu kämpfen haben.

Finke interessiert vor allem, wie die Länder in Zentralasien mit dem Aufeinandertreffen von sozialistischer Vergangenheit und marktwirtschaftlichen Reformversuchen umgehen. So



Peter Finke

untersucht er, wie diese Konstellation die gesellschaftlichen Normen in Kasachstan verändert. Für 2008 ist ein Forschungsaufenthalt in der Mongolei geplant, um die Transformation zur Marktwirtschaft weiter zu dokumentieren. Wie die Zukunft Zentralasiens aussehen wird, hänge vor allem davon ab, ob es den einzelnen Ländern gelinge, ihre Beziehungen untereinander zu verbessern. Die wirtschaftlichen Voraus-

setzungen dafür sind unterschiedlich: Während Kasachstan dank den Einnahmen aus dem Ölgeschäft boomt, liegt die Wirtschaft in Usbekistan darnieder. Adrian Ritter

Am kunsthistorischen Institut avanciert die Fotografie dank eines neuen Studienganges vom Hilfsmittel zum Forschungsgegenstand. «Endlich kanns losgehen», freut sich Wolfgang Kersten, der Leiter der Lehr- und Forschungsstelle zu Theorie und Geschichte der Fotografie. Zwei Jahre lang hat der Kunsthistoriker Studienziele formuliert, an Lehrplänen gefeilt und Verhandlungen geführt. Was auf die Initiative von zwei Studentinnen zurückgeht, brachte



Wolfgang Kersten

Kersten in die institutionalisierte Form eines Nebenfachstudienganges. Seit 1999 hatten Kristine Häfele und Sabine Kaufmann am kunsthistorischen Institut Lehrveranstaltungen zum Thema Fotografie organisiert. Für ihr Projekt konnten sie den Galeristen Kaspar M. Fleischmann gewinnen, der bedeutende Fotografiensammlungen besitzt. Fleischmann hat bereits bei der Gründung des Fotomuseums Winterthur mitgewirkt und führt nun sein Engagement für die Fotografie an der Universität weiter. Die von ihm geleitete Dr.-Carlo-Fleischmann-Stiftung finanziert den Studiengang vollumfänglich.

Die Erforschung der Fotografie anhand historischer und kommunikationstheoretischer Ansätze stehe im Vordergrund des Studiums, betont Kersten, der in diesem Semester ein Proseminar zur Bauhausfotografie anbietet. Zum Programm gehört aber auch ein auf die Anwendung des theoretischen Wissens ausgerichteter Teil im Fotomuseum Winterthur, und die Studenten können sich Praktika bei Galerien, Museen oder Fotografen anrechnen

lassen. Schon die von Häfele und Kaufmann organisierten Veranstaltungen waren sehr beliebt. Für den neuen und im deutschsprachigen Raum einzigartigen Studiengang kommen die Studierenden nun auch aus dem Ausland nach Zürich. *Babajalscha Meili*

Aufgewachsen ist Renata Coray im Kanton Baselland. Doch da beide Eltern aus dem Bündner Oberland stammen, wurde in der Familie Sursilvan gesprochen, eines von fünf Idiomen des Rätoromanischen. Mittlerweile ist Coray wissenschaftliche Mitarbeiterin am Romanischen Seminar der Universität Zürich und interessiert sich dafür, wie die verschiedenen Sprachen die Identität von Romanischsprachigen prägen. Denn neben dem Romanischen ist Deutsch unerlässlich sowohl in der Schule wie auch im Alltag. Und welche Einstellung haben die Romanen zur Schriftsprache «Rumantsch



Renata Coray

Grischun»? Solchen Fragen geht Coray derzeit im Rahmen des Forschungsprojektes «Rätoromanische Sprachbiographien. Sprache, Identität und Ideologie in Romanischbünden» nach.

Für Sprachen und Sprachenpolitik interessiert sie sich schon lange. Im Rahmen eines früheren Projektes untersuchte sie die Verfassungsdebatten und Presseartikel rund um den Sprachenartikel in der Bundesverfassung. Ihre soeben abgeschlossene Dissertation geht den Sprachmythen jener Romanischsprachigen nach, die sich besonders für die Erhaltung des Rätoromanischen einsetzen. Im aktuellen Projekt erforscht sie, welche sprachlichen Erlebnisse und Prägungen bei den Romanen ausserhalb dieser Bewegung zu finden sind. 30 Interviews haben Coray und ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin geführt, bis Sommer 2008 soll die Auswertung vorliegen. *Adrian Ritter*

STANDPUNKT von Beat Keller

GENTECH-FORSCHUNG



«Nach den hitzigen Debatten rund um die Genschutzinitiative scheint heute ein gelassenerer Dialog zwischen Forschenden und Bevölkerung möglich.»

Forschung zu Nutzen und Risiken der pflanzlichen Gentechnik unter Freilandbedingungen ist aktuell und dringlich: Obschon die Technologie erst seit elf Jahren kommerziell zur Verfügung steht, werden weltweit jedes Jahr bereits mehr als 100 Millionen Hektaren gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Das entspricht 25-mal der Gesamtfläche der Schweiz. In den USA beruhen heute 91% der Soja- und 87% der Baumwollproduktion auf gentechnisch veränderten Sorten. In der Schweiz allerdings steht die Zeit still: Es gilt bis 2010 ein Verbot für die kommerzielle Nutzung der landwirtschaftlichen Gentechnik.

Das Moratorium muss als Pause zum Forschen und Denken genutzt werden. Die Forschung ist gefordert, gerade auch für spezifisch schweizerische Verhältnisse neue Erkenntnisse zu sammeln. Deshalb haben elf Forschungsgruppen unter der Leitung der Universität Zürich ein Feldexperiment (Versuchsgrösse 0,6 Hektaren, verteilt auf drei Jahre) geplant. Im Versuch, der im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Nutzen und Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen» durchgeführt werden soll, wollen wir wissenschaftliche

Fragen zu gentechnisch veränderten Pflanzen mit erhöhter Krankheitsresistenz beantworten (siehe www.konsortium-weizen.ch). Löst das geplante Feldexperiment nun eine weitere Welle der Entrüstung aus, wie sich das Forschende seit der Genschutzinitiative gewohnt sind?

Die bisherigen Reaktionen lassen noch keine klare Antwort zu. Zwar gab es Anfragen und Interpellationen mit Antrag auf Ablehnung des Versuchs auf Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischer Ebene und einige kritische Berichte in den Medien. Doch reisserische Zeitungsberichte liefen schon bald einmal ins Leere. Und auch die Besorgnis der Bevölkerung war bescheiden: Nur zwei Personen beantragten, für den Versuch in Zürich als Partei gegen den Versuch anerkannt zu werden, ein Anspruch, der von der zuständigen Bewilligungsbehörde geprüft werden wird.

Und doch – wie sollen wir als Forschende mit der zum Teil lautstarken Ablehnung des Projekts umgehen? Mit Sicherheit ist eine offene und langfristige Kommunikation nötig. Zudem versuchen wir, bei den Feldversuchen auf Einsprachen und Einwände der Anwohner einzugehen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Mit dieser offenen und transparenten Haltung wollen wir als Wissenschaftler dazu beitragen, Klarheit zu Motiven, Vorgehen und Zielen der Forschungsarbeiten zu schaffen. Der Zürcher Stadtrat hat uns kürzlich bescheinigt, dass wir das bis jetzt gut gemacht haben. Nach den hitzigen Debatten rund um die Genschutzinitiative scheint heute ein ruhigerer und gelassenerer Dialog zwischen Forschenden und Bevölkerung möglich. Die Bewährungsprobe kommt allerdings im nächsten Frühjahr, wenn für den Versuch ausgesät werden soll.

Beat Keller ist Professor für Pflanzenbiologie, insbesondere Molekularbiologie der Pflanzen an der Universität Zürich und hauptverantwortlicher Forscher des Projekts Konsortium-Weizen.ch.

MIGROS

SO ODER SO

HEUTE BEDANKT SICH RENATA FORRER BEI RAHEL BERG FÜR IHR ENGAGEMENT.

Ziege müsste man sein. Zumindest bei Frau Forrer. Denn sie befolgt die Richtlinien von Bio Suisse für eine saturne, nachhaltige Landwirtschaft.

So wird auf chemisch-synthetischen Pflanzenschutz und Dünger verzichtet, alle Tiere haben regelmässigen Auslauf, das Futter muss überwiegend biologisch sein und möglichst aus Eigenproduktion stammen.

Das weiss auch eine Kundin wie Frau Berg zu schätzen und kauft bewusst Engagement-Produkte.

Darum haben wir Renata Forrer zu Rahel Berg eingeladen, weil sie sich einmal persönlich bei einer ihrer Kundinnen bedanken wollte. Ein Dank, der allen gebührt, die mit ihrem Kaufverhalten ihrer Umwelt ein paar Schritte voraus sind.

TATEN STATT WORTE.

ENGAGEMENT
migros.ch





Welche Bauten müssen im Zentrum von Zürich stehen, welche können ausgelagert werden?

DOWNTOWN SWITZERLAND

Die gegenwärtige Diskussion um das Zürcher Kongresszentrum zeugt vom Interesse der Bevölkerung an architektonischen und städtebaulichen Entscheidungen. Zugleich fällt auf, dass sich die Auseinandersetzung in erster Linie um die Qualität des Objekts dreht. Wichtiger als die Frage nach der Qualität ist allerdings jene nach dem Standort. Und diese kann nur dann angemessen behandelt werden, wenn man sich vor Augen führt, wie die Stadt Zürich zu definieren ist. Das Label «Downtown Switzerland» für die Vermarktung der Stadt und die Greater Zurich Area zeugen davon, dass sich Zürich längst in einem überregionalen Horizont sieht. In der öffentlichen Wahrnehmung endet die Stadt nicht an den politischen Grenzen der Gemeinde Zürich.

Weil die Stadtplaner an die politischen Strukturen gebunden sind, müssen sie zwangsläufig innerhalb enger Grenzen agieren. Die Auswirkungen werden in den Querelen um Infrastrukturbauten deutlich. Das Hardturm-Stadion und das Kongresszentrum sind vor allem deshalb Zankäpfel, weil sie sich auf dem ohnehin engen Raum des Zentrums drängen. Die Erweiterungsbauten des Rietberg Museums sowie die geplante Erweiterung des Kunsthauses sind zweifellos gefällige Objekte. Städteplanerisch verspielt Zürich allerdings die Chance, sie als Attraktoren für neue Gebiete einzusetzen. Warum darf das neue Kunsthaus nicht in Altstetten stehen? Als Vorbild könnte Basel dienen. Das Schaulager wurde bewusst nicht in die

ohnehin kulturell saturierte Innenstadt gepfercht. Es steht am Stadtrand umgeben von Lagerhäusern – als Katalysator eines neuen Stadtviertels für Kultur und Bildung.

Diese Prozesse sind bekannt und erforscht. Es lohnt sich, gerade im Hinblick auf die anstehenden Entscheidungen, die 2006 erschienenen Bände «Die Schweiz: Ein städtebauliches Porträt» noch einmal anzusehen. Sie sind das Resultat der Forschungsarbeit des ETH Studio Basel um Roger Diener, Jacques Herzog, Marcel Meili und Pierre de Meuron. «Wie gross ist Zürich?», lautet eine Frage. Ist es die «europäische Grossregion Zürich» mit 4 Millionen Einwohnern? Oder steuert die Stadt, wie Herzog befürchtet, wegen der radikalen Trennung von Zentrum und Peripherie auf einen Kollaps zu? Das Problem lokalisiert Herzog in der ganzen Schweiz in der Struktur der Gemeinde, dem, wie er meint, «Antikörper der Stadtwerdung», die das Denken und Handeln in grösseren Zusammenhängen blockiert und verhindert, dass sich Zürich «im Sinne der Metropolen des 19. oder 20. Jahrhunderts» ausbreiten kann. Eine Veränderung kann nur auf politischem Weg geschehen. Aber dazu bräuchte es zuerst ein Interesse am Städtischen. In Herzogs Worten: «Den Willen, zu einem grösseren städtischen Ganzen zu gehören, spüre ich nirgendwo in der Schweiz – nicht einmal in Zürich.»

Philip Ursprung ist Professor für Moderne und zeitgenössische Kunst an der Universität Zürich. ursprung@khist.unizh.ch

SCHLAFEN AN DER UNI

Wir schreiben das Jahr 1989. Kurz vor den Wintersemesterferien versammelt sich eine Schar von Studierenden vor den Toren der Universität Zürich, doch diese sind verschlossen. Eine private Wachgesellschaft und ein Polizeicorps sorgten dafür, dass das so blieb. Doch was war geschehen? Weshalb diese Aufruhr kurz vor den Ferien?

Am 20. Februar 1989 verkündete die «Zürcher StudentIn», im Lichthof der Universität werde ein «SleepIn» stattfinden. Ein Ansinnen, mit dem sich der damalige Rektor Hans Heinrich Schmid nicht anfreunden konnte. Er liess deshalb kurzerhand das Hauptgebäude schliessen und bewachen. Verschiedene Prüfungen, zwei Antrittsvorlesungen und die Veranstaltungen der Volkshochschule fielen diesem Entschluss zum Opfer.

Dies schien die rund 400 Studierenden kaum zu kümmern. Sie begaben sich statt in den geschlossenen Lichthof ins benachbarte Deutsche Seminar, um ihr «SleepIn» doch noch durchzuführen. «Das anschliessende Fest war ein Vollerfolg [...] und morgens um sieben wurden die über alle 4 Stöcke verteilten Beschlaferinnen standesgemäss durch ein Alphorn geweckt», berichtete einer der Studierenden von dieser Nacht.

Maximilian Jaeger, der damals als Universitätssekretär für die Zuteilung der Räume verantwortlich war, kann sich gut an die Ereignisse erinnern: «Die Aktion hatte Happening-Charakter und war in einer gewissen Weise auch eine Heraufbeschwörung der 68er-Bewegung. Sie ging aber gewaltlos über die Bühne.»

Die Schlafaktion sollte jedoch nicht bloss eine Pyjama-Party sein, sondern den politischen Austausch zwischen den Studierenden fördern. Das Ganze stand unter dem Schlagwort der «UniTOPIe» und wurde ange-regt durch die Ereignisse an der Freien Universität Berlin. Die «UniTOPistInnen» kritisierten den Studienalltag und wollten diesen aktiv verändern. Rektor Hans Heinrich Schmid bot den Studierenden zwar das Gespräch an. Ihre Anliegen konnten sie aber nicht durchbringen. *Maurus Immoos*
RECHERCHE Silvia Bolliger

SCHÖNER DIE ALPEN NIE BLÜHTEN

Die globale Klimaerwärmung macht sich auch in den Alpen bemerkbar: die Gletscher schmelzen, die Schneegrenze steigt und die alpinen Pflanzen erobern sich Schritt für Schritt neue Lebensräume. Von Thomas Gull

Am Ende der letzten Eiszeit reichte die Zunge des Morteratsch-Gletschers bis hinunter nach Pontresina. Jetzt zieht sie sich jedes Jahr zurück, hinauf zur Bernina-Gruppe, wo sie herkommt. Im Durchschnitt sind es zwischen 20 und 40 Meter pro Jahr, im Hitzesommer 2003 waren es sogar 75 Meter. Nach dem Rückzug kommt zum Vorschein, was die Eismasse in jahrtausendelanger Kleinarbeit zu Tale gefördert hat – Schutt, Geröll, manchmal Baumstämme und Leichen verunglückter Menschen. Doch die Steinwüste wird schnell von Pflanzen in Besitz genommen. Zuerst kommen Pionierpflanzen wie das Graue Zackenmützenmoos (*Rhacomitrium canescens*) und das Pohlmoos (*Pohlia gracilis*), dann folgen die Säuerlinge (*Oxyria digyna*) und das Fleischer'sche Weidenröschen (*Epilobium fleischeri*), die erste Fluren bilden. Schliesslich folgen Bäume und Sträucher, meist zuerst die Lärche (*Larix decidua*), die sich als Pionierin schon sehr früh festsetzt, später die Arve (*Pinus cembra*). Der Weg zum Fuss der Gletscherzunge führt deshalb zunächst durch ein junges Lärchenwäldchen. Es dauert über 150 Jahre, bis nach dem Rückzug des Gletschers ein richtiger Wald entsteht.

NEUE ARTEN EROBERN DIE GIPFEL

Conradin A. Burga, Professor für Physische Geographie, beobachtet die Entwicklung am Morteratsch seit 25 Jahren. Jedes Jahr macht er mit seinen Studierenden eine Exkursion ins Engadin, damit sie sich vor Ort ein Bild machen können. Gerade im Vorfeld des Gletschers auf dem Rückzug gebe es immer wieder Neues zu entdecken, freut sich Burga. Die Erforschung der alpinen Flora ist eines von Conradin Burgas Forschungsgebieten, das mit der Klimaerwärmung an Dynamik und Brisanz gewonnen hat.

Im Rahmen der Global Observation Research Initiative in Alpine Environments (GLORIA) wird untersucht, wie sich die Klimaerwärmung auf die alpine Vegetation auswirkt. Zu diesem Zweck werden die Vegetationskundler zu Bergsteigern. Denn am besten lassen sich die Folgen der globalen Erwärmung weit oben dokumentieren – vorzugsweise auf über 3000 Metern. «Gipfflora Monitoring» nennt sich diese Disziplin, die wissenschaftliche Arbeit mit Leistungssport verbindet. Dabei wird nach international festgelegten Regeln die Vegetation der obersten 10 Meter eines Gipfels inventarisiert.

Burga hat zusammen mit Kollegen und Studierenden 2003 elf Gipfel im Bernina-Gebiet untersucht und dabei Erstaunliches festgestellt: Die Zahl der Arten hat sich im Vergleich mit früheren Erhebungen vervielfacht. Auf dem Piz Tschüffer (2916 m) etwa wurden vor rund hundert Jahren 7 Arten gezählt, 2003 waren es 27. Das entspricht einer Zunahme von fast 300 Prozent. Andere Gipfel weisen ebenfalls sehr hohe Zuwachsraten aus, neun Gipfel zeigen eine Zunahme der Arten von 25 bis 286 Prozent.

Einige der Pflanzen haben bei ihrem Aufstieg in den vergangenen hundert Jahren erstaunliche Höhendifferenzen überwunden. So findet sich der Graue Alpendost (*Adenostyles alliariae*) heute auf 3040 Metern (plus 440 m), die robusten Arven wachsen bis auf 2810 Meter (plus 250 m). Den grössten Sprung hat der Zerbrechliche Blasenfarn (*Cystopteris fragilis*) gemacht (plus 520 m, auf 2720 Meter). Zu noch eindrücklicheren Ergebnissen kam Esther Frei, die für ihre Diplomarbeit in den Sommern 2004 und 2005 die Alpenflora am Piz Languard bei Pontresina (3262 Meter) inventarisierte und mit den Ergebnissen von 2003 und früheren Aufnahmen verglich, die bis ins Jahr 1905 zurück-



Wenn sich die Gletscher zurückziehen, entsteht neuer



Lebensraum, der zuerst von Pionierpflanzen besiedelt wird.

SKIFAHREN OHNE SCHNEE

Mit der Klimaerwärmung steigt auch die Schneegrenze. Wie sich das auf die Wintersportorte im Alpenraum auswirkt, hat der Geograf Bruno Abegg in einer Studie im Auftrag der OECD untersucht. Von Thomas Gull

Wer träumt in unseren Breitengraden nicht von weissen Weihnachten? Mit der Erwärmung des Klimas dürfte dieser Wunsch künftig immer seltener in Erfüllung gehen. Die Schneegrenze steigt und die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass es unter 1200 Metern schneit. Was für viele allenfalls ein emotionaler Verlust ist, hat für die Tourismusindustrie gravierende Konsequenzen: Die steigende Schneegrenze trifft die Wintersportbranche in ihrem Lebensnerv. Wie sich die Veränderungen auf den Tourismus im Alpenraum auswirken, hat der Geograf Bruno Abegg, Oberassistent am Geographischen Institut, in einer alpenweiten Studie im Auftrag der OECD untersucht. Dabei hat Abegg einerseits interessiert, wie sich eine Klimaerwärmung um 1, 2 und 4 Grad auf die Schneesicherheit auswirkt, andererseits erörtert er Strategien, um den Veränderungen zu begegnen.

Doch was bedeutet überhaupt Schneesicherheit? «Der Schnee ist eigentlich ein Zappelpilipp», diagnostiziert Abegg, «die Unterschiede bei der jährlichen Schneemenge sind sehr gross, das illustrieren die letzten beiden Winter auf eindrückliche Weise.» Deshalb sei es nicht einfach, Trends herauszulesen. Die Schneedaten zeigten jedoch, dass die Schneemenge tatsächlich abnehme. Allerdings nur in den tieferen und mittleren Lagen. Die Erklärung ist einfach: Die Niederschläge gehen gesamthaft nicht zurück, weiter unten fallen sie aber nicht mehr in Form von Schnee, sondern auch im Winter immer öfter als Regen. Das hat Konsequenzen: Heute können 609 der 666 von Abegg untersuchten Skigebiete in Österreich, der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Italien als schneesicher gelten. Das heisst, sie verfügen im Durchschnitt während 100 Tagen über eine Schneedecke von mindestens 30 Zentimetern. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren kontinuierlich abnehmen – auf

500 Schneesportgebiete bei einer Erwärmung um 1 Grad, auf 404 bei plus zwei und auf 202 bei plus vier Grad. Das heisst, gegen Ende dieses Jahrhunderts wird voraussichtlich nur noch knapp ein Drittel der bisherigen Schneesportgebiete schneesicher sein.

Ein unerfreuliches Szenario, wobei die Schweiz am wenigsten betroffen ist, weil es hier viele Skigebiete gibt, die über 1800 Metern liegen. Die Grenze der Schneesicherheit liegt heute auf 1200 Metern und steigt dann pro Grad Erwärmung um 150 Meter an, bei einer Erwärmung um vier Grad demnach auf 1800 Metern. In der Schweiz würden in diesem Fall noch 78 Wintersportgebiete als schneesicher gelten, heute sind es gut doppelt so viele (159). Am härtesten trifft die Erwärmung Deutschland, dessen Skigebiete mit einer Ausnahme nicht mehr mit genügend Schnee rechnen könnten.

SCHNEE AUS KANONEN KOSTET MILLIONEN

Was ist zu tun, wenn der Schnee ausbleibt? Abegg erörtert verschiedene Strategien. Eine der populärsten sind Beschneiungsanlagen. Der künstlich hergestellte Schnee war in den 90er-Jahren politisch noch heftig umstritten. Mittlerweile wächst die Zahl der beschneiten Pistenkilometer jedoch rapide an. Heute können in der Schweiz rund 18 Prozent aller Pisten beschneit werden, 1990 waren es noch 1,5 Prozent. Schneeanlagen machen allerdings nur Sinn in Gebieten, die normalerweise schneesicher sind. Das künstlich produzierte Weiss dient in der Regel dazu, die Launen des Zappelpilipps Schnee auszugleichen. Künstlicher Schnee ist allerdings sehr teuer. Bisher wurden in der Schweiz über 350 Millionen Franken in Schneeanlagen investiert, die Produktion von einem Kubikmeter Schnee kostet je nach Schätzung zwischen einem bis fünf Euro. Nur die besser betuchten Bergbahnunternehmen können es

reichen. Frei untersuchte nicht nur die obersten zehn Meter, sondern den Höhenbereich von 3000 bis 3262 Metern. Dabei konnte bei 37 Arten ein deutlicher Anstieg festgestellt werden, 12 Arten stiegen geringfügig ab und 36 blieben mehr oder weniger stabil. Die Anstiege, die Frei verzeichnete, liegen zum Teil noch beträchtlich über jenen der Untersuchungen von 2005, beispielsweise beim Alpen-Hornklee (*Lotus alpinus*, plus 645 m) oder der Arnika (*Arnica montana*, plus 565). Von 980 Blüten- und Farnpflanzen des Unter- und Oberengadins weisen 213 Arten einen Höhenanstieg von mehr als 100 Metern auf.

PREISELBEEREN AUF 3000 METERN

Pioniere der Alpen-Botanik wie Oswald Heer, Paläobotaniker an der Universität und ETH Zürich, haben diese aufschlussreichen Vergleiche ermöglicht. Heer zählte 1866 die Pflanzen auf dem Piz Linard. Für die Arbeit von Burga und seiner Kollegen waren jedoch vor allem die Inventare von Eduard Rübel (1912), dem Stifter des Geobotanischen Instituts der ETH Zürich, von Josias Braun-Blanquet (1913), der die Pflanzensoziologische Nomenklatur entwickelte, und von Hans Rudolf Hofer (1992) besonders wertvoll.

Wenn auf 3000 Metern plötzlich Preiselbeeren wachsen (*Vaccinium vitis-idaea*, plus 460 m), die normalerweise in den Gebirgs-Nadelwäldern bis höchstens zur Waldgrenze verbreitet sind, ist das für Burga ein klares Indiz für den Klimawandel. Wie die Daten nahe legen, hat sich der Anstieg seit 1985 zudem um rund zehn Höhenmeter pro Jahrzehnt beschleunigt. In dieser Zeit erwärmte sich das Klima um 0,5 bis 0,7 Grad Celsius, ein Trend, der sich bis Mitte dieses Jahrhunderts verstärkt. Es dürfte deshalb nur eine Frage der Zeit sein, bis auf einigen Engadiner Gipfeln Lärchen und Arven wachsen.

KONTAKT Prof. Dr. Conradin Burga, Geographisches Institut Universität Zürich, cburga@geo.unizh.ch

FINANZIERUNG EU-Projekt GLORIA (Global Observation Research Initiative in Alpine Environments); DFG, Bonn; Stiftung Dr. Joachim de Giacomo.



Was tun, wenn der Schnee ausbleibt? Künstliche Beschneung lohnt sich nicht für alle Skigebiete.

sich überhaupt leisten, Schnee zu machen. Aber auch deren Budgets werden mit Beträgen in Millionenhöhe belastet, um etwas herzustellen, das früher gratis und franko vom Himmel fiel. Neben der Beschneung gibt es weitere Massnahmen wie etwa der Ersatz von Schleppliften durch Sessellifte, das Planieren von Pisten oder das Abdecken von Gletschern mit Kunststofffolie. Ebenfalls erwogen wird die Verlegung einzelner Beförderungsanlagen oder ganzer Skigebiete in höhere Lagen und an die Nordhänge, wo der Schnee weniger schnell von der Sonne «gefressen» wird. Beide Optionen sind teuer, mit Risiken behaftet (erhöhte Lawinengefahr) und politisch heikel (Neuerschliessungen werden bekämpft).

RENAISSANCE DER SOMMERFRISCHE

Für hoch genug gelegene Tourismusgebiete mache das Festhalten am Wintertourismus nach wie vor Sinn, betont Abegg. Alle anderen müssten umdenken. Was nicht ganz einfach sein dürfte, denn die Bergbahnen in der Schweiz machen 84 Prozent ihres Umsatzes im Winter. Abegg verspricht jedoch einen gewissen Optimismus. Die Branche sei hochdynamisch und man brauche nicht bereits morgen «pfannenfertige» Rezepte, gibt der Wirtschaftsgeograf zu bedenken, der selber einer Arbeitsgruppe von Schweiz Tourismus angehört, die sich mit der künftigen Ausrichtung des Alpentourismus beschäftigt. Da gibt es auch erfreuliche Perspektiven: «Wenn wir nicht nur den Winter anschauen, sondern auch den Sommer, dann sehen wir mehr Rosarot und Himmelblau», betont Abegg. Denn die Zukunftsszenarien gehen von wärmeren und trockeneren Sommern aus, was die hitzegeplagten Flachländer in die Berge treiben wird. Gleichzeitig wird es in den Sommermonaten in den Feriengebieten am Mittelmeer so heiss sein, dass die Lust, dort Ferien zu machen, abnehmen dürfte. «Das ist die Chance für eine Renaissance der klassischen Sommerfrische in den Alpen», sagt Abegg. Die Touristiker müssen sie nur packen.

KONTAKT Dr. Bruno Abegg, Geographisches Institut Universität Zürich, babegg@geo.uzh.ch

ZUSAMMENARBEIT OECD Environment Directorate
FINANZIERUNG OECD

IMAGINÄRE STÄDTE

Historische Stadtdarstellungen sind Schaufenster auf vergangenes urbanes Leben. Ein grossangelegtes Forschungsprojekt zeichnet nun erstmals die Entwicklung solcher Städtebilder in der Schweiz nach. Von Roger Nickl

Wie ein imaginäres Luftschiff liess Jacopo de' Barbari im Jahre 1500 seinen Geist in die Höhe schweben. Von dort aus, aus der Vogelschau-perspektive, zeichnete der Künstler ein völlig neues, so noch nie gesehenes Bild seiner Stadt Venedig. In einer majestätischen Schlangenlinie zieht der Canale Grande eine von Prachtbauten gesäumte Schneise durch das Häusergewirr und mündet – in der Ferne – schliesslich ins offene Meer. Barbaris Meisterwerk setzte damals neue Massstäbe in der Wahrnehmung und in der künstlerischen Darstellung von Städten – und es lancierte einen neuen Trend. In der Folge entstand in Europa eine Flut solcher so genannter Vogelschauveduten – darunter auch der berühmte Plan der Stadt Zürich, den Iosias Murer 1576 schuf. Für die Betrachter des 16. Jahrhunderts waren solche Bilder wohl der Inbegriff für künstlerische Vorstellungskraft und technische Raffinesse. Sie liessen die Welt, in der man lebte, in einem neuen Glanz erstrahlen. Stadtveduten hatten aber auch eine ganz praktische Seite: Sie waren Vorgänger von Stadtplänen und halfen etwa Steuerbeamten, ihre Klienten im Gassengewirr aufzuspüren.

VON KUNSTWERKEN LERNEN

Nicht nur die Menschen in der Renaissance begeisterten sich für solche Stadtdarstellungen, auch die Historiker und Kunsthistoriker von heute sind von diesen Kunstwerken fasziniert. Für sie sind sie wertvolle Quellen, die über die sozialen Verhältnisse, demographischen Entwicklungen und über den städtischen Alltag in der Vergangenheit berichten und somit vorhandene Textquellen und Dokumente ergänzen. Bernd Roeck von der Universität Zürich erforscht schon seit etlichen Jahren die Entwicklung von Städten in Europa vor allem in der Frühen Neuzeit. Und er analysiert Bilder und Kunstwerke als historische Zeugen der

Geschichte. «Kunst ist das grösste Symbol-system der Menschheit, da gibt es viel zu lernen», sagt Roeck, «bis vor kurzem wurde diesen Quellen aber viel zu wenig Beachtung geschenkt.» Ein Plädoyer für diese Sicht der Dinge gab der Historiker bereits 2004 in seinem Buch «Das historische Auge. Kunstwerke als Zeugen ihrer Zeit».

In einem aktuellen, vom Nationalfonds unterstützten Projekt ist Bernd Roeck und ein rund sechzigköpfiges Team von Historikern und Kunsthistorikern nun damit beschäftigt, eine Ikonographie der Schweizer Stadt zu erarbeiten. Ziel ist es, alle bildlichen Darstellungen von über 40 Deutschschweizer sowie von rund 20 Städten in der Romandie und drei Städten im Tessin, die zwischen dem 15. bis zum 19. Jahrhundert entstanden sind, zu sammeln, zu sichten und zu interpretieren. Dazu gehören Gemälde und Grafiken genauso wie Fotografien. Obwohl sich Schweizer Stadthistorikerinnen und -historiker immer wieder in kleineren Studien mit solchen Bildquellen auseinandergesetzt haben, fehlt bislang eine nationale Bestandesaufnahme, die erst einen Vergleich der Stadtbilder und ihrer Entwicklung in den verschiedenen Sprachregionen und Kulturräumen möglich macht. Die Recherche könnte, so hofft Bernd Roeck, auch neue, bislang unbekannte Stadtdarstellungen aus den Tiefen der Archive ans Licht heben.

Die Forscher wollen aber auch nachzeichnen, wie sich die visuelle Inszenierung von Städten in der Schweiz verändert hat. Einer Entwicklung, die von frühen Symbolen, wie sie etwa auf Siegeln zu finden sind, über Vogelschauveduten und die so genannte Kavalierverspektive bis hin zur romantischen Sicht der Stadt in ihrer natürlichen Umgebung und zu frühen Fotografien führt. Anhaltspunkte dazu hat Bernd Roeck bereits in den 90er-Jahren



Dominantes Grossmünster: In seinem Plan von 1576



inszenierte Iosias Murer Zürich als Gottesstadt.

gesammelt: Damals koordinierte er im Rahmen eines grossen europäischen Projekts eine deutsche Arbeitsgruppe, die sich mit dem «Bild der Stadt in der Neuzeit, 1500–1800» – so der Titel des 1998 erschienenen Buches – beschäftigte.

SCHAUFENSTER AUF DIE WELT

In der frühen Neuzeit wurde die Malerei revolutioniert: Mit der Erfindung der Zentralperspektive wird das Bild zum Schaufenster auf die Welt. Trotz dieses neuen Realismus in der Kunst waren Stadtdarstellungen nie Abbildungen der Wirklichkeit. Sie sind im Gegenteil immer Inszenierungen: schöne und prächtige Repräsentationen eines städtischen Gemeinwesens, das sich im besten Licht zeigen will. «Wir sehen in diesen Bildern, wie sich die Menschen etwa des 16. oder 17. Jahrhunderts eine Stadt vorgestellt haben – wie sie sie sehen wollten», sagt Bernd Roeck, «indem wir diese Stadtbilder lesen, können wir viel über die histoire imaginaire lernen.» In Murers Stadtplan aus dem 16. Jahrhundert wird das Grossmünster beispielsweise besonders deutlich hervorgehoben. «Man zeigt sich als christliche Stadt, als Gottesstadt», erklärt der Historiker, «viele dieser alten Darstellungen, auch der Murer-Plan, deuten auf ein sakrales Verständnis der Stadt als Heilsgemeinschaft hin.» Ebenfalls fragen kann man sich, weshalb im Murer-Plan die Schiffsbrücken auf der Limmat so aufwendig und detailliert gestaltet sind. «Heute würde man technischen Einrichtungen wohl kaum so viel Platz einräumen», meint Bernd Roeck, «damals zeigte man aber mit Stolz diese Wunderwerke der Technik und inszenierte sich als moderne Stadt.»

Aus den aktuellen Forschungsarbeiten soll schliesslich ein Buch entstehen: Neben den Beiträgen, die den über sechzig Schweizer Städten gewidmet sind, wollen die Wissenschaftler aufzeigen, wie sich soziale und kulturelle Rahmenbedingungen auf die Darstellungen von Städten auswirkten. Gibt es etwa eine spezifisch katholische oder eine protestantische Inszenierung von Stadt? Wie setzen sich wiederum Patrizierstädte wie Bern oder Luzern in Szene? Und wie die Zunftstadt Zürich? Zudem: Wie wirkt sich der Transfer von Techniken und Ideen aus Deutschland, Italien und Frankreich auf die Stadtkonographie in der Schweiz aus?

WENN JUSTIZIA IRRT

Solche Fragen wollen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beantworten. «Wir möchten letztlich herausfinden, ob es eine spezifisch schweizerische Stadtkonographie gibt», sagt Bernd Roeck.

HONGKONG ODER ZÜRICH

Die Metropolen von heute ziehen immer mehr Menschen an: Während 1950 noch rund 70 Prozent der Weltbevölkerung auf dem Land lebten, wohnten 2006 bereits über 50 Prozent in einer Stadt. Im Zuge der Globalisierung beginnen sich die urbanen Lebensräume zudem immer ähnlicher zu werden. «Heute kann man in Hongkong mehr oder weniger dasselbe einkaufen, wie in Zürich», meint Bernd Roeck. Die Folgen dieser Entwicklung liegen für den Historiker auf der Hand: «Weil die Lebensverhältnisse weltweit zunehmend nivelliert werden, wird die Frage nach der eigenen Identität immer wichtiger und die Menschen beginnen, sich wieder vermehrt für ihre Geschichte zu interessieren.» Das geplante Buch, das 2009 erscheint und sich an ein breites Publikum wendet, reagiert auf dieses Bedürfnis. Es möchte den Bewohnern der Schweizer Städte ein Stück ihrer Geschichte und somit ihrer Identität an die Hand geben. «Das Buch soll die Entwicklung der Schweizer Städte vor Augen führen und vielleicht auch davon warnen, die alten Städte zu zerstören», sagt Bernd Roeck, «Architekten tun dies ja zuweilen nachhaltiger als Kriege.»

KONTAKT Prof. Dr. Bernd Roeck, Historisches Seminar der Universität Zürich

FINANZIERUNG Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Hochschulstiftung der Bildungsdirektion des Kantons Zürich (Tagungsbeitrag)

ZUSAMMENARBEIT Prof. Dr. François Walter, Université de Genève, Dr. Marco Jorio, Historisches Lexikon der Schweiz, PD Dr. Martina Stercken, Historisches Seminar der Universität Zürich

Auch die Justiz macht Fehler. Und das nicht selten. Vor allem bei kleinen Delikten im Strassenverkehr trifft ein Strafbefehl immer mal wieder den Falschen, sagt der Rechtswissenschaftler Martin Killias. Von Daniela Schwegler

Ein Gefangener wartet im US-amerikanischen Bundesstaat Virginia 24 Jahre lang auf seine Hinrichtung. Verurteilt zum Tod wegen eines grauenhaften Vergewaltigungsmords. Bloss: Er ist unschuldig. Der Zufall will es, dass die Wahrheit bei einer Routineuntersuchung zu Tage tritt. Eine Wahrheit, die Leben rettet. 68 Prozent aller Todesurteile in den USA weisen schwere Fehler auf, wie eine Untersuchung der Columbia-Universität zeigt. Jeder fünfzehnte Verurteilte war unschuldig. «Auch in der Schweiz werden Menschen verurteilt für Taten, die sie gar nicht begangen haben», sagt Martin Killias, Professor für Straf- und Strafprozessrecht, «allerdings glücklicherweise mit weniger schwerwiegenden Konsequenzen als in den USA.»

Und seltener. Das liege daran, dass Strafverfolgungsbehörden in Europa und der Schweiz – anders als in den USA – auch entlastenden Momenten nachgehen müssen. Gut illustriert dies der Fall eines 58-jährigen Franzosen, der von der Genfer Justiz 2001 eine Entschädigung von 2,5 Millionen Franken forderte. Er war zehn Jahre zuvor zu Unrecht wegen eines brutalen Raubüberfalls auf eine Genfer Bijouterie zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. 1999 hatten zwei reuige italienische Kriminelle vor einem italienischen Gericht bezeugt, dass ihre Bande den Überfall 1983 beging. Den Franzosen, der trotz eines Alibis dreieinhalb Jahre hinter Gittern verbringen musste, hätten sie noch nie gesehen. Als der Staatsanwalt diese Aussagen im Zusammenhang mit einem ganz anderen Verfahren mehr oder weniger zufällig entdeckte, leitete er von sich aus die Rehabilitierung des unschuldig Verurteilten ein. In den USA wäre so etwas undenkbar.

DER FALL FERRARI

In der Schweiz Aufsehen erregt hat der Fall des Kindermörders Werner Ferrari, der 1995 wegen

fünffachen Mordes zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt und 2007 in einem Fall – dem Mord an der zwölfjährigen Schülerin Ruth Steinmann – wieder freigesprochen wurde. Am Strafmass, lebenslänglich, hat sich dadurch nichts geändert. Die meisten Justizirrtümer verursachen aber weit weniger Medienwirbel als der Fall Ferrari. «Das grosse Mehr der Fehlerurteile betrifft kleinere Fälle», sagt Martin Killias. Total 237 unschuldig Verurteilte listet die Datenbank der Justizirrtümer auf, die er und seine Assistentinnen Gwladys Gilliéron und Nathalie Dongois von der Universität Lausanne im Rahmen einer Nationalfondsstudie erstellt haben. «Viel mehr als wir uns je vorgestellt hätten.»

Grundlage der delikaten Daten bilden alle im Rahmen eines Revisionsverfahrens umgestossenen Urteile zwischen 1995 und 2004. Mit Freiheitsstrafen von mehr als zwei Jahren betroffen waren allerdings nur zwölf Personen, wobei es meistens um das Strafmass und nicht die Schuldfrage ging. «Alle anderen waren kleinere Fälle», so Martin Killias. «Zwei Drittel betrafen Strafbefehle, nur ein Drittel der Justizirrtümer sind Urteile eines Gerichts.» Klar, im Vergleich zu den Zehntausenden von Strafurteilen, die jedes Jahr gefällt werden, seien die 237 Justizirrtümer ein verschwindend geringer Bruchteil. «Das ist aber kein wirklicher Trost, sind doch die Hürden für ein erfolgreiches Wiederaufnahmeverfahren sehr hoch.»

Denn ist ein Strafbefehl oder Urteil rechtskräftig, muss ein Unschuldiger Triftiges vorbringen, um die Justiz von ihrem Irrtum zu überzeugen. Es müssen harte Fakten auf den Tisch. Neue Beweismittel, die zu einem früheren Zeitpunkt nicht beigebracht werden konnten. Zum Beispiel ein psychiatrisches Gutachten. Oder eine DNA-Analyse, die hieb- und stichfest zeigt, dass der vermeintlich Schuldige



Unschuldig hinter Gitter: Justizirrtümer gibt es in der Schweiz häufiger, als man denkt.

nicht der Täter ist. «Dieser Unschuldsnachweis gelingt nur wenigen. Die Zahl der zu Unrecht Verurteilten liegt deshalb wohl viel höher, als unsere Untersuchung ergeben hat», so der Strafrechtsprofessor. «Viele Irrtümer bleiben unentdeckt – mangels neuer Beweismittel oder auch wegen fehlender Energie oder finanzieller Mittel der Unschuldigen, ein falsches Urteil anzufechten.» Hinzu kommt, dass in Europa – anders als in den USA – Spuren nur selten über die Rechtskraft des Urteils hinaus aufbewahrt werden und daher für spätere neue Analysen nicht mehr zur Verfügung stehen.

FEHLURTEILE KÖNNEN JEDEN TREFFEN

Für Martin Killias ist klar: «Ein Fehlurteil kann jeden treffen.» Jeder dritte Mann in der Schweiz ist vorbestraft – bei den Frauen ist es nur jede zehnte. Die grosse Mehrheit davon durch einen Strafbefehl wegen eines Deliktes im Strassenverkehr. «Die Qualität eines Rechtssystems misst sich nicht allein daran, wie es prominente Fälle bewältigt, sondern wie es mit kleinen Leuten und ihren täglichen Problemen umgeht», meint der Rechtsexperte.

Martin Killias kritisiert, dass die schweizerische Praxis extrem «strafbefehlslastig» geworden sei. Drei von vier Strafverfahren enden mit einem Strafbefehl, also einer Verfügung in der Regel eines Staatsanwalts – nur jeder vierte Fall kommt vor Gericht. Mit dieser Quote liegt die Schweiz europaweit an der Spitze. Das Problem dabei: Der urteilende Beamte entscheidet in der Regel allein aufgrund der Polizeiakten und hört die Beschuldigten nicht an. «Ein solch summarisches Verfahren, in der die Stimme des Beschuldigten nicht einfließt, ist enorm fehleranfällig.» Die Korrekturmöglichkeiten durch den Betroffenen fehlen.

Dass Beschuldigte zum Teil gar nicht zu Wort kommen, sei Hauptproblem des Strafbefehlsverfahrens. «Bei allen anderen rechtlichen Verfahren wird das rechtliche Gehör strikt gewährt», sagt Killias, «aber im Strafverfahren werden zwei von drei Verurteilten nicht angehört. Das erinnert an die Zustände unter dem Ancien Régime, als Zivilurteile an mehrere Instanzen weitergezogen werden konnten, zum Tode Verurteilte jedoch unmittelbar nach der Urteilsverkündung in erster Instanz hingerich-

tet wurden. Wenn irgendwo das rechtliche Gehör unabdingbar ist, dann doch wohl in erster Linie im Strafverfahren.»

BESCHULDIGTE ANHÖREN

Die Forderung des Strafrechtsprofessors ist deshalb klar: jeder Beschuldigte sollte angehört werden – auch im Strafbefehlsverfahren. Eine Gesetzesänderung tue not. Und der Zeitpunkt, die Verfahrensregeln zu ändern, ist eigentlich günstig, sind doch die Kantone daran, sich von ihren eigenen 26 kantonalen Strafprozessordnungen zu verabschieden. Eine gesamtschweizerische Regelung für den Strafprozess ist in der Pipeline. Nur: Mit dem Entwurf des Bundesrates zur neuen Strafprozessordnung würde alles noch schlimmer, da der Anwendungsbereich des Strafbefehls erweitert werden soll, ohne dass der Angeschuldigte im Normalfall angehört würde. Der Strafrechtsprofessor setzt nun aufs Korrektiv des Parlaments. In diesem Herbst berät der Nationalrat als zweite Kammer über die neue einheitliche Strafprozessordnung.

Martin Killias' Korrekturvorschläge: Ein Strafbefehl soll ohne Anhörung nur mehr dann in Frage kommen, wenn der Beschuldigte den Sachverhalt anerkennt. Zudem dürfe sich der Staatsanwalt nicht mehr nur ausschliesslich auf den – oft lückenhaften – Polizeirapport stützen. «Dass ein Strafbefehl vor Gericht weitergezogen werden kann, bietet keinen Ersatz für die Anhörung durch die erste Behörde. Viele Angeschuldigte verstehen die juristische Formularensprache mit der Rechtsmittelbelehrung im Strafbefehl gar nicht. Der Angeschuldigte muss deshalb schon ganz zu Beginn des Verfahrens zu Wort kommen», sagt Killias, «nicht erst, wenn das Fehlurteil in den Köpfen schon gefällt ist.»

KONTAKT Prof. Martin Killias, martin.killias@rwi.uzh.ch, Rechtswissenschaftliches Institut der Universität Zürich

FINANZIERUNG Schweizerischer Nationalfonds

DOPPELAGENTEN IM REICH DER VIREN

In der Latenzphase können den HI-Viren weder das Immunsystem noch Medikamente etwas anhaben. Marek Fischer will zeigen, mit welchen Tricks sich der Aids-Erreger vor den menschlichen Immunzellen versteckt. Von Matthias Meili

Im Keller des Universitätsspitals Zürich befinden sich Marek Fischers HIV-Labors. Freundliche Menschen in weissen Labormänteln gehen ein und aus, tragen Plättchen mit Zellkulturen bei sich oder holen ein Reagenzglas mit Nukleinsäuren ab, dem genetischen Material von Zellen und Viren. Hier unten versuchen Marek Fischer und seine Mitarbeiter einem der ausgebufftesten Krankheitserreger der Erdgeschichte auf die Schliche zu kommen: dem HI-Virus, das die Immunschwächekrankheit Aids auslöst. Fischer, der sich seit zehn Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt, ist dabei auf alles gefasst: «Alles, was man sich in den wildesten Träumen ausdenken kann, kommt.»

GUT VERSTECKT IN DER WIRTSZELLE

Eine der Strategien des HI-Virus ist die Latenzphase. In dieser Phase, die bald nach einer Neuinfektion einer Zelle eintritt, versteckt sich das Virus als unauffälliges Provirus im Erbgut der Wirtszelle und kann so jahre- bis jahrzehntelang verharren, bis es wieder ausbricht und die Wirtszelle zerstört. In seinem neuesten Projekt ist Fischer einem besonders perfiden Trick des HI-Virus auf der Spur: Das Virus bedient sich der natürlichen Virenabwehr der Wirtszelle – der sogenannten RNA-Interferenz –, um sich in den chromosomalen Schlupfwinkel zu verkriechen.

Bis zu 90 Prozent aller HIV-infizierten Zellen eines angesteckten Patienten befinden sich im Stadium der Latenz. Für die Immunabwehr sind die Angreifer so unsichtbar, weil das Virus nur noch als doppelsträngiger DNA-Abschnitt auf dem Chromosom der Wirtszelle integriert ist und dabei keine neuen Viruspartikel bildet. Auch die modernen antiviralen Medikamente, die gegen die Viruspartikel gerichtet sind und vor allem die Neuinfektion von gesunden Zel-

len verhindern, greifen in dieser Phase nicht. Studien haben gezeigt, dass die biologische Halbwertszeit einer latent infizierten Immunzelle bis 44 Monate dauern kann. Dies ist mit ein Grund, weshalb Aids zwar behandelt, aber noch nicht geheilt werden kann. Dann plötzlich, vermittelt von bestimmten Auslösern, wird die Virusproduktion wieder angekurbelt und der fatale Kreislauf von Viren-Produktion und deren Ausschüttung, der zum Tod der Wirtszelle führt, setzt ein.

«Man weiss heute viel über das aktive Virus, aber man weiss sehr wenig über die Latenzphase», sagt Marek Fischer. «Wie es in das Versteck abtaucht, aber auch wie das Virus diese Phase über Jahre hinweg aufrechterhalten kann, ist bisher ein Rätsel.» Wer gibt das Signal zum Abtauchen? Arbeitet das Virus mit einer molekularen Tarnkappe wie beim Eintritt in die Wirtszelle? Oder benutzt es bestimmte Zellen als trojanisches Pferd? Laut Fischers Arbeitshypothese ist das Virus noch raffinierter: Es usurpiert eines der wichtigsten antiretroviralen Werkzeuge der Zelle, die RNA-Interferenz, und versetzt sich damit selber in die Latenzphase. «Diese Idee ist zwar tollkühn, doch es gibt jetzt bereits einige Arbeiten, die unsere Arbeitshypothese stützen», erklärt er.

Die RNA-Interferenz (Abk.: RNAi) ist eine erst kürzlich entdeckte molekulare Maschinerie der Zelle. Mit ihrer Hilfe kontrolliert sie die Aktivität von Genen oder schaltet sie sogar ganz ab. Im Zellkern liegen die Gene ja als definierte Abfolge von Nukleinsäurebausteinen vor, wobei der gesamte DNA-Doppelstrang beim Menschen drei Milliarden Bausteine lang ist. Ein Gen kann aus hunderten bis tausenden Bausteinen bestehen. Damit ein Gen aber aktiv werden kann, muss die auf diesem Gen im Zellkern enthalte-



Mehr Wissen über die Latenzphase des HI-Virus könnte künftig zu wirkungsvolleren Medikamenten gegen Aids führen.

ne Information in eine transportfähige Boten-RNA (engl.: MessengerRNA oder mRNA) übersetzt werden. Diese wird aus dem Zellkern in die Zellflüssigkeit gebracht, wo die Proteinfabriken der Zelle die Information der Boten-RNA ablesen und in ein funktionierendes Protein übersetzen. Bei der RNA-Interferenz wird dieser Prozess gezielt blockiert, indem aus dem Gen neben der Boten-RNA noch weitere viel kürzere RNA-Abschnitte hergestellt werden. Diese führen über einen komplizierten und streng regulierten Pfad zur gezielten Zerstörung der komplementären Boten-RNA des entsprechenden Gens. Der Überbegriff der zumeist 21 Basenpaare kurzen RNA-Abschnitte heisst Mikro-RNA (miRNA), wobei es verschiedene Klassen wie siRNA (small interfering RNA) oder dsRNA (doppelsträngige RNA) gibt.

Doch was hat das nun mit dem HI-Virus zu tun? Dass Zellen über den RNA-Interferenz-Pfad Viren bekämpfen, ist bekannt. Die angegriffene Zelle produziert Mikro-RNA, die auf Virus-Gene passen, und kann diese Gene so inaktivieren. Ähnliches könnte beim Abtauchen in die Latenzphase vor sich gehen, glaubt Marek Fischer. Die entscheidende Frage ist, ob die Mikro-RNA von der Wirtszelle oder vom Virus gebildet werden. «Wenn diese Werkzeuge vom Virus selber stammen, dann weist das darauf hin, dass das Virus die Maschinerie der Zelle in raffiniertester Weise ausnutzt, um seine Gene abzuschalten und sich zu verstecken», erklärt Marek Fischer. Dass die Annahme kein Luftschloss ist, konnte vor kurzem eine französische Forschergruppe um Robinson Triboulet in Montpellier zeigen. Sie konnten in einer Arbeit vom März dieses Jahres in HIV-infizierten Zellen tatsächlich virencodierte Mikro-RNA nachweisen.

Der RNA-Interferenz-Pfad wird zudem von gewissen Eiweissen reguliert, die auch bei der Produktion der HI-Viren eine wichtige Rolle spielen, so zum Beispiel das Virus-Protein TAT oder ein zelluläres Eiweiss namens TRBP. Beide beeinflussen die Verarbeitung von MikroRNA, beide spielen aber auch bei der Aktivierung der Virus-Gene eine Rolle. Doch nicht genug: Die menschlichen Immunzellen haben noch ein weiteres Abwehrdispositiv zur Verfügung, den so genannten PKR/Interferon-Pfad. Auch in die-

sem Pfad spielt TRBP eine wichtige Rolle. Die Virusabwehr der Zelle und der Lebenszyklus des Virus sind somit eng aneinander gekoppelt. Keine Tarnung also und keine trojanischen Pferde, die das HI-Virus benutzt, sondern Doppelagenten.

In seinem Projekt möchte Marek Fischer mit seinen vier Mitarbeitern nun Licht in dieses dunkle Spiel bringen. Einerseits werden die Zürcher HIV-Forscher das RNA-Interferenz-System von latent infizierten Zellen künstlich blockieren und überprüfen, ob virale Elemente die Maschinerie tatsächlich wieder anwerfen, etwa um in der Latenzphase zu verharren. Andererseits wollen die Forscher mit eigens entwickelten molekularbiologischen Methoden noch intensiver nach viruscodierten Mikro-RNA suchen.

IMMER NEUE ANSTECKUNGEN

Für Marek Fischer geht es dabei vor allem um Grundlagenforschung mit dem Ziel, die Strategien von Viren besser kennen zu lernen. Andererseits könnten die Ergebnisse auch zu neuen Ansätzen für noch bessere Medikamente führen. Für Fischer, der sich neben seiner Forschungstätigkeit alle zwei Wochen in der Aids-Beratung engagiert, ist diese praxisrelevante Dimension seiner Arbeit sehr wichtig. Denn trotz den erfolgreichen antiretroviralen Kombinationstherapien ist der Erreger noch nicht besiegt. Selbst in der Schweiz stecken sich noch immer rund 700 Personen jährlich mit dem HI-Virus an. Und 2006 sind gemäss Bundesamt für Gesundheit wieder 55 Menschen an Aids gestorben. «Die heute wirksamen Medikamente bewirken vor allem, dass weniger Viren im Blut sind, in dem sie deren Vermehrung blockieren oder den Eintritt in die Zellen verhindern. Das ist sicher wichtig. Eine wirkliche Heilung wird jedoch erst möglich, wenn wir auch die Latenzphase in den Griff bekommen.»

KONTAK PD Dr. Marek Fischer, marek.fischer@usz.ch, Prof. Dr. Huldrych Günthard, huldrych.guenthard@usz.ch, Klinik für Infektiologie und Spitalhygiene, Universitätsspital Zürich

FINANZIERUNG Schweizerischer Nationalfonds



Wie entwickelt sich das Nervensystem? Untersuchun

WEGWEISER FÜR NERVENZELLEN

Unser Nervensystem funktioniert nur einwandfrei, wenn auch die richtigen Nervenzellen miteinander verschaltet sind. Wie dies geschieht, wird am Zentrum für Neurowissenschaften Zürich (ZNZ) erforscht. Von Susanne Haller-Brem

Esther Stöcklis Faszination für die Neurowissenschaften wurde bereits während ihrer Gymnasialzeit durch das Buch «Denken, Lernen, Vergessen» von Frederic Vester geweckt. «Bei den meisten biologischen Vorgängen im Körper konnte man sich vorstellen, wie sie auf der molekularen Ebene funktionieren, so zum Beispiel bei der Verdauung», erinnert sich die Professorin für Entwicklungsneurobiologie am Zoologischen Institut. «Doch von den molekularen Vorgängen beim Denken wusste man vor drei Jahrzehnten noch nichts.» Das hat sich inzwischen rasant geändert.

Das Nervensystem besteht aus einem komplizierten Netzwerk von Nervenzellen – in der Fachsprache Neuronen genannt. Diese sind über lange fadenförmige Fortsätze (so genannte Axone) miteinander verbunden. An den Verbindungsstellen (Synapsen) werden Informationen zwischen den Zellen ausgetauscht. «Nur wenn all diese Verbindungen korrekt sind, funktioniert das Nervensystem richtig», erklärt Esther Stöckli. Während das Nervensystem beim Fadenwurm *C. elegans* aus lediglich 302 Neuronen besteht, sind es beim Menschen schätzungsweise hundert Milliarden.

EI MIT FENSTER

Wie finden nun all diese Neuronen den Weg durch bereits bestehendes Gewebe und wie können sie zu den Zielzellen die richtigen Kontakte herstellen? Mit diesen Fragen beschäftigten sich Esther Stöckli und ihr Team. Die Forschungsgruppe ist ins Zentrum für Neurowissenschaften Zürich eingebunden, dies ermöglicht einen regen Wissensaustausch mit verschiedensten Disziplinen. Stöckli und ihr Team forschen am Wirbeltier. Wirbeltiere haben das am höchsten entwickelte Nervensystem. Hier

lassen sich grundsätzlich zwei verschiedene Bereiche unterscheiden, nämlich das periphere und das zentrale Nervensystem, das sich aus Gehirn und Rückenmark zusammensetzt.

«Wenn man herausfinden will, wie Axone im Laufe der Entwicklung ihren Weg im Gewebe finden, sind Hühnerembryonen ein ideales Modellsystem», sagt Esther Stöckli. So sind Struktur und Funktion des Nervensystems von Hühnern direkt mit dem menschlichen Nervensystem vergleichbar. Das Gehirn ist aus denselben Zelltypen aufgebaut und dieselben Gene und Vorgänge sind für die Entwicklung verantwortlich. Ein grosser Vorteil ist zudem, dass die Embryonen im Ei leicht zugänglich sind. Macht man ein Fenster in die Eischale, lassen sich via diese Öffnung Manipulationen am Embryo durchführen. Diese Eingriffe werden unter dem Mikroskop mit extrem dünnen Kanülen (Durchmesser von fünf tausendstel Millimeter) durchgeführt. Spätestens hier wird klar, was Esther Stöckli meint, wenn sie sagt: «Mir gefällt, dass ich bei meiner Arbeit Intellekt und manuelles Geschick brauche.» Nach der Manipulation wird das Fenster in der Eischale wieder verschlossen, das Ganze in den Inkubator gegeben und später untersucht, welchen Einfluss die Manipulation auf die Entwicklung des Nervensystems gehabt hat. Als Referenz dient immer ein Embryo, das nicht manipuliert wurde.

In Säugetieren, bei denen sich der Embryo in der Gebärmutter entwickelt, wären solche Versuche enorm kompliziert. Im «Ei mit Fenster» lässt sich allerdings nur das erste Drittel der Embryonalentwicklung, das heisst die erste Woche, studieren, nachher ist das Fenster für Eingriffe zu klein. Um die letzten beiden Wochen beobachten zu können, wird das Ei in einer Plastikschaale kultiviert.



gen an Hühnerembryonen geben darüber Aufschluss.

Seit gut einem Jahrzehnt weiss man, dass Axone auf ihrem Weg durchs Gewebe zu ihren Zielzellen von bestimmten Proteinen geleitet werden. Die Spitze der wachsenden Axone sind dazu an der Oberfläche mit Rezeptormolekülen ausgestattet, die wie Sensoren die Signalproteine lesen. Es gibt sowohl anziehende wie auch abstossende Signale. Da es viele verschiedene Populationen von Nervenzellen gibt, gibt es auch ganz verschieden Sets von Wegweiser- und Rezeptormolekülen. Stöcklis Arbeitsgruppe hat inzwischen eine Gruppe von Genen identifiziert, die für die Produktion von Wegweiser-molekülen verantwortlich sein könnten. «Eine besondere Herausforderung ist, dass viele Wegweiser-moleküle im Laufe der Entwicklung kommen und gehen – also ganz spezifische Zeitfenster haben», erklärt die Professorin, die ein Flair hat, auch komplexeste Sachverhalte verständlich zu schildern.

RICHTIG ODER FALSCH VERBUNDEN

Um die Funktion dieser Gene zu untersuchen, entwickelten die Zürcher Forscherinnen und Forscher eine neuartige Technik – die so genannte «In-ovo-RNA-Interferenz». Sie beruht darauf, dass es in der gesunden Zelle keine doppelsträngige RNA gibt. Doppelsträngige RNA wird von der Zelle als Virenbefall interpretiert und sie setzt sich dagegen zur Wehr. Die Forscher nutzen nun diese Mechanismen aus, um damit gezielt ein oder mehrere Gene auszuschalten. Das Einschleusen von doppelsträngiger RNA führt dazu, dass die Zelle ihre eigene RNA, die als Bauplan für das entsprechende Genprodukt dient, abbaut. Diese Technik macht es möglich, spezifische Gene im lebenden Hühnerembryo an einer bestimmten Stelle für eine festgelegte Dauer auszuschalten. Dadurch lässt sich die Herstellung bestimmter Führungssignale stoppen und man kann untersuchen, wie sich das Fehlen dieses Signals auf den Verlauf des Axons auswirkt. «Die Untersuchung der komplexen Funktionen des Nervensystems über die Analyse einzelner Gene ist sehr zeitaufwändig und gleicht der Arbeit an einem Puzzle», sagt Esther Stöckli.

Zusammen mit ihrem Team untersucht sie eine bestimmte Gruppe von Neuronen, die Informationen vom Innern des Körpers oder

von der Haut zum zentralen Nervensystem leiten. Sind solche Neuronen im Rückenmark falsch verbunden, können Signale in falsche Hirnareale weitergeleitet werden. Dadurch ist es zum Beispiel erklärbar, dass eine sanfte Berührung als heftiger Schmerz empfunden wird. Solche nicht korrekt geknüpfte Verbindungen können nicht nur während der Embryonalentwicklung, sondern auch später als Folge schwerer Verletzungen des Nervensystems auftreten. So können beispielsweise Phantomschmerzen ihre Ursachen in falsch verknüpften Neuronen im Rückenmark haben.

Stöcklis Arbeitsgruppe ist eines von rund hundert Teams von Universität und ETH, die im Zentrum für Neurowissenschaften Zürich (ZNZ) forschen. Das ZNZ wurde 1998 mit dem Ziel gegründet, die Zusammenarbeit zwischen Grundlagenforschung und Klinik zu fördern. «Das ZNZ hatte damals Pioniercharakter und kann nach rund neun Jahren bereits auf einige wichtige Erfolge zurückblicken», sagt Wolfgang Knecht, Geschäftsleiter des ZNZ. Wichtige Meilensteine waren zum Beispiel der Aufbau eines dreijährigen Doktorandenprogramms für Neurowissenschaften und die Schaffung der jährlich stattfindenden Veranstaltung «Brain Fair», die der Bevölkerung neurowissenschaftliche Forschung verständlich macht. Zusammenarbeitsverträge mit Firmen wie Novartis und Serono brachten dem ZNZ wichtige finanzielle Mittel. Der bisher grösste Erfolg ist der 2001 gestartete Nationale Forschungsschwerpunkt «Neuronale Plastizität und Reparatur», an dem rund 40 Gruppen des ZNZ beteiligt sind. «Der Forschungsplatz Zürich gehört im Bereich Neurowissenschaften zu den Besten der Welt», betont Wolfgang Knecht. «Hier arbeiten Zell- und Molekularbiologen mit Klinikern, Neuropsychologen, Physikern und Informatikern zusammen – speziell gefördert durch das ZNZ.»

DER «NEUROTOWER»

Künftig möchte man die Grundlagen-, Ingenieur- und klinischen Forschungsgruppen auch räumlich zusammenführen. Dazu ist ein sogenannter «Neurotower» als Neubau am Universitätsspital geplant. Er wird das Klinische Neurozentrum (USZ) mit den Forschungsgruppen der Universität und ETH und einem

«Brain Imaging Center» in einem Gebäude vereinen. Gleichzeitig sollen aber auch für neue Gebiete wie zum Beispiel Proteomik/Bioinformatik, Materialwissenschaften oder Robotik Partnerschaften und Anwendungsbereiche in den Neurowissenschaften erschlossen werden. Für Esther Stöckli ist es wichtig, dass Grundlagenforschung möglich ist, ohne den Druck, in wenigen Jahren Rezepte für das Heilen einer bestimmten Krankheit finden zu müssen. «Nicht selten führen nämlich zufällige Ergebnisse aus der Grundlagenforschung zu ganz neuen Therapieansätzen.»

KONTAKT Dr. Wolfgang Knecht; Geschäftsleiter des ZNZ, wknecht@neuroscience.uzh.ch, Prof. Martin E. Schwab, Institut für Hirnforschung der Universität Zürich und Direktor des ZNZ, verantwortlich für das Projekt «Axonale Wegfindung», schwab@hifo.uzh.ch, Prof. Esther Stöckli, Zoologisches Institut der Universität Zürich, esther.stoeckli@zool.uzh.ch

ZUSAMMENARBEIT Rund 100 Gruppen von Universität und ETH Zürich sowie vom Universitätsspital (50% Universität, 25% ETH, 25% USZ)

FINANZIERUNG Universität Zürich, ETH Zürich, Schweizer Nationalfonds, Novartis, Serono, private Geldgeber

KOMPETENZZENTREN

ZENTRUM FÜR NEUROWISSENSCHAFTEN ZÜRICH

An der Universität Zürich gibt es zurzeit vierzehn Kompetenzzentren, sieben davon gemeinsam mit der ETH Zürich. Das Zentrum für Neurowissenschaften Zürich (ZNZ) koordiniert und fördert Forschung auf dem Gebiet der Neurowissenschaften an der Universität und der ETH Zürich. Ein wichtiges Ziel des ZNZ ist es, Grundlagenforschung, klinische und anwendungsorientierte Forschung zusammenzubringen. Mit der Schaffung eines «Neurotowers» sollen die Gruppen zukünftig auch räumlich in einem Gebäude vereint werden.



DOSSIER

IM DEMOKRATIELABOR

Die Schweiz sieht sich gerne als Hort der Demokratie und Gralshüterin der direkt-demokratischen Traditionen. Auf den Lorbeeren ausruhen können wir uns aber nicht. Denn Demokratie ist ein dynamischer Prozess, dessen Regeln immer wieder neu reflektiert und ausgehandelt werden müssen. Mit den neuen Anforderungen, denen sich Demokratien heute stellen müssen, beschäftigen sich Forscherinnen und Forscher des Nationalen Forschungsschwerpunktes (NFS) «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert». Die Wissenschaftler sehen zwei grosse Problemzonen: Einerseits verschiebt sich die politische Macht zunehmend von den Nationalstaaten hin zu supranationalen Organisationen wie der EU oder der UNO. Andererseits verändert der zunehmende Einfluss der Medien die Spielregeln der Politik. Dieses Dossier beleuchtet verschiedene Aspekte der Demokratieforschung am NFS, der von Forschern der Universität Zürich geleitet wird. Der Fotograf Andri Pol war unterwegs im Demokratielabor Schweiz: Seine ironisch gefärbten Momentaufnahmen begleiten dieses Dossier.

25 CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN SIEGES Weshalb das verschärfte Asylgesetz angenommen wurde
29 DIE GESETZE DES SPEKTAKELS Wie sich Medien und Parteien gegenseitig beeinflussen
32 «WIR SIND WELTMEISTER DER DEMOKRATIE» Interview mit Hanspeter Kriesi und Otfried Jarren
36 WENN DEMOKRATIE GEFÄHRLICH WIRD Weshalb Demokratisierung Staaten destabilisieren kann
40 WIE DEMOKRATISCH SIND DEMOKRATIEN? Das Demokratieberometer misst die demokratische Qualität
43 DIE MILLIONÄRSFRAGE Die Schweizer Agglomerationen müssen politisch zusammenspannen



EGLISWIL — EIGENHEIM IM CHALETSTIL

CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN SIEGES

Medien beeinflussen Politiker und Stimmbürger in zunehmendem Mass, heisst es. Der vermeintlichen Allmacht der Medien sind aber klare Grenzen gesetzt, wie Forscher anhand der letztjährigen Asylgesetz-Abstimmung zeigen. Von Roger Nickl

Das Resultat an der Urne war glasklar: Am 24. September 2006 sprachen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich unmissverständlich für ein neues Asylgesetz aus. Gut zwei Drittel, 67,8 Prozent, befürworteten eine härtere Gangart im Asylwesen. Die Rechte um Bundesrat Christoph Blocher jubilierte, die Linke, angeführt von alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, war genauso konsterniert wie Markus Rau, der einem kleinen bürgerlichen Nein-Komitee vorstand.

So klar das Votum des Volkes war, darüber, wie in unserer Mediengesellschaft solche demokratischen Entscheide entstehen, wissen wir wenig. Welchen Einfluss haben Berichte in Fernsehen, Radio, Zeitungen und Internet auf die Wählerinnen und Wähler? Mit welchen Strategien und welchem Erfolg versuchen parteipolitische Kampagnen, sie von ihrer Meinung zu überzeugen? Und wie entwickelt sich das Wissen des Publikums über ein Thema im Laufe eines Abstimmungskampfes? Solchen Fragen gehen drei Forschungsgruppen des «NCCR Democracy» in einem gemeinsamen Projekt nach. Wie unter einem Vergrösserungsglas untersuchen die Politologen und Publizistikwissenschaftler der Universität Zürich am Beispiel der Asylgesetzdebatte im letzten Jahr, wie die verschiedenen Zahnräder der Demokratie – Medien, Parteien, Stimmbürger – ineinandergreifen, sich beeinflussen und wie letztlich ein Abstimmungsentscheid an der Urne zustande kommt. In dieser Dimension wurde das in der Schweiz bislang noch nie untersucht. Das Projekt wurde vor gut einem Jahr gestartet, nun stehen erste Resultate fest.

POLITIKMARKE BLOCHER

Die Medien gelten traditionell als vierte Gewalt im Staat – als aufklärerisches Gewissen, das die politischen Prozesse kritisch begleitet, kom-

mentiert und so massgeblich zur Meinungsbildung beiträgt. Heute wird der Einfluss von elektronischen Medien und Presse auf die Öffentlichkeit immer grösser. Dies verändert auch das Verhalten von Politikerinnen und Politikern. «Die Parteibindungen haben sich gelockert und die Medien sind in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zunehmend wichtiger geworden», sagt Publizistikwissenschaftler Heinz Bonfadelli. Und mehr als das – Parteien übernehmen heute die «Logik» der Medien. Und diese geht vor allem in eine Richtung: Infotainment, Human Interest und Lifestyle. Wichtig sind prominente Köpfe und süffige «Stories», die auch ein attraktives Umfeld für Anzeigen und Werbung schaffen.

«Angesichts der zunehmenden Ökonomisierung ist es nicht mehr klar, ob die Medien die Bürgerinnen und Bürger noch mit den notwendigen Informationen für die politische Meinungsbildung versorgen», gibt Gabriele Siegert

«Es ist fraglich, ob die Medien noch die notwendigen Informationen für die politische Meinungsbildung liefern.» Gabriele Siegert, Medienökonomin

zu bedenken. Die Medienökonomin hat mit ihrem Team deshalb die politische Berichterstattung im Vorfeld der Asylgesetz-Abstimmung in 16 Deutschschweizer und welschen Zeitungen – vom «Blick» über «Le Temps» bis zur «NZZ» – sowie in den Nachrichtensendungen des Schweizer Fernsehens untersucht. Und sie hat mit 28 Chefredaktoren und Verlagsleitern Interviews über ihre Strategien in der politischen Berichterstattung vor und nach der Abstimmung geführt. Was sich zeigte: Dem Thema Asylgesetz wurde in den untersuchten Medien grosse Beachtung geschenkt. «Von einem Versorgungsproblem punkto Informa-

tion kann keine Rede sein», bilanziert Siegert. Auch wenn sich der ökonomische Nutzen kaum berechnen lässt: Die politische Berichterstattung wird von den meisten Medien auch heute noch als Teil ihrer Identität betrachtet.

Was die Analysen der Publizistikwissenschaftler aber auch deutlich machten: Die Medienberichte über die Asylgesetz-Abstimmung konzentrierten sich sehr stark auf einzelne Personen. Im Rampenlicht stand vor allem einer – Bundesrat Christoph Blocher, der bei der Ausarbeitung des verschärften Asylgesetzes die Fäden zog. Blocher wurde in den Berichten fast dreimal so oft erwähnt wie alt Bundesrätin Ruth Dreifuss von der Gegenseite und rund viermal mehr als Markus Rau vom bürgerlichen Nein-Komitee. «Christoph Blocher ist eine Politikmarke, jeder kennt seine Positionen», kommentiert Siegert, «das macht ihn auch für die Medien interessant.» Und Blocher ist ein verlässlicher «Shortcut». So bezeichnen die Medienforscher intellektuelle Abkürzungen: Anstatt sich mit dem Abstimmungsthema intensiv auseinanderzusetzen, übernehmen Wählerinnen und Wähler die Meinung einer

Person oder Partei. Im Zeitalter der wachsenden Informationsflut und eines rückläufigen politischen Interesses werden solche Shortcuts zunehmend wichtig. Entsprechend gewinnen Personen und Parteien an Macht, die sich besonders für solche intellektuellen Abkürzungen anbieten. Inwiefern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei der Asyl-Kampagne tatsächlich auf solche Shortcuts zurückgegriffen haben, wird momentan von Publizistikwissenschaftler Werner Wirth und seinem Team ausgewertet.

Trotz der medialen Omnipräsenz von Christoph Blocher setzten sich die Medien während

des Abstimmungskampfes jedoch häufiger kritisch mit dem neuen Asylgesetz auseinander. «Rund 62 Prozent der in den untersuchten Beiträgen genannten Akteure vertraten eine mehr oder weniger ablehnende Haltung», betont Gabriele Siegert. Allein, die Wählerinnen und Wähler vermochte die mediale Kritik offensichtlich nicht umzustimmen. «In der Ausländerpolitik scheint die Bevölkerung über vorgefasste Meinungen zu verfügen, die der Beeinflussbarkeit enge Grenzen setzt», sagt Politologe Laurent Bernhard. Bereits 1987 und 1999 wurden Referenden, die eine Verschärfung des Asylgesetzes forderten, mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen – diese Grundhaltung war auch für die Abstimmung im letzten Jahr entscheidend.

Dass die Meinungen über das Asylgesetz in der Bevölkerung bereits weitgehend gemacht waren, war auch für viele der befragten Chefredaktoren im vornherein klar. Entsprechend fielen die Prognosen über den Ausgang der Abstimmung aus. «Die Medien werden gegen das Gesetz anschreiben, aber das wird nichts nützen», meinte einer der interviewten Chefredaktoren lakonisch. «Les jeux sont faits, rien ne va plus» – der Ausgang des Abstimmungskampfes schien im Fall Asylgesetz von Anfang an besiegelt. Von einer Allmacht der Medien in der Meinungsbildung kann nicht die Rede sein.

EMOTIONEN UND ARGUMENTE

«Tatsächlich ist der Medieneinfluss stark themenabhängig», betont auch Heinz Bonfadelli. Dass die Medien aber politisch auch wesentlich mehr bewirken können, zeigte sich dem Publizistikwissenschaftler in einer früheren Untersuchung zur Genschutz-Initiative aus dem Jahr 1998. Die Initianten verlangten damals, dass der Spielraum der Gentechnologie in der Schweiz wesentlich eingeschränkt wird. «Das Thema war komplex und setzte viel Wissen voraus», stellt Bonfadelli heute fest, «entsprechend deutlicher machte sich der Einfluss der Medien in der Meinungsbildung bemerkbar.» Zudem investierten die Gegner der Initiative viel Geld in den Abstimmungskampf – der erhoffte Effekt blieb nicht aus: Die anfängliche frostige, gentech-kritische Stimmung der Öffentlichkeit begann allmählich zu tauen. Im Juni 1998

wurde die Initiative schliesslich mit einem Stimmenanteil von 65 Prozent abgelehnt.

Zum Erfolg beigetragen hat auch, dass es dem Contra-Lager gelungen ist, die Wahrnehmung der Öffentlichkeit auf das Thema – das «framing», wie es im Jargon der Publizistikwissenschaftler heisst – in ihrem Sinne zu beeinflussen. So argumentierten die Gegner der Genschutz-Initiative, man dürfe Behinderten die Chance auf eine wirksame Gentherapie nicht nehmen – eine Botschaft, die bei den Stimmberechtigten offensichtlich ankam. Ein wirkungsvolles Framing attestiert Medienexpertin Siegert auch den Befürwortern des neuen Asylgesetzes: «Der Begriff Asylmissbrauch, der von der Pro-Seite ins Spiel gebracht wurde, macht potenziell alle Steuerzahler zu Betroffenen, erlaubt – können tatsächlich auch Missstände nachgewiesen werden – eine wirkungsvolle Verbindung von Emotionen und Argumenten.»

«In der Ausländerpolitik sind die Meinungen anscheinend gemacht, der Beeinflussbarkeit sind enge Grenzen gesetzt.» Laurent Bernhard, Politologe

Dem Trend zu intellektuellen Abkürzungen in der Meinungsbildung zum Trotz: Im Laufe der Asylgesetzdebatte wurden nicht nur Schlagworte lanciert und reproduziert. Es wurde auch gelernt. Wie sich der Wissenstand in der Bevölkerung im Laufe des Abstimmungskampfes verändert hat, hat Heinz Bonfadelli mit seinem Team untersucht. Die Wissenschaftler fragten an drei Terminen – vor dem Abstimmungskampf, einen Monat vor der Abstimmung und nach dem Entscheid – jeweils über 1000 Wählerinnen und Wähler an. Sie wollten von ihnen wissen, ob sie bestimmte Argumente den jeweiligen Personen und Parteien zuordnen können. Und ob sie darüber informiert sind, welche Folgen eine Annahme beziehungsweise Ablehnung des Asylgesetzes zeitigen würde. Erster Befund der Untersuchung: «Wir konnten eine kontinuierliche Verbesserung des für die Abstimmung relevanten Wissens feststellen», erklärt Bonfadelli.

Nicht alle profitierten von der Berichterstattung aber im gleichen Mass: über den besten Wissenstand verfügten – wie in solchen Erhe-

bungen üblich – ältere, gut ausgebildete Männer. Junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger waren dagegen weniger gut informiert. «Aber auch die Jungen haben dazugelernt», hebt Bonfadelli hervor, «die Wissenskluft hat sich im Laufe des Abstimmungskampfes zumindest nicht vergrössert – das ist ein wichtiger Befund für die Demokratie.» Auch ein Unterschied im Wissenserwerb der beiden gegnerischen Lager fiel den Forschern ins Auge: Während die Gegner der Vorlage über ein relativ differenziertes Wissen verfügten und auch über die Folgen einer Annahme des Gesetzes informiert waren, argumentierten die Befürworter eher mit «Shortcuts». Sie reproduzierten vor allem die Parolen der Meinungsführer, ohne sich gross mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen. «Die Folgen für die Flüchtlinge lassen sich weniger gut mit einer Pro-Haltung verbinden», erklärt Medienexperte Bonfadelli,

«da ist es naheliegend, diese einfach auszublenken.»

Trotz erster Resultate stehen die Publizistik und Politikwissenschaftler der Universität Zürich noch am Anfang ihres Forschungsprojektes. Momentan sind sie damit beschäftigt, die erhobenen Daten weiter auszuwerten. Und vor allem wollen sie noch andere Abstimmungskämpfe unter die Lupe nehmen, um die Feinmechanik der Mediendemokratie weiter zu ergründen. Ein möglicher Kandidat dafür wäre die Abstimmung zur Unternehmensbesteuerung im nächsten Februar: «Das Asylgesetz war vor allem etwas für den Bauch, beim Thema Unternehmensbesteuerung ist wohl eher der Kopf gefordert», mutmasst Gabriele Siegert. Die Forschenden fügen so Mosaikstein um Mosaikstein aneinander. Mit der Zeit wird ein differenziertes Bild entstehen, das zeigt, wie in der Schweiz Demokratie tatsächlich gemacht wird.

KONTAKT Laurent Bernhard, bernhard@nccr-democracy.uzh.ch, Prof. Heinz Bonfadelli, h.bonfadelli@ipmz.uzh.ch, Prof. Gabriele Siegert, g.siegert@ipmz.uzh.ch, Prof. Werner Wirth, w.wirth@ipmz.uzh.ch





DIE GESETZE DES SPEKTAKELS

Einst orientierte sich die Presse an den politischen Parteien. Heute ist es umgekehrt: Die Parteien stellen sich auf die Logik der Massenmedien ein. Ein Forscherteam am IPMZ analysierte diesen Wandel. Von David Werner

Die einen verteilen Zahnbürsten, Duschgels oder Energy-Drinks. Andere lassen als Maskottchen den Geissbock aus dem Stall eines Nationalrates über die Polit-Bühnen zotteln. Die Qualität der Marketing-Gags, mit denen Parteien auf Stimmenfang gehen, schwankt. Darauf aber, dass Stilmittel in der medialen Öffentlichkeit breit diskutiert werden, ist Verlass. Wahlkampf, man weiss es, ist Showtime.

Neu ist, dass die Gesetze des Spektakels nicht mehr nur zu Wahlkampfzeiten gelten, sondern auch das politische Alltagsgeschäft durchdringen. Um Medienpräsenz wird heute ununterbrochen gerungen. Viel stärker als noch vor zwanzig Jahren sind die Parteien auf Massenmedien angewiesen. Die wichtigsten Gründe dafür sind schnell genannt: Zunächst ist da die Auflösung der traditionellen Milieus, in denen die Parteien früher verankert waren. Die Stammwählerschaften schwinden, die Mitgliederzahlen schrumpfen – also muss geworben werden, am besten ständig. Die Selbstverständlichkeit, mit der das Parteiengefüge einst die Gesellschaftsstruktur spiegelte, ist dahin. Um sich voneinander zu unterscheiden, brauchen Parteien nun ein Image und ein Profil. Und wie entfalteten Images und Profile ihre Wirkung? Nur über Medien. Diese aber wandelten sich in den letzten zwei Dekaden ebenfalls. Medienmärkte wurden liberalisiert, kommerzielle Sender veränderten den Charakter des Fernsehens, Parteipräferenzen in den Zeitungsredaktionen wurden gelockert, die eigentliche Parteipresse verschwand fast ganz. Für die Parteien bedeutete dies einen Kontrollverlust. Die Gewichte verschoben sich zu ihren Ungunsten. Die Medien emanzipierten sich von politischen Strukturen, und den Parteien blieb nichts anders übrig, als sich Medienkompetenz anzueignen und sich aktiv um ihr mediales Erscheinungsbild zu kümmern. Im Wettstreit

untereinander, aber auch in wachsender Konkurrenz zu anderen Organisationen und Interessengruppen kämpfen die Parteien nun um Aufmerksamkeit. Die Konkurrenz zwingt sie, immer lauter, immer bunter zu werden. Verlautbarungen, Absichtserklärungen und Pressekonferenzen – damit ist es nicht mehr getan. Massenmedien berichten vorzugsweise über Ereignisse, also müssen Ereignisse inszeniert werden. Massenmedien berichten emotionalisierend und personalisierend, also gilt es, Emotionen zu schüren und Persönlichkeiten zu portieren. Geschichten und Schlagzeilen müssen den Redaktionen ins Haus geliefert werden – am besten gleich mit passenden Bildern.

STILLE REVOLUTION

Wie schultern Parteien diese neuen Aufgaben? Welche Strategien verfolgen sie, welche Prioritäten setzen sie, welchen Vorbildern eifern sie nach? Wie verändert sich im Zuge der Medialisierung die innere Struktur von Parteien? Und welche Entwicklung nimmt bei alledem die Demokratie? Otfried Jarren, Patrick Donges und Martina Vogel vom Institut für Publizistikwis-

den Organisations- und Kommunikationsverantwortlichen der betreffenden Parteien. Was sie dabei feststellten, war dies: Im inneren Aufbau der untersuchten Parteiorganisationen hat sich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren eine stille Revolution vollzogen. Die Organigramme wurden komplett umgebaut. «Kommunikation – interne wie externe – ist nirgendwo mehr ein Anhängsel der «eigentlichen» Politik, überall ist sie zu einem zentralen Bestandteil geworden», sagt Donges. Personell und finanziell wurden die Kommunikationsabteilungen massiv ausgebaut, in der Hierarchie rückten sie nahe an die Spitze. Einige der untersuchten Parteien – so die Konservativen in Grossbritannien und die vier Schweizer Bundesratsparteien – schufen die entsprechenden Strukturen praktisch aus dem Nichts. Das Organigramm der SP Schweiz etwa wies Anfang der neunziger Jahre noch keine einzige Stelle für Kommunikation und Medienauskünfte aus. Einer der Zentralsekretäre erledigte solche Aufgaben nebenbei. Heute bildet die Abteilung «Kampagnen und Kommunikation» eine von zwei grossen Organisationseinheiten der SP, sie tritt praktisch gleichwertig neben die Abteilung «Politik».

Der Aufbau solcher Kommunikationsstellen löst einige Probleme, verursacht aber auch neue. Ein grosses Problem für weit verzweigte

Die Konkurrenz zwingt die Parteien, lauter und bunter zu werden. Verlautbarungen und Pressekonferenzen – damit ist es nicht mehr getan.

senschaft und Medienforschung gingen diesen Fragen in einem Forschungsprojekt im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunktes «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert» nach. Gegenstand ihrer Studie waren die grossen Volksparteien in Deutschland, Grossbritannien, Österreich und der Schweiz. Das Forschungsteam analysierte Dokumente wie Geschäftsberichte, Jahrbücher und Organigramme und führte Interviews mit

Organisationen, wie es Parteien sind, ist die Beschleunigung der Kommunikationsabläufe durch die elektronischen Medien. Die Massenmedien drücken aufs Tempo, die Parteien hecheln hinterher. Der ständige Zeitdruck bringt Unordnung in die Entscheidungsfindungsprozesse. Bevor die verschiedenen Meinungsträger innerhalb der Partei Gelegenheit gefunden haben, sich zu verständigen, haben die Medien mögliche Konfliktthemen bereits

geortet. Interna finden ihren Weg in die Öffentlichkeit immer schneller, Stellungnahmen einzelner Exponenten schaffen zur Unzeit vollendete Tatsachen. Die logische Antwort auf diesen Notstand ist die Verkürzung der innerparteilichen Entscheidungswege sowie die Koordination interner und externer Kommunikation durch ein professionelles Management. Daraus ergibt sich jedoch eine Tendenz zur Zentralisierung und Hierarchisierung der Organisationsstrukturen, die sich mit Parteitraditionen, wie sie insbesondere in der Schweiz bestehen, nicht verträgt. «Im Bemühen, den Anforderungen der medialisierten Öffentlichkeit gerecht zu werden, handeln sich die Parteien ein Dilemma ein», sagt Patrick Donges. «Einerseits sind sie bestrebt, gegenüber den Medien einheitlich oder geschlossen aufzutreten, andererseits möchten sie die föderale Vielfalt und die Verankerung der Parteiorganisation vor Ort nicht preisgeben. Beides lässt sich mitunter nur schwer unter einen Hut bringen.»

SIGNALE AN DIE BASIS

Neben der Beschleunigung ist die wachsende Zahl der Medienkanäle ein Hauptgrund für den steigenden Kommunikationsaufwand der Parteien. SMS, Mailings, Podcasts ersetzen die alten Medien nicht etwa, sondern kommen zum Repertoire hinzu. Wer glaubt, zugunsten einer

Vorrang vor der Effizienz. Das will heissen: Der Hauptzweck der Kommunikation besteht für die Parteiführung nicht darin, möglichst grosse öffentliche Resonanz zu erzielen, sondern der eigenen Parteibasis gegenüber Rechenschaft darüber abzulegen, dass sie ihre Arbeit macht. «Deshalb vor allem», sagt Patrick Donges, «werden Plakatwände beklebt, und deshalb wird in teure Online-Auftritte investiert. Jeder Kommunikationsstrategie weiss, dass via Internet kaum zusätzliche Wählerstimmen gewonnen werden; eine attraktive Website signalisiert der Basis jedoch, dass die Zentrale präsent und auf der Höhe der Zeit ist.»

TROMMELN AUF ALLEN KANÄLEN

Es ist das Buschtrummelprinzip, das hier auf allen medientechnologischen Niveaus entfaltet wird. Schweigen würde Untätigkeit bedeuten, also muss getrommelt werden, und zwar auf allen Kanälen. Zugleich setzen begrenzte Ressourcen den Parteiverantwortlichen immer auch Grenzen, die dazu zwingen, Akzente zu setzen. Da Effizienz in Kommunikationsfragen nicht das Hauptkriterium ist – und sich im Übrigen die Effizienz einzelner Massnahmen auch kaum messen lässt –, tendieren die Parteien dazu, sich bei der Wahl ihrer Marketingstrategien Modetrends anzuschliessen. Was andere tun, wird wohl seine guten Gründe haben – so

als eine Volkspartei. Der Bund der Steuerzahler kann seine Interessen eindeutiger formulieren, als dies in einem Parteiprogramm je möglich wäre. Ein-Themen-Organisationen werden punktuell und aus gegebenem Anlass heraus aktiv, verfolgen konkrete, leicht vermittelbare Anliegen und sind daher wie geschaffen dafür, sich in den Massenmedien in Szene zu setzen. Grosse Volksparteien sind ganz anders strukturiert, versuchen aber dennoch immer öfter, die Erfolgsstrategien der single issue groups zu kopieren. Sie starten Unterschriftenaktionen, lancieren Kampagnen und suchen gezielt nach publizitätsträchtigen Einzelthemen, die sich mit grösstmöglichem Effekt bewirtschaften lassen.

Dies hat Folgen, besonders auch für das auf Konkordanz getrimmte Politsystem der Schweiz. Hier kam es zu einer deutlichen Polarisierung der politischen Kräfte. «Parteien», sagt Donges, «erfüllten in demokratischen Staaten bisher immer zwei sehr unterschiedliche Aufgaben gleichzeitig: Auf der Vorderbühne des Politbetriebes fungierten sie als Sprachrohr politischer Anliegen. Auf der Hinterbühne schmiedeten sie Allianzen und Kompromisse, holten Expertisen ein und arbeiten Lösungsvorschläge aus.» Dieser zweite Aufgabenbereich, kurz als Interessenaggregation bezeichnet, wird heute zugunsten der Interessenartikulation vernachlässigt. Parteien funktionieren immer mehr wie grosse Kommunikationsagenturen, die von Fall zu Fall agieren. Ihre politische Integrationskraft nimmt dabei ab, ihre Fähigkeit und Bereitschaft, disparate Kräfte zusammenzuführen, verschiedene Interessenlagen zu vereinbaren und so auf längere Sicht zwischen Staat und Gesellschaft zu vermitteln, schwindet. «Das Gedränge auf der Vorderbühne nimmt zu, während die Hinterbühne sich langsam leert», stellt Donges fest. Die Rolle der Parteien im politischen Gefüge hat sich in den letzten zwei Dekaden tiefgreifend verändert. Die Notwendigkeit, sich auf die Medialisierung der Gesellschaft einzustellen, war für diesen Wandel entscheidend.

«Die Kommunikation ist vom Anhängsel zum zentralen Bestandteil der Politik geworden.» Patrick Donges, Publizistikwissenschaftler

Innovation auf eines der traditionellen Medien verzichten zu können, wird schnell eines Besseren belehrt. Der Kommunikationsverantwortliche der SPÖ beispielsweise liebäugelte einmal mit dem Gedanken, die Wahlplakate abzuschaffen, da er sie für wenig informativ, unzeitgemäss, teuer und hässlich hielt. Es blieb beim blossen Gedanken. Die Genossen an der Basis hätten den Plan als Affront verstanden. Ein Plakatierungsverzicht hätte den Eindruck erweckt, die Zentrale verschlafe den Wahlkampf und lasse das Parteivolk im Stich. Das Prinzip Legitimität – auch das veranschaulicht diese Anekdote – hat in Parteiorganisationen

lautet eine verbreitete Annahme. Diese Rationalitätsfiktion führt dazu, dass alle Parteien ähnliche Wege beschreiten. Besonders grosse Wirkung entfaltete dabei in den letzten Jahren das Vorbild so genannter «single issue groups» wie Bürgerinitiativen, NGO oder Interessenverbände. Sie sind für den Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit in vielerlei Hinsicht besser gerüstet als die grossen, heterogen zusammengesetzten Parteien mit ihren breitgefächerten Themenrepertoires. Eine Greenpeace-Aktion entfaltet mehr Dramatik als eine Parteidelegiertenversammlung. Economie-suisse vertritt eine klarer definierte Klientel

KONTAKT Otfried Jarren: jarren@ipmz.uzh.ch; Martina Vogel: m.vogel@ipmz.uzh.ch, Patrick Donges: donges@ipmz.uzh.ch



BERN BETLEHEM — HOCHHAUSÜBERBAUUNG

«WIR SIND WELTMEISTER DER DEMOKRATIE»

Globalisierung und Medien verändern die Spielregeln der Demokratie. Wie dies geschieht, untersucht das NCCR Democracy. Mit den beiden Leitern, Hanspeter Kriesi und Otfried Jarren, sprachen Thomas Gull und Roger Nickl

Herr Jarren, Herr Kriesi, das Forschungsthema Ihres Nationalen Forschungsschwerpunktes lautet «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert». Wie wird denn die Demokratie heute herausgefordert?

HANSPETER KRIESI: Es gibt zahlreiche Herausforderungen. Wir untersuchen in unserem Forschungsprojekt zwei davon: Den wachsenden Einfluss der Medien auf politische Prozesse und die zunehmende Bedeutung internationaler und supranationaler Organe und Entscheidungsträger, die die nationalen Entscheidungsprozesse relativieren.

OTFRIED JARREN: Die Medien, das Internet gehört da selbstverständlich dazu, durchdringen heute alle gesellschaftlichen Ebenen und verändern so die politischen Prozesse. Das Gleiche gilt für den Trend zur Denationalisierung beziehungsweise Globalisierung: Politische Entscheidungen werden heute nicht mehr nur in den Geltungsräumen der verschiedenen Nationalstaaten getroffen.

Sie sagen, die Internationalisierung höhle den Nationalstaat aus. Was bedeutet das konkret für die Demokratie?

KRIESI: Die Demokratie war bisher nationalstaatlich verfasst. Über Entscheidungen in der EU beispielsweise wird in den Mitgliedstaaten aber nur sehr selten abgestimmt. Je häufiger politisch relevante und verbindliche Entscheidungen auf der Ebene der EU getroffen werden, desto mehr schwindet die Relevanz nationaler Abstimmungen und Wahlen. Das ist natürlich problematisch.

Sie haben festgestellt, dass die Unzufriedenheit der Bürger gegenüber der EU wächst. Gibt es Strategien, wie solche supra-

nationalen Organisationen demokratisch reformiert werden könnten?

KRIESI: Das ist eine schwierige Frage. Tatsächlich hat die EU ein Demokratiedefizit. Es gibt verschiedene Vorstellungen, wie das geändert werden könnte. Eine Variante wäre die Verstärkung des europäischen Parlaments. Eine andere eine erhöhte Kontrolle der EU-Minister durch die nationalen Parlamente. Oder die EU-Kommission könnte direkt durch das Volk oder durch das Parlament gewählt werden. Es gibt aber auch Stimmen, die sagen, die EU habe überhaupt kein Demokratiedefizit. Wir stellen jedoch generell so etwas wie ein demokratisches Malaise fest. Auf diesem Hintergrund wol-

len wir im Rahmen unseres Nationalen Forschungsschwerpunktes untersuchen, wie die Demokratie heute funktioniert und was man allenfalls besser machen könnte.

JARREN: In der EU haben wir das Problem, dass Institutionen – Parteien, Verbände, Gewerkschaften – auf den Nationalstaat ausgerichtet sind. Auf der supranationalen, europäischen Ebene bestehen hingegen Defizite, weil die Parteien hier nur partiell organisiert sind. Andere Akteure – NGO beispielsweise – spielen dafür eine grössere Rolle. Es fragt sich allerdings, wie stark diese demokratisch rückgekoppelt sind. Sind sie überhaupt legitimiert, Interessen durchzusetzen? Für mich stellt sich deshalb die Frage, wie die Architektur solcher supranationaler Gebilde aussehen muss, damit sie den Bedürfnissen traditioneller Demokratien entspricht und dennoch den Wandel akzeptiert.



Chancen und Gefahren: Hanspeter Kriesi und Otfried Jarren diskutieren Perspektiven der Demokratie.

Das kann durchaus bedeuten, dass wir künftig neue Demokratiekonzepte und Governance-Modelle entwickeln müssen.

Gibt es auch in den Nationalstaaten, etwa in der Schweiz, Demokratiedefizite?

KRIESI: Ursprünglich haben wir uns vor allem für supranationale Phänomene der Globalisierung interessiert, mittlerweile ist uns bewusst geworden, dass es auch auf nationaler und subnationaler Ebene Prozesse gibt, die dazu führen, dass die Verantwortung der demokratisch gewählten Repräsentanten den Stimmbürgern gegenüber sehr indirekt wird. Es gibt beispielsweise immer mehr so genannte «Independent Regulatory Agencies»: Das heisst, der Staat delegiert die Regulation bestimmter Politikbereiche an unabhängige Entscheidungsinstanzen. Die Nationalbank ist das typische Beispiel in der Schweiz. Die Verantwortlichen dieser Institutionen werden zwar von gewählten Entscheidungsträgern ernannt und sind dem Stimmbürger gegenüber damit mindestens indirekt verantwortlich. Aber diese Institutionen entwickeln natürlich eine gewisse Eigen- dynamik, die nicht mehr an die Bürgerinnen und Bürger rückgekoppelt ist.

Sie haben jetzt vor allem die Demokratiedefizite betont. Gibt es im Rahmen von Globalisierung und Internationalisierung auch Chancen für die Demokratie?

KRIESI: Am Anfang haben wir sehr pessimistisch gedacht. Und es gibt bei uns auch Leute, die kritisieren, dass wir vor allem von den Problemen und zu wenig von den Chancen sprechen. Tatsächlich bieten die neuen supranationalen politischen Ebenen auch neue Möglichkeiten für Interventionen. Nichtregierungsorganisationen und andere Interessengruppen intervenieren etwa auf europäischer Ebene. Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die dadurch gestärkt werden. Auf diese Weise entstehen neue Partizipationschancen. Es ist auch so, dass die Bürger immer kompetenter werden. Das führt dazu, dass die Erwartungen an die Partizipation steigen. Zudem eröffnen die neuen Technologien neue Möglichkeiten für die aktive Teilnahme an politischen Diskussio-

nen und Prozessen. Das wird von uns auch untersucht. Wir betonen also nicht nur die negativen Aspekte, sondern wir sehen auch neue Möglichkeiten.

Sie bezeichnen die Schweiz als «Laboratorium» für die Demokratieforschung. Inwiefern eignet sich unser Land speziell für die Demokratieforschung?

JARREN: Im Unterschied etwa zu Deutschland ermöglicht das politische System der Schweiz, die direkte Partizipation auf verschiedenen Ebenen – von der Gemeinde bis zum Bundesstaat. Es gibt zudem Formen der Beteiligung, die die EU nun partiell einführt – etwa Konsultationsverfahren – ohne sie als schweizerisch zu deklarieren.

KRIESI: Hinzu kommt, dass die Schweiz quasi aus 26 verschiedenen Staaten besteht. Man kann deshalb innerhalb des Landes die Wirkung unterschiedlich organisierter Institutionen sehr gut analysieren. Ein weiterer Punkt ist: Die Schweiz ist Weltmeister in der direkten Demokratie, und diese ist ein Exportprodukt, das immer häufiger auch im Ausland zur Anwendung kommt. In der Schweiz kann man entsprechend gut erforschen, wie diese Form der Demokratie funktioniert. Wir untersuchen beispielsweise Abstimmungskämpfe wie die zum neuen Asylgesetz im vergangenen Jahr.

Eine weitere Hypothese Ihres Projekts ist die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Medien – die so genannte Mediatisierung. Wie manifestiert sich diese Entwicklung?

JARREN: Es gab schon immer ein spezielles Verhältnis von Politik und Medien – so entwickelten sich die Nationalstaaten und die Medien zunächst im Gleichschritt. Staat und Gesellschaft hatten als Verbindungselemente die Parteien, die ihre Standpunkte via Medien vermittelten. Die Partei-, Gewerkschaft- und Kirchenpresse war früher entsprechend ideologisch aufgeladen. Diese Struktur hat sich verschoben: Die Medien haben sich zunehmend ökonomisiert und müssen ihr Geld andersweitig beschaffen. Aufgrund dieses Wandels sind sie heute weniger ideologisch und stärker aufmerksamkeitslogisch geprägt. Mediatisierung

DIE GESPRÄCHSPARTNER

Otfried Jarren ist Professor für Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte sind «Media Policy» und «Political Communication». Im Bereich der Medienpolitik werden unter anderem die beiden Projekte «Medienpolitische Weichenstellung» und «Publizistische Programmierung der SRG 1953–2005» (finanziert durch den Schweizer Nationalfonds [SNF]) bearbeitet. Auf dem Gebiet der Politischen Kommunikationsforschung werden an seinem Lehrstuhl derzeit, neben einem NCCR-Projekt über Medialisierungseffekte bei politischen Parteien (Mehrländerstudie), mit Mitteln des SNF die Projekte «Die Regierungskommunikation der Kantone» sowie der Schweizer Teil im Rahmen des internationalen Verbundprojekts «Political Communication Culture in Western Europe. A Comparative Study» durchgeführt. Soeben abgeschlossen wurde das Projekt «Politische Kommunikationsberater in der Schweiz» (das Buch erscheint im Oktober im UVK Verlag, Konstanz).

KONTAKT jarren@ipmz.uzh.ch

Hanspeter Kriesi ist Professor für Politikwissenschaft, Vergleichende Politik an der Universität Zürich. Ein aktueller Schwerpunkt seiner Forschungsarbeit ist die Transformation westeuropäischer Parteiensysteme im Zeitalter der Globalisierung – in einem gemeinsamen Projekt mit der Universität München werden die Veränderungen des Parteienangebots und der Wählernachfrage anhand von Wahlkampagnen und öffentlichen Debatten in sechs europäischen Ländern untersucht. Zudem leitet er ein Forschungsprojekt zum Wertewandel in der Schweiz, das Teil der fünften Welle der World Value Studie ist, die in mehr als 60 Ländern durchgeführt wird. Im Rahmen des NCCR Democracy analysiert der Politikwissenschaftler mit seinem Team gemeinsam mit Publizistikwissenschaftlern der Universität Zürich direkt-demokratische Abstimmungskampagnen in der Schweiz.

KONTAKT hanspeter.kriesi@ipz.uzh.ch

meint nun, dass die politischen Organisationen zunehmend auf die Vermittlungsfunktion der Medien angewiesen sind, auf die sie nicht mehr automatisch zählen können, weil sie keine eigene Presse mehr haben. Die Öffnung der Medien hat dazu geführt, dass beispielsweise NGO ein grösseres Gewicht im politischen Diskurs erhalten haben. Andere politische Akteure und Intermediäre verlieren hingegen tendenziell an Bedeutung in der medialen Darstellung. Dadurch, dass die Medien Informationen nach ihrem Nachrichtenwert auswählen, werden auch bestimmte Akteure in der Berichterstattung weniger berücksichtigt.

Wie reagieren die Parteien auf diese Veränderungen?

JARREN: Die Parteien sind zunehmend auf die Medien angewiesen – selbst wenn sie ihre eigenen Mitglieder schnell erreichen wollen. Sie können nicht mehr binnenkommunikativ funktionieren. Das führt zu einer Hierarchisierung von Entscheidungsprozessen und von Themen und zu einer Professionalisierung von Stäben und Leitungen. Und es fördert die Entdemokratisierung der Strukturen. Idealtypisch laufen Entscheidungsprozesse in Parteien von unten nach oben ab, diese Entwicklung weist jedoch in die andere Richtung. Das wirkt sich auf die Parteien aus. Entsprechend gibt es ganz unterschiedliche Modelle, wie Parteien organisiert sind und funktionieren. Gleichzeitig werden die Parteien finanziell abhängiger, weil professionelle Kommunikation Geld kostet, was ich für Demokratien auch aus dem Aspekt der Chancengleichheit als problematisch erachte. Das führt dazu, dass Parteien mit einem kleineren Budget dazu gezwungen werden, Verbindungen einzugehen, etwa mit den Medien. Parteien sind in den Nationalstaaten zentrale Akteure, weil sie Interessen bündeln und ausgleichen und so bis zu einem gewissen Grad für politische Stabilität sorgen. Heikel wird es, wenn die Parteien diese Funktionen nicht mehr erfüllen können, weil sie sich in finanzielle Abhängigkeiten begeben oder weil sie nur noch selektive Interessen vertreten und nur noch bestimmte Themen bewirtschaften, weil sie annehmen, dass sie damit bei den Wählern punkten können.



«Die Parteien werden finanziell abhängiger, weil professionelle Kommunikation Geld kostet.» Otfried Jarren

KRIESI: Ich möchte noch zwei Aspekte hinzufügen. Zum einen wird in den Parteien die Führung gestärkt. Die Parteispitze braucht den Parteiapparat nicht mehr, um die Mitglieder zu mobilisieren, das geschieht über die Medien. Die Medien ihrerseits, die politische Themen stark personalisieren, sind sehr auf die Parteispitzen ausgerichtet. Ganz generell kann man sagen, dass die Exekutiven gestärkt werden, weil die Aufmerksamkeit der Medien immer mehr auf die Spitzen fokussiert wird. Dies unterstützt auch die Tendenz zur supranationalen Entscheidungsfindung, weil auch dort die Exekutive die zentrale Rolle spielt, wie etwa die Staatschefs an den G-8-Gipfeln demonstrieren. Das führt zu einer «Präsidentialisierung» der parlamentarischen Systeme,

und das wiederum zu einer «Entparlamentarisierung». Das heisst, die Parlamente werden immer schwächer und die gewählten Volksvertreter haben weniger Einfluss.

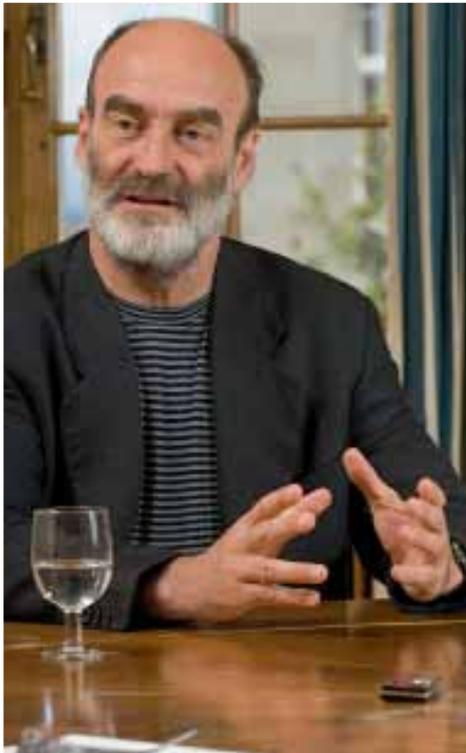
Die SVP ist in der Schweiz das Paradebeispiel für eine solche von oben gesteuerte Partei. Andere Parteien scheinen mehr Mühe damit zu haben, wenn man etwa beobachtet, wie die FDP oder die SP versuchen, über die Basis Parteiprogramme zu entwickeln. Das scheint mittlerweile ein kompetitiver Nachteil zu sein – man hat zwar parteiintern mehr Demokratie, aber man ist weniger schlagkräftig. Müssen sich die Parteien dieser neuen Logik unterwerfen?

KRIESI: Offenbar. Jedenfalls ist es so, dass Parteien, die sich dieser Logik unterwerfen, erfolgreicher sind. Die SVP hat sich in dieser Hinsicht am meisten professionalisiert und macht nun den anderen vor, wie es gemacht werden muss.

Ist das die Zukunft?

JARREN: Diese Strategie birgt auch Risiken, weil sie an Personen – Blair beispielsweise oder Berlusconi – gebunden ist. Institutionen, die mit Personen kurzgeschlossen werden, haben das Problem, dass sie, wenn diese Personen verschwinden oder skandalisiert werden, überlegen müssen, wie es weitergeht. Es ist aber schon so, dass die Personalisierung durch die Medien zu einer Hierarchisierung führt, weil diese Personen auf allen Ebenen auftreten und die Sachgeschäfte teilweise gar nicht mehr abarbeiten können. Das führt auch demokratietheoretisch zu einem Problem, weil das Binnengefüge der Parteien von diesen Personen abhängt. Parlamente werden so faktisch ausgehöhlt, weil die Entscheide eben vermehrt durch die Exekutiven oder wenigen Elitepersonen ausgehandelt werden. Die Medien bedienen genau diese Konstellation.

Damit verbunden ist auch die Verschiebung hin zu populistischer Themensetzung. Inwiefern wird populistische Politik gefährlich für eine Demokratie?



«Die Exekutiven werden gestärkt, weil die Aufmerksamkeit der Medien immer mehr auf die Spitze fokussiert wird.» Hanspeter Kriesi

JARREN: Das Problem ist, dass die Medien alles bedienen, was irgendwie interessant ist – beispielsweise das Thema Kampfhunde. Der Effekt ist, dass dadurch eine Vielzahl von Exekutivmassnahmen ausgelöst werden, bei denen man sich fragen muss, ob der Aufwand gerechtfertigt ist. Dagegen werden bei viel relevanten Themen – etwa der Misshandlung von Kindern und Frauen – keine Massnahmen ergriffen. Das sind Prozesse, die teilweise von den Medien angestossen werden. Man kann das für harmlos halten. De facto ist es aber nicht harmlos, weil damit die politische Agenda gesetzt wird. Und Agendasetting bedeutet nicht nur, ein Thema zu lancieren, sondern gleichzeitig auch eine Lösung zumindest zu suggerieren. Wenn es einer Partei wie der SVP gelingt, ein Thema

– etwa «Missbrauch» – zu setzen und sich gleichzeitig als Lösung des Problems zu präsentieren, ist das der Schlüssel zum Erfolg.

KRIESI: Populismus ist ein schwieriges Konzept. Auf den Kern reduziert bedeutet es: den direkten Appell ans Volk und Anti-Elitismus. Blocher etwa attackiert die «classe politique» und appelliert gleichzeitig an den gesunden Menschenverstand der Stimmbürger. Das Konzept ist deshalb heikel, weil ein Populist mit der Idealvorstellung der Demokratie – dem direkten Appell ans Volk – arbeitet. Das Volk soll entscheiden und niemand sonst.

Ein Paradebeispiel für eine solche Auseinandersetzung sind die Einbürgerungen. Dabei geht es um die Frage Rechtsstaat und Menschenrechte versus Basisdemokratie. Soll das Volk das letzte Wort haben?

KRIESI: Wir leben in einer liberalen Demokratie. Eine Grundvoraussetzung, dass diese Demokratie funktioniert, ist der liberale Rechtsstaat, der Grundrechte wie Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit garantiert. Zu diesen Rechten gehört auch der Schutz vor Willkür durch den Staat. Das Problem der Verabsolutierung der demokratischen Komponente ist, dass dadurch willkürliche Entscheide gefällt werden können. Nur weil jemand Türke ist oder Stojanovic statt Müller heisst, wird er nicht eingebürgert. Das ist Willkür. Da hat das Bundesgericht völlig zu Recht entschieden, dass das so nicht geht. Die Staatsrechtler stehen auf der Seite des liberalen Rechtsstaates, dessen Prinzipien sie gegen die Verabsolutierung der Volkssouveränität verteidigen. Wenn der Populist ans «Volk» appelliert, hat er zwar die Ideale der Demokratie auf seiner Seite. Aber diese Ideale sind nicht absolut zu setzen. Denn einerseits verletzt der Populist unter Umständen Prinzipien des Rechtsstaates. Andererseits übersieht er, dass unsere Demokratie repräsentative Elemente enthalten muss. Das heisst, man kann nicht jeden Tag das Volk befragen. Es gibt die pragmatische, real existierende Demokratie und es gibt die ideale Demokratie. In unserem Programm untersuchen wir, wie die reale Demokratie funktioniert, und nicht, wie es unter Umständen in idealen normativen Modellen sein könnte.

Sie argumentieren, dass die Mediatisierung und Boulevardisierung des politischen Diskurses die Lösung von Problemen schwieriger macht, weil durch den medialen Druck nebensächliche Themen aufgebauscht werden – wie die Kampfhunde –, die dann den Bundesrat und das Parlament beschäftigen. Wird dadurch die Demokratie gefährdet?

JARREN: Die Sichtbarkeit der zentralen Institutionen nimmt heute ab, das kann man feststellen. Das Parlament beispielsweise kommt in den Medien weniger vor als früher. Damit verlieren auch Prinzipien wie das Aushandeln politischer Kompromisse, die Gewaltenteilung oder das Aushalten institutioneller Widersprüche an allgemeiner Sichtbarkeit und in der Folge an Bedeutung. Solche Entwicklungen machen Demokratien verletzlicher und instabiler.

Herr Jarren, Herr Kriesi, wir danken Ihnen für das Gespräch.

NCCR DEMOCRACY

DEMOKRATIE UNTER DER LUPE

Die Globalisierung und der zunehmende Einfluss der Medien auf die Gesellschaft stellen die Politik vor neue Fragen. Und sie verändern die Spielregeln der Demokratie. Unter dem Titel «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert» untersucht das NCCR Democracy, ein interdisziplinärer Nationaler Forschungsschwerpunkt unter der Leitung des Politologen Hanspeter Kriesi und des Publizistikwissenschaftlers Otfried Jarren, aktuelle demokratische Prozesse. Ziel des Projektes ist es, aufgrund von Forschungsergebnissen, Vorschläge zur Verbesserung der politischen Entscheidungsprozesse, der politischen Bildung und der Qualität der Medienberichterstattung zu erarbeiten. Am Projekt beteiligt sind rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erste Phase des Forschungsvorhabens wurde 2005 vom Schweizer Nationalfonds für vier Jahre bewilligt und mit 7,1 Millionen Franken unterstützt. Das Gesamtbudget des NCCR beträgt 14,6 Millionen Franken.

WENN DEMOKRATIE GEFÄHRLICH WIRD

Die Demokratie mag die beste aller Staatsformen sein. Demokratisierungsprozesse destabilisieren jedoch oft die bestehende Ordnung und können zu Bürgerkriegen, Genoziden und dem Auseinanderfallen von Staaten führen. Von Thomas Gull

Die Demokratie ist aus westlich-aufgeklärter Sicht die bestmögliche aller Staatsformen. Sie sorgt dafür, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen (G.B. Shaw), und Demokratien führen in der Regel gegeneinander keine Kriege. Immanuel Kant erklärte diesen Sachverhalt unter anderem damit, dass sich Wähler nur ungern selber in den Krieg schicken. Die Politikwissenschaft hat für die Beisshemmung demokratischer Staaten untereinander den Begriff des «Demokratischen Friedens» geprägt.

Der Erfolg des demokratischen Modells ist unbestritten, hat jedoch auch seine Schattenseiten. Dazu gehört der naive Glaube, Demokratie sei so universell beliebt und allgemein verträglich wie Coca-Cola und könne deshalb beliebig exportiert werden. Im Gegensatz zum amerikanischen Süssgetränk, das auf der ganzen Welt gerne getrunken wird und nur selten Beschwerden verursacht, ist die Demokratie mit Vorsicht zu geniessen. Das demonstrieren die USA mit ihrem desaströsen Feldzug im Irak auf eindrückliche Weise. Denn die Demokratie, oder präziser der Weg zu ihr, die Demokratisierung, birgt erhebliches Sprengpotenzial. Man übersieht nur allzu gerne, dass auch die Entstehung der westlichen Demokratien begleitet war von Bürgerkriegen und Revolutionen. Wie etwa dem Aufstand der amerikanischen Siedler gegen die englische Krone, der die erste moderne demokratische Verfassung der Welt erst möglich machte. Oder der Französischen Revolution, die zuerst Ludwig den XVI. und danach so manches andere der Ancien Régimes in Europa wegfegte, auch in der Schweiz.

ETHNISCHE SÄUBERUNGEN UND GENOZIDE

Demokratisierungsprozesse zeitigten auch in jüngster Vergangenheit höchst unterschiedliche Folgen. So verlief in Lateinamerika der Übergang von den Militärdiktaturen zu demo-

kratischen Regierungen meist unblutig, und viele der Staaten Osteuropas verabschiedeten sich ohne allzu grosse Schwierigkeiten aus dem kommunistischen Zwangsverband. Andernorts hat der Demokratisierungsprozess hingegen zu Bürgerkriegen, ethnischen Säuberungen und Genoziden geführt und die staatliche Einheit gefährdet oder zerstört.

Weshalb gelingt die Demokratisierung in einigen Fällen und hat in anderen katastrophale Auswirkungen? Diese Frage lotet das Projekt «Democratizing Divided Societies in Bad Neighborhoods» des Nationalen Forschungsschwerpunktes NCCR Democracy aus. Von der Universität Zürich beteiligt sich unter anderem Simon

und freier Marktwirtschaft überall und bis in alle Ewigkeit.

Doch das waren die euphorischen frühen 90er-Jahre, das war vor 9/11. Heute weiss man: Die Verhältnisse sind nicht so, zumindest nicht so einfach. Das musste auch Fukuyama feststellen, als die Geschichte selbst seine These widerlegte. Die Politologen sehen den Gang der Weltgeschichte heute deshalb in einem etwas nüchterneren Licht. Das grosse Wort vom Paradigmenwechsel mag Hug zwar nicht hören, er stellt aber fest: «Die Perspektive hat sich verändert: Demokratisierung ist sicherlich nach wie vor ein erstrebenswertes Ziel. Doch man muss sich bewusst sein, dass der Weg dorthin nicht einfach ist.» Insbesondere in Ländern mit ethnischen Spannungen könne die Demokratisierung Konflikte auslösen. Der Beispiele sind viele: das ehemalige Jugoslawien, die ehema-

«Demokratisierung kann die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ein Staat destabilisiert wird oder Krieg führt.» Simon Hug, Politologe

Hug, Professor für Methoden der Politikwissenschaft, am Projekt, das von Lars-Erik Cederman, Professor für Internationale Konfliktforschung an der ETH Zürich, geleitet wird.

Das Projekt basiert auf der Erkenntnis, dass «Demokratisierungsprozesse zuerst einmal zu einer Destabilisierung der bestehenden Ordnung führen und nicht immer friedlich verlaufen», wie Hug festhält. Die Einsicht stellt die optimistische Haltung in Frage, die noch in den 1990er-Jahren vorherrschte: «Die Politologen gingen davon aus, dass es friedlich wäre auf dieser Welt, wenn alle Staaten demokratisch würden», erklärt Hug. Eine Heilserwartung, die im Einklang stand mit Francis Fukuyamas These vom Ende der Geschichte. Für Fukuyama gab es nach der Überwindung des Kommunismus auf dieser Welt keine Gegensätze mehr. Höchste Zeit für das Goldene Zeitalter also, das Paradies auf Erden, mit Frieden, Demokratie

ligen Sowjetrepubliken im Kaukasus, die Region der grossen Seen in Afrika oder der Mittleren Osten etwa.

Solche Fälle schwieriger Demokratisierungsprozesse untersuchen Hug und seine Kollegen. Sie wollen herausfinden, welche Mechanismen die Konflikte auslösen. Dazu wurden unter anderem internationale Experten zu Gesprächen eingeladen, mit denen die Lage in diesen vier Regionen erörtert wurde. Die Erkenntnisse sind in das Paper «Linking Ethnic Conflict & Democratization. An Assessment of Four Troubled Regions» eingeflossen (Autoren Judith Vorrath, Lutz Krebs, Dominic Senn). Simon Hug fasst die provokative These des Aufsatzes so zusammen: «Die Demokratisierung kann die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ein Staat destabilisiert wird oder Krieg führt.»

Das tönt ziemlich waghalsig, vor allem für all jene, die bisher mit Kant der Meinung waren,





Demokratie sei eine Voraussetzung für den ewigen Frieden. Doch die These lässt sich bestens belegen, etwa mit dem Beispiel des früheren Jugoslawien. Für die Politologen sind die zuerst innerstaatlichen Auseinandersetzungen, die dann zu Bürgerkriegen, Genoziden und dem Auseinanderfallen Jugoslawiens führten, eine Folge des Demokratisierungsprozesses. Dieser stellte die Macht der alten kommunistischen Elite, repräsentiert unter anderem durch Slobodan Milosevic in Serbien und Franjo Tudman in Kroatien, in Frage. Milosevic und Tudman instrumentalisierten die ethnischen Spannungen, um die Wählerinnen und Wähler für ihr Lager zu mobilisieren. Milosevic etwa postulierte, Serbien werde gross sein oder nicht sein. «Ethnische Spannungen werden vielfach geschürt und inszeniert», fasst Hug zusammen, «sie sind das Resultat der Strategien von Eliten.»

DAS DESASTER IM IRAK

So weit, so unerfreulich. Doch unter welchen Bedingungen führen Demokratisierungen zu Konflikten? Und umgekehrt gefragt: Welches sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratisierung? In ihrem Paper beschreiben Vorrath, Krebs und Senn drei Eigenschaften der Demokratisierung, die Konflikte auslösen können, und sie diskutieren drei Elemente, die zu einer erfolgreichen und friedlichen Demokratisierung beitragen.

Lutz Krebs analysiert für seine Dissertation das Verhalten der Eliten im Libanon und im Irak. Der Irak bietet sich als Beispiel an, um die von Vorrath, Krebs und Senn zusammengestellten Szenarien durchzuspielen. Erstens: Durch die Demokratisierung wird die politische Arena geöffnet, was neuen Akteuren die Möglichkeit gibt, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Gleichzeitig können dadurch Gruppen, die bisher an der Macht waren, marginalisiert werden oder ganz verschwinden. Im Extremfall kann diese Entwicklung zu einem Kollaps der Zentralgewalt und damit zu einem Machtvakuum führen. Was im Irak passierte: Die bisherige Elite aus den Reihen der Sunniten wurde von den Amerikanern entfernt, die demokratische Arena geöffnet. Resultat: Ein unkontrollierter Machtkampf zwischen den verschiedenen ethnischen und politischen Grup-

pen, der faktisch zu einem Kollaps der Zentralmacht geführt hat.

Zweitens: Wahlen produzieren Gewinner und Verlierer. Gruppen, die in der demokratischen Ausmarchung den Kürzeren ziehen, könnten den Wahlausgang nicht akzeptieren und versuchen, ihre Ansprüche mit Waffengewalt durchzusetzen. Was im Irak passierte: Die Sunniten haben ihre Macht verloren und können auf Grund ihres relativ geringen Anteils an der Bevölkerung unter demokratischen Bedingungen höchstens auf eine proportionale Beteiligung an der Macht hoffen. Deshalb sabotieren sie den Demokratisierungsprozess.

Drittens: Der Ablauf der demokratischen Entscheidungsprozesse spielt eine wichtige Rolle. So hat sich gezeigt, dass es sich negativ auswirkt, wenn zuerst lokale oder regionale Wahlen abgehalten werden, bevor es zu nationalen Wahlen kommt, weil regionale Führer,

zu neuen geordneten politischen Verhältnissen gab. Drittens: Der Übergang ist ein Kompromiss zwischen den ehemaligen und den neuen Machthabern. Die Unterstützung der früheren Elite kann gewonnen werden, indem sie an der Macht beteiligt wird. Im Irak wurden die ehemaligen Machthaber durch den Krieg gestürzt, die Sunniten sehen sich marginalisiert.

Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Demokratisierung sind im Irak denkbar schlecht. Im Moment herrschen im Land chaotische Zustände und ein Ende scheint nicht in Sicht zu sein. Das werde sich auch nicht so schnell ändern, ist Krebs überzeugt: «Weil überhaupt noch nicht absehbar ist, wie sich der Machtkampf entwickelt, setzen alle Parteien alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ihre Positionen zu stärken.» Im Gegensatz dazu seien im Libanon die politische Macht zwischen den ethnischen Gruppen bereits aufgeteilt

«Ethnische Spannungen werden geschürt und inszeniert, sie sind das Resultat der Strategien von Eliten.» Simon Hug, Politologe

die nicht an das nationale Gemeinwohl gebunden sind, mehr Legitimität geniessen als die noch nicht gewählten nationalen Führer. So geschehen im früheren Jugoslawien.

Was im Irak passierte: Nach dem Sturz des Hussein-Regimes zerfiel das Land faktisch in drei Teile, den kurdischen im Nordosten, den schiitischen im Süden und den sunnitischen im Zentrum. Es gab zwar nationale Wahlen, die Wahlergebnisse spiegeln aber nur die ethnische Spaltung der Bevölkerung.

Den drei wichtigsten Konfliktkatalysatoren stehen drei Voraussetzungen gegenüber, die zu einer erfolgreichen und friedlichen Demokratisierung beitragen. Erstens: Der Staat muss im Innern und nach aussen gefestigt sein. Lage im Irak: Das Land droht entlang der ethnischen Grenzen auseinanderzufallen. Zweitens: Die Regeln für den Übergang sind ausgehandelt worden zwischen den ehemaligen Machthabern und den Vertretern der demokratischen Opposition. Im Irak wurden die ehemaligen Machthaber von den Amerikanern vertrieben, ohne dass es eine Planung für den Übergang

und das Land trotz grosser ethnischer Spannungen einigermaßen stabil.

Worauf laufen die im Rahmen des NCCR-Projektes betriebenen Analysen hinaus? Gibt es bald praktische Anweisungen, wie Demokratisierungen am besten durchzuführen seien? Wohl kaum. Für Hug ist klar, dass es so etwas wie ein einziges Rezept für das Gelingen von Demokratisierungsprozessen nicht gibt und nicht geben wird: «Wir möchten zuerst einmal herausfinden, wie die Prozesse regionalspezifisch ablaufen. Wahrscheinlich wird man kulturelle, gesellschaftliche und ökonomische Eigenheiten weit stärker berücksichtigen müssen als bisher.» Deshalb werde man am Ende des Tages wahrscheinlich keine grosse, allgemein gültige Theorie aufstellen können für den friedlichen Ablauf von Demokratisierungsprozessen, sagt Hug, «wir möchten aber zu gewissen Generalisierungen kommen und diese in die öffentliche Debatte einbringen».

KONTAKT simonhug@ipz.uzh.ch

WIE DEMOKRATISCH SIND DEMOKRATIEN?

Sie gilt als höchst entwickelte Organisationsform des politischen Lebens. Wie gut funktionieren real existierende Demokratien aber tatsächlich? Ein Demokratiebarometer soll künftig die Qualität von politischen Systemen messen. Von Tanja Wirz

Die Demokratie gilt gemeinhin als die beste und am höchsten entwickelte Organisationsform des politischen Lebens. Wir sind stolz darauf, in demokratisch verfassten Staaten zu leben. Doch ist diese Errungenschaft in Stein gemeisselt? Was passiert mit der Demokratie, wenn machthungrige und rücksichtslose Regierungschefs wie Silvio Berlusconi auf den Plan treten? Oder wenn Ereignisse wie 9/11 dazu führen, dass grundlegende Bürgerrechte plötzlich nicht mehr so wichtig erscheinen? Und: Interessiert sich das oft zitierte «Volk» überhaupt noch dafür, seine politischen Rechte wahrzunehmen?

Die Politologen Lisa Müller und Marc Bühlmann möchten es gerne genauer wissen. Sie entwickeln deshalb ein neues Instrument, um die Qualität von Demokratie zu messen, das «Demokratiebarometer». Das Projekt, das 2005 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich gestartet wurde und bis mindestens 2008 laufen soll, ist Teil des Nationalen Forschungsschwerpunktes «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert».

DEMOKRATIE VERÄNDERT SICH

Das Demokratiebarometer ist nicht der erste Versuch, den politischen Zustand von Ländern zu messen und zu bewerten. Die bekanntesten derartigen Analysen stammen von der US-amerikanischen Organisation Freedom House, die alljährlich den so genannten «Freedom House Index» veröffentlicht, in dem sie sämtlichen Ländern der Erde punkto Demokratie Noten von eins bis sieben erteilt. Doch erhalten bei diesem eher grob gestrickten Rating die westlichen Industrienationen ohnehin stets die höchsten Weihen, nämlich das Prädikat «free». Kritische Fragen, ob es in diesen Ländern nicht noch Dinge zu verbessern oder problematische Entwicklungen zu verhindern gäbe, werden so aus-

geblendet. Das ist problematisch: «Auch gefestigte Demokratien brauchen kritische Beobachtung», erklärt Projektleiter Marc Bühlmann. «Deshalb möchten wir auch die Unterschiede zwischen den etablierten Demokratien messbar machen.» Mit dem Demokratiebarometer sollen dabei nicht nur sämtliche OECD-Länder verglichen, sondern auch der Wandel innerhalb einzelner Länder untersucht werden, denn, so Bühlmann: «Wir vermuten, dass sich die Qualität der Demokratie beispielsweise in Italien durch Berlusconi gewandelt hat und jene in den USA durch die Politik von Bush. Solche Veränderungen würden wir gerne mit Zahlen belegen.»

FREIHEIT, GLEICHHEIT, KONTROLLE

Bevor das Barometer eingesetzt werden kann, müssen allerdings grundlegende Fragen geklärt werden: Was ist überhaupt eine Demokratie? Und wie lässt sich das in Fakten und Zahlen fassen? Die beiden Politologen verstehen Demokratie als einen Aushandlungsprozess. «Es gibt nicht die eine und einzige beste Form von Demokratie, an der alle anderen gemessen werden können», meint Bühlmann.

Dem Barometer liegt denn auch ein Modell zugrunde, das von drei Prinzipien ausgeht, die in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssen, damit von einer funktionierenden Demokratie gesprochen werden kann: Gleichheit, Freiheit und – nein, nicht etwa Brüderlichkeit, sondern: Kontrolle. Das Gleichgewicht der drei Prinzipien macht es aus: «Eine einseitige Betonung des Aspekts der Freiheit etwa würde zu einem reinen survival of the fittest führen», erläutert Bühlmann. Und wäre die Gleichheit aller Mitglieder einer Demokratie sakrosankt, gäbe es keinen Raum für individuelle Lebensgestaltung mehr. Je nach Land und Zeit sei das Verhältnis von Gleichheit, Freiheit und Kontrolle allerdings verschieden gewichtet. Aus die-

sen drei Prinzipien leitet das Forschungsteam die konkreten Indikatoren ab, die die Beurteilung der Demokratiequalität erlauben sollen. So etwa: Haben alle gleiche Chancen, ihr Stimm- und Wahlrecht auszuüben? Wie viele und welche Möglichkeiten gibt es, politisch direkt zu partizipieren? Sind die Gewählten repräsentativ für die Gesamtbevölkerung? Wie steht es um das politische Wissen? Gibt es Pressezensur? Korruption? Wie stark ist das Land abhängig von der internationalen Marktwirtschaft?

Um diese und viele weitere Fragen zu beantworten, erheben Lisa Müller und Marc Bühlmann keine neuen Daten, sondern arbeiten mit bereits erhobenen Datensätzen aus dem Zeitraum von 1990 bis heute. Wichtig ist ihnen dabei, nicht nur die Normen, also etwa die schriftliche Verfassung eines Landes, zu berücksichtigen, sondern die tatsächliche «Verfassungswirklichkeit» zu untersuchen. Zudem möchten sie ihre Daten möglichst transparent machen. Das ist bei manchen der bestehenden Indices für Demokratiequalität nämlich ebenfalls problematisch: Der Freedom House Index etwa basiert nicht nur auf harten Fakten, sondern auf Einschätzungen von Experten. «In manchen Fällen ist das auch gar nicht anders möglich», erklärt Bühlmann, «da für viele Länder die entsprechenden Daten nicht zugänglich sind.» Damit ist schlecht nachvollziehbar, wie der jeweilige Experte zu seiner Aussage kam. Und möglicherweise wären Experten aus anderen Ländern als der USA ja auch zu ganz anderen Schlüssen gelangt. Das Zürcher Demokratiebarometer hingegen soll möglichst transparent werden. Sowohl das Barometer selber wie auch sämtliche verwendeten Daten werden als Open-Source-Datenbank öffentlich zugänglich sein. Damit soll eine kontinuierliche Diskussion geführt werden können, was eine gute Demokratie ausmacht. Und das Messinstrument könnte stetig verbessert werden.

KONTAKT Dr. Marc Bühlmann, buehlmann@nccr-democracy.uzh.ch und Lisa Müller, mueller@nccr-democracy.uzh.ch





BEI EGLISWIL — 1.-AUGUST-VORBEREITUNG

DIE MILLIONÄRSFRAGE

Die Schweizer Agglomerationen dehnen sich aus. Gleichzeitig driften sie politisch immer weiter auseinander. Das ist verhängnisvoll, denn um die gemeinsamen Probleme zu lösen, müssen die Gemeinden zusammenspannen. Von Katja Rauch

Oft beginnt es mit dem Wechsel des Wohnortes: Das berufstätige Akademikerpaar verdient ohne Kinder schnell einmal mehr, als es ausgibt. Und jetzt, wo das erste Kind unterwegs ist, zieht es sie hinaus aus der engen Stadt. Sie wollen ein eigenes Haus mit etwas Umschwung. Wo genau ist nicht so wichtig, Hauptsache, die Gemeinde ist angenehm und bietet eine gute Infrastruktur. Und natürlich: Der Arbeitsweg in die Stadt wird nicht allzu weit. Schon haben sie den Vertrag für den Kauf des Hauses unterschrieben, nicht ahnend, dass sie dafür möglicherweise auch mit einer kleinen Veränderung in ihrem Wesen bezahlen werden. Zwar nicht sofort, aber nach ein paar Monaten oder Jahren. Vielleicht fällt es ihnen nicht einmal auf, dass sie irgendwann statt links-grün wie bisher auf einmal rechts-liberal wählen.

Weshalb das so sein wird? «Das ist die Millionärsfrage», sagt Professor Daniel Kübler vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Ziehen die Menschen dorthin, wo schon ähnlich Gesinnte wohnen? – etwa an der Zürcher «Goldküste», wo die Immobilienpreise hoch sind und sich fast nur noch gut Betuchte niederlassen. Oder wird man politisch von der Gemeinde geprägt, in der man wohnt?

KERNSTADT ODER AGGLO?

«Wir haben starke Hinweise auf Letzteres gefunden», erklärt Daniel Kübler. Die Wohngemeinde prägt demnach die politische Gesinnung. Zur Illustration vergleicht Kübler das Zürcher Seefeld-Quartier mit der angrenzenden Gemeinde Zollikon. In beiden setze sich die Bevölkerung sehr ähnlich zusammen – gut gebildet, wohlhabend –, «doch die Menschen im Seefeld denken anders als jene in Zollikon.» Der Zürcher Politologe schreibt dies dem urbanen Einfluss zu: der Grösse der Gemeinschaft, der verdichteten Bauweise, der Komplexität der

Institutionen: «Im städtischen Kontext werden andere Diskussionen geführt als in den umliegenden kleineren Gemeinden.» Sogar das oft verschriene Schwamendingen sei eindeutig Kernstadt und nicht «Agglo»: «Die Schwamendinger», so Kübler, «denken anders als die angrenzenden Dübendorfer, genauso wie die Altstetterinnen anders denken als die Schlieremerinnen.»

Brisant ist dieser Befund im Hinblick auf die Eingemeindungen, die in jüngster Zeit wieder aktuell geworden sind. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist in dieser Hinsicht nichts mehr Wesentliches passiert. Erst im Jahr 2004 lancierte die Stadt Lugano eine neue Entwicklung, als sie mit acht umliegenden Gemeinden fusionierte. «Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich der Charakter dieser neuen Stadtteile nun entwickelt», freut sich Kübler. Die jüngste Gemeinde-Heirat ist aus dem Kanton Luzern zu vermelden: Im Juni dieses Jahres hat Littau

anderen Ländern wachsen die Agglomerationen in der Schweiz nämlich nicht in die Höhe – wo gibt es bei uns schon wirkliche Hochhäuser? –, sondern in die Breite. Das heisst, die Kernstädte gewinnen nicht mehr Einwohner, sondern verlieren eher solche. Dafür breitet sich der städtische «Siedlungsbrei» immer weiter aus. Zum Teil überschreitet er bereits Kantons- und Landesgrenzen. Wurden früher die Städte bei Abstimmungen ständig von den ländlichen Gebieten überstimmt, so geraten sie nun gegenüber ihrem eigenen Agglomerationsumland ins Hintertreffen.

TIEFE POLITISCHE GRÄBEN

Mit dem Wachsen der Agglomerationen haben sich in den letzten Jahrzehnten auch die politischen Gräben tief in diese Gebiete hineingefressen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts, so Kübler, habe hier eine Dreiteilung stattgefunden: Im Zentrum stehen die eher links-grünen Kernstädte; dann kommen die national-konservativen oder rechtspopulistischen «suburbanen» Zonen; und schliesslich, weiter aussen, die liberal-konservativen «periurbanen» Gebiete.

«Eingemeindungen verändern das politische Denken und Handeln der Einwohner.» Daniel Kübler, Politologe

der Stadt Luzern das Ja-Wort gegeben. Der Politologe schmunzelt: «Wenn den Littauern bewusst gewesen wäre, dass sie nun wahrscheinlich langsam linker und grüner werden, hätten sie vielleicht nicht zugestimmt.» Tatsächlich wurden Eingemeindungen bisher immer nur unter den wirtschaftlichen Aspekten diskutiert. «Wir wollen mit unserer Arbeit zeigen, dass sie auch das politische Denken und Handeln verändern», sagt Kübler.

Solche Anpassungen scheinen dringend nötig, damit die einzelnen Teile der wachsenden urbanen Siedlungsgebiete überhaupt noch gemeinsam funktionieren können. Anders als in

Typisch suburban ist zum Beispiel das Limmattal mit den Gemeinden Schlieren, Dietikon und Spreitenbach. Oder das Glatttal mit Dietlikon oder Wallisellen. Die suburbanen Gegenden schliessen unmittelbar an die Kernstadt an. Sie sind geprägt von Industrie- und Grosshandelsbetrieben, ein Shoppingcenter reiht sich hier an das andere. Städtebaulich bieten diese Gemeinden meist ein eher tristes Bild: Ein winziger Dorfkern aus vergangenen Zeiten ist umgeben von hässlichen Geschäftsgebäuden, anonymen Wohnblock-Quartieren, Industriezonen sowie Hektaren von Parkplätzen. Die Bevölkerung besteht zu einem grossen Teil aus

ausländischen Arbeitern und Angestellten. «Die alt eingesessenen Einwohner sind in der Minderheit», konstatiert der Politologe, «Überfremdungsangst gepaart mit Vergangenheitsnostalgie ergeben deshalb einen fruchtbaren Nährboden für rechtspopulistische Parteien.»

Ganz anders die periurbanen Gemeinden. Sie sind in der Regel etwas weiter aussen und schön gelegen. Hierhin zieht, wer sich ein Einfamilienhaus im Grünen leisten kann: Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen, die beruflich erfolgreich sind und meistens einem traditionellen Familienmodell nachleben. Diese Gruppe sympathisiert eher mit wirtschaftsfreundlichem Gedankengut und wählt liberal-konservative Parteien. Aus den Kernstädten sind im 20. Jahrhundert viele Familien aus höheren sozialen Schichten ins periurbane Umland abgewandert. Zurück geblieben ist die weniger begüterte traditionelle Arbeiter-Linke, zu der seit den 1990er-Jahren eine neue intellektuelle Linke hinzugekommen ist: die «Yuppies» und «Dinkies», die das urbane Flair mit seinem grossstädtischen Kulturangebot suchen.

Diese politische Dreiteilung hält Kübler für gefährlich. Es lässt sich ja kaum behaupten, dass die Agglomerationen frei von Problemen sind. Und sehr oft können diese nicht von einzelnen Gemeinden allein, sondern nur gemeinsam gelöst werden. Ohne gemeinsame Planung würden die Agglomerationen im Autoverkehr ersticken, der öffentliche Verkehr käme nicht vom Fleck, die Drogenabhängigen würden weiter zwischen den Gemeinden hin und her geschoben, und zentrale urbane Leistungen würden zwar weiterhin von allen rundherum genutzt, könnten aber irgendwann nicht mehr finanziert werden.

Politische Gräben helfen da kaum. Was also tun? Dies ist eine der wichtigsten Fragen, denen Professor Kübler und seine Doktoranden Urs Scheuss, Philippe Koch und Larissa Plüss in ihrem Beitrag zum Nationalen Forschungsschwerpunkt «Herausforderungen an die Demokratie im 21. Jahrhundert» nachgehen. Die vier Forschenden untersuchen in ihrem Projekt «Verstädterung des Politischen: Strukturwandel und Demokratie in Agglomerationen der Schweiz», wie sich die Konfliktlinien

innerhalb der fortschreitenden Verstädterung der Schweiz entwickelt haben – und eben auch, wie über die wachsenden Gräben hinweg in einem demokratischen Rahmen zusammengearbeitet werden kann.

INSTITUTIONELLES MOSAIK

Ein Rezept wurde schon genannt: Gemeindestrukturen zusammenfassen. In keinem anderen europäischen Land sind die Agglomerationen so zerstückelt wie in der Schweiz. Die Agglomeration Zürich etwa besteht aus 132 politischen Gemeinden. Dabei entspricht das institutionelle Mosaik aus kleinen und kleinsten Kommunen längst nicht mehr den realen räumlichen Verhältnissen in den urbanen Gebieten. Kübler: «Man kann heute kein Tram mehr nur bis an die Gemeindegrenze bauen.»

Ein zweites Rezept setzt bei der Hierarchie an. Es wirkt sich günstig aus, wenn der Kanton oder der Bund die Agglomeration bei der Lösung ihrer gemeinsamen Probleme unterstützt. Bekanntes Beispiel dafür ist die Agglomerationspolitik, die der Bund seit 2001 mit sei-

gemeinsames Projekt auf die Beine zu stellen. In einer Städtzürcher Abstimmung wurde es bereits abgesehen. Nun steht noch der Test bevor, ob sich auch die Bevölkerung des übrigen Kantons dahinter stellen wird. Die (direkt)demokratischen Spielregeln bieten die Möglichkeit, ein solches Projekt zu blockieren. Momentan sieht Kübler die Schweiz allerdings auf gutem Weg. Aber was, wenn der Bund einmal kein Geld mehr haben sollte, um die Kooperationen zu «schmieren»? Für Kübler ist klar: Es braucht vermehrt Kanäle und Institutionen, zum Beispiel so genannte Agglomerationsräte, die das Gemeinschaftsgefühl der Agglomerationsbevölkerung fördern, bündeln und ihm eine politische Öffentlichkeit verschaffen.

Ohne ein Mindestmass an Solidarität wird jedenfalls nichts zu machen sein. Eine Solidarität, wie sie zum Beispiel auch der innerkantonale Finanzausgleich vorsieht. In den 90er-Jahren wurden diese Systeme in vielen Kantonen so angepasst, dass nun bei der Umverteilung von Steuereinnahmen unter den Gemeinden auch zentralörtliche Leistungen der Kern-

«Bundesgelder wirken als Schmiermittel für die Beziehungen innerhalb der Agglomerationen.» Daniel Kübler, Politologe

nem Infrastrukturfonds betreibt: Er beteiligt sich finanziell an der Infrastruktur für den Agglomerationsverkehr, wenn die Gemeinden diese gemeinsam planen und tragen. In den letzten Jahren habe der Bund gezielt mit solchen Instrumenten gearbeitet, erklärt Daniel Kübler. Denn: Wer lehnt ein Geschenk aus Bern ab? «So wirkt das Bundesgeld als Schmiermittel für die Beziehungen innerhalb der Agglomerationen.» Die Frage ist nur, wie sich diese Zusammenarbeit über mehrere Ebenen hinweg mit der Demokratie verträglich respektive wie sehr die direkte Demokratie eine solche Zusammenarbeit überhaupt zulässt.

Ein Paradebeispiel für diese Politik ist die neue Tramlinie Zürich-West. Der Bund will dafür mitbezahlen, falls sich auch die Stadt und der Kanton Zürich zusammenraufen können. Und die beiden, sonst oft eher Spinnfeind als eitel Freund, haben es tatsächlich geschafft, ein

städtische berücksichtigt werden. Die Zentrumslasten der Kernstädte würden so heute weitaus besser kompensiert als noch vor ein paar Jahren, konstatiert Kübler. Trotzdem gebe es nach wie vor Versuche, den Lastenausgleich zu umgehen. So wurde an der Gemeindeversammlung einer reichen Kommune am See kürzlich darüber diskutiert, wie man gezielt arme Familien anziehen könnte, damit die Steuereinnahmen insgesamt kleiner würden und somit auch der Beitrag in den Topf des Finanzausgleichs. «Ich weiss nicht, wie sie das bewerkstelligen wollen», fragt der Politologe pointiert, «vielleicht, indem sie ein paar Siedlungen verlottern lassen?»

KONTAKT Prof. Daniel Kübler, Daniel.Kuebler@ipz.uzh.ch

www.looknow.ch

Seltsames geschieht... ab November im Kino

THE BOTHERSOME MAN

★ Best European Fantastic Film - Neuchâtel IFF ★ Best Film - European Film Festival Brussels ★
★ Semaine de la Critique Cannes: Prix ACID ★



Eine surreale und ebenso nachtschwarze wie bitterböse Satire –
a few degrees north of reality...

«Extremely funny and genuinely scary.»
The Times

«...ein Wunder an Rhythmus, Bildermelodie und unpräziser Gescheitheit – Der Film stösst die Tür zu Weltgeschichten auf.» Tages-Anzeiger

Einziges Konzert
«Heimatklänge / Echoes of Home»
LIVE: Erika Stucky, Sina, Christian Zehnder (Stimmhorn), Huun-Huur-Tu
am So, 23. September 2007, 20.00 Uhr.
Aktionshalle Rote Fabrik.
Reservation via:
www.taktlos.com / fabrikjazz@rotefabrik.ch

echoes of home heimatklänge

ein Film von STEFAN SCHWIERTERT

IM KINO ab Oktober



Internationales Forum des Jungen Films 2007

ab September im Kino

CHRIGU

ein Film von Jan Gassmann & Christian Zörjen

«Packend, kraftvoll, ohne falsche Sentimentalität.»
aspekte / ZDF




Viva Italia Cucina tradizionale!

Bei uns erleben Sie die wahre Italianità mit typischen Spezialitäten, wie man sie normalerweise nur in Italien genießt: Unsere hervorragenden Pizzas, hergestellt nach Originalrezepten des Pizza-Weltmeisters und ausgezeichnet mit dem Gütesiegel «Napoletanische Qualitätspizza DOC», unsere hausgemachten Teigwaren, erlesenen Fleisch- und Fischgerichte sowie feinen Dolci werden Sie ebenso begeistern wie unser freundlicher Service und südländisches Ambiente.

«Buon appetito!»



**SchülerInnen, StudentInnen und Lehrbeauftragte
essen gegen Vorweisung ihrer Legi 15 Prozent günstiger.
Gilt auch für eine Begleitperson!**

Wir sind sieben Tage in der Woche für Sie da:

Ristorante FRASCATI

Zürich, Bellerivestrasse 2, Tel. 043 / 443 06 06

Ristorante Pizzeria MOLINO

Zürich, Limmatquai 16, Tel. 044 / 261 01 17

Zürich, Stauffacherstrasse 31, Tel. 044 / 240 20 40

Winterthur, Marktgasse 45, Tel. 052 / 213 02 27

Wallisellen, Einkaufszentrum Glatt, Tel. 044 / 830 65 36

Uster, Poststrasse 20, Tel. 044 / 940 18 48

Dietikon, Badenerstrasse 21, Tel. 044 / 740 14 18

www.molino.ch



NZZ
Intelligente Vielfalt

Wo Studierende jetzt noch mehr profitieren können:

Jetzt das Studenten-Kombi 5 Wochen lang kostenlos kennenlernen.

Einfach SMS mit Keyword «Kombi» und Name
mit Adresse an Nummer 92266 senden

(20 Rp. / SMS).



Alles über das Print-, Online- und
Mobile-Angebot mit 40% Studenten-
rabatt auf www.nzz-campus.ch

NZZ campus
Fit für Studium und Karriere

PLANET HIRN

Der Blick auf die Entwicklung der (Natur-)Wissenschaften verleitet regelmässig zur Festlegung einer «Leitwissenschaft» – einer über einen gewissen Zeitraum vorherrschenden Strömung im Wissenschaftsbetrieb. Deren Dominanz kann sich in vielerlei Hinsicht ausdrücken: In der hohen Zahl der in ihr produzierten Erkenntnisse, der Anwendung ihrer Methoden in anderen Bereichen, der Steigerungsrate der akquirierten Forschungsmittel oder in ihrer populärwissenschaftlichen Rezeption. Die Hirnforschung dürfte derzeit in all diesen Kategorien gut abschneiden. Sie genießt auf der Bühne der Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit, Mittel sind leichter zu generieren als etwa in der Botanik oder für Projekte der theoretischen Philosophie. Zahlreiche «Bindestrich-Wissenschaften», wie etwa Neuro-Pädagogik oder Neuro-Finance, verweisen zudem auf (zu) hochgesteckte Erwartungen hinsichtlich der Anwendung ihrer Methoden in anderen Gebieten. Vergleicht man die Publikationsrate in der Neurowissenschaft mit jener des gesamten Wissenschaftsbetriebs, so zeigt sich seit den 1960er-Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum. Fürwahr scheint damit die Hirnforschung zu einer Leitwissenschaft des 21. Jahrhunderts avanciert zu sein.

Der Idee einer «Leitwissenschaft» haften aber auch kritische Komponenten an. Ihre Ansprüche mögen überzogen, ihre Resultate überbewertet und Forschungsgelder zu stark in eine Richtung gedrängt worden sein. Zudem nährt der Begriff ein Bild einer monolithischen Wissenschaft, die unablässig Wissen akkumuliert, machtvolle Technologie produziert und damit die Gestaltungskraft des Menschen unablässig ausdehnt. Dass die Dinge komplizierter liegen, lehrt die Wissenschaftsgeschichte schon lange. Der Begriff «Hirnforschung» umfasst zahlreiche unterschiedliche Wissenstraditionen. Aus diesem Grund möchte ich die Neurowissenschaft einmal aus einer ganz anderen Perspektive beschreiben – im Sinn einer «Tektonik der Hirnforschung».

Dieser aus den Geowissenschaften stammende Begriff ist bewusst gewählt. Man kann sich die verschiedenen Theoriegemeinschaften, die das Projekt Hirnforschung bilden, als tektonische Platten eines «Hirnplaneten» vorstellen, dessen Landflächen das Wissen über das Gehirn repräsentieren und die von verschiedenen Hirnforscher-Stämmen besiedelt werden. Im Bild der Plattentektonik ist das Wissen dynamisch: Es kann zusammenprallen und sich vereinen, wobei gewisse Wissenstraditionen in lichte Höhen gelangen und neue Theorie-Gebirge formen, während andere in die Tiefe gedrückt werden. Manchmal senken sich Platten unter den Meeresspiegel und werden von den Hirnforschern aufgegeben. Gebirge erodieren und ihr Theorie-Material lagert sich in Ebenen ab, die im Lauf der Zeit wieder vom Meer überspült werden. Zuweilen kommt es zu vulkanischer Aktivität, wenn neue Gedanken sich den Weg zur Oberfläche bahnen und Inseln oder gar einen Kontinent formen, der dann in ein tektonisches Wechselspiel mit den anderen Kontinenten treten kann. Bruchlinien und Störzonen liefern Anlass für Erschütterungen. Auch die verschiedenen Stämme des Volkes der Hirnforscher sind sich nicht immer freundlich gesinnt, suchen aber den Kontakt zueinander – was zuweilen riskante Seefahrten zwischen den Kontinenten nötig macht. Das Bild der Tektonik soll nun benutzt werden, um eine Skizze der aktuellen Hirnforschung zu zeichnen.

*

Es gibt einen alten, schon seit langem besiedelten Doppelkontinent auf dem Hirnplaneten. Er entstand, als die neuroanatomische mit der neuropsychologischen Platte zusammenstiess und dabei ein grosses Gebirge, den anatomisch-neuropsychologischen Rücken, auffaltete. Dieser Doppelkontinent befindet sich im Zentrum der Landkarte unseres Planeten und die Gebirgskette verläuft in Nord-Süd-Richtung. An der westlichen Flanke lebt der Stamm der Neuroanatomien, die Schädel öffnen und die Struk-

tur der darunter liegenden Gehirne erkunden. An der östlichen Flanke des anatomisch-neuropsychologischen Rückens siedelt der Stamm der Neuropsychologen, die mittels Einzelfallstudien bei kranken Mitgliedern des Volkes der Hirnforscher Zusammenhänge zwischen Verhaltensauffälligkeiten und Hirnschädigungen suchen. So manche hohe Bergspitze des anatomisch-neuropsychologischen Rückens ist in den Nebel der Unwissenheit gehüllt. Dennoch ist das Gebirge alt und die Erosion hat schon viel Schutt produziert und in die umliegenden Meere gespült.

Eine Ebene im nordöstlichen Teil der neuropsychologischen Platte – das Psychoanalyse-Tiefland – ist schon derart vom Schutt zugeeckt, dass sie wieder weitgehend im Ozean der Spekulation versunken ist. Es entstand ein seichtes Wattenmeer, das aber noch einige von Analytikern und Therapeuten bewohnte Inseln aufweist. Das Psychoanalyse-Tiefland bildet zudem eine Subduktions-Zone mit einem jüngeren Kontinent im nordöstlichen Teil unserer Landkarte – dem Kontinent der Neuropharmakologie. Das sich dort erst kürzlich aufgefaltete Psychopharmaka-Gebirge erfreut sich beim dort lebenden Stamm der Neuropharmakologen wie auch bei den Neuropsychologen, die als Touristen das Gebiet bereisen, derzeit grosser Beliebtheit. Vielen Kranken des Volkes der Hirnforscher werden derzeit Kuren im Psychopharmaka-Gebirge angeboten – wobei aber manche Mitglieder des Stammes der Neuropsychologen davor warnen, die Patienten nur dorthin zu schicken. Zuweilen seien auch längere Aufenthalte auf den Analytiker- und Therapeuten-Inseln ebenso heilsam. Der Reiseveranstalter für die Patienten hingegen hält die Aufenthalte auf den Inseln meist für zu teuer.

In der nordwestlichen Ecke unserer Landkarte befindet sich der Kontinent der Neurotechniker. Hier lebt ein Stamm von Hirnforschern mit physikalischem und mathematischem Theoriehintergrund, die das Meer der Spekulation ganz anders erkunden wollen als die anderen. Sie bauen Dämme in das Meer hinaus, gewinnen Neuland und bezeichnen das so erschlossene Land als das wahre und verstandene Wissen über das Gehirn. Anderen Hirnforschern ist deren Mischung aus Basteltrieb

und theoretischer Rigorosität suspekt. Dennoch zeigen geologische Untersuchungen, dass es früher eine Landverbindung zwischen dem Kontinent der Neurotechniker und dem Kontinent der Neuroanatomen gegeben haben muss – den Gehirn-Computer-Isthmus, eine nun versunkene Landenge. Demnach war es wohl einst zu einer Besiedelung dieses Kontinents von der neuroanatomischen Platte aus gekommen. Die Auswanderer hofften, ihr anatomisches Wissen über das Gehirn in Schaltpläne übersetzen zu können, um zusammen mit den Ureinwohnern des Kontinents der Neurotechniker – Clans von Mathematikern und Physikern – eine neue Form von Hirnforschung zu betreiben.

Das Dreieck zwischen dem Land der Neurotechniker, dem anatomisch-neuropsychologischen Doppelkontinent und dem Kontinent der Neuropharmakologen ist derzeit Schauplatz eines gewaltigen vulkanischen Spektakels mit noch ungewissen Folgen für das Klima auf dem Hirnplaneten. Hier findet der Plastizitäts-Vul-

finden. Jedenfalls sind sich alle einig, dass der Plastizitäts-Vulkanismus ein bedeutendes Ereignis auf dem Hirnplaneten ist.

*

Auch im südöstlichen Bereich unserer Landkarte zeigt sich eine interessante Entwicklung. Viele der Ablagerungen des anatomisch-neuropsychiatrischen Rückens, die die Erosion ins Meer gespült hatte, sind durch eine Hebung wieder ans Tageslicht gekommen und bilden den Emotions-Kontinent – ein beliebter und rasch besiedelter Kontinent auf unserem Hirnplaneten. Er ist so en vogue, dass versucht wird, mit Bildungs-Brücken den Kontinent mit dem anatomisch-neuropsychologischen Doppelkontinent zu verbinden – doch die Sache ist nicht so einfach und Brückenpfeiler versinken immer wieder in Untiefen.

Ganz im Osten unserer Landkarte befindet sich ein weit entfernter Kontinent. Erst langsam siedelt sich dort ein Stamm von Hirnforschern

Schliesslich gibt es auch Mythen auf unserem Hirnplaneten. Der wichtigste Mythos ist jener eines Kontinents mit dem Namen «Bewusstseins-Atlantis», der sich irgendwo in der nordwestlichen Ecke unserer Landkarte befinden soll. Auf diesem Kontinent sollen die endgültigen Antworten über die Natur des Geistes der Hirnforscher verborgen sein. Schon mancher Hirnforscher ist aufgebrochen, dieses gelobte Land zu finden – mit der vollmundigen Versprechung, die heutigen Schiffe könnten dieses problemlos erreichen. Einige kamen zurück und berichteten gar, sie hätten den Seeweg zum Bewusstseins-Atlantis gefunden – doch wirklich überzeugen konnten die Rückkehrer die Daheimgebliebenen bisher nicht und mancher äusserte den Verdacht, den Reisenden sei die endlos weite Reise auf dem Ozean der Spekulation in den Kopf gestiegen.

Doch seit kurzem ereignet sich eine vulkanische Aktivität im Südwest-Ozean. Hot-Spots, die das philosophische Tiefengestein der Introspektion aufschmelzen, bilden eine Inselkette – die «First-Person-Neuroscience»-Inseln –, die den Weg ins sagenhafte Bewusstseins-Atlantis weisen könnte. Einige Hirnforscher wollen diese besiedeln, um das innere Erleben von Bewusstsein mit objektiv messbaren Vorgängen verbinden zu können. Wären da nur nicht diese weisen Männer und Frauen, die als einsame Wanderer alle Kontinente des Hirnplaneten durchstreifen und von der Vergeblichkeit, in Richtung Bewusstseins-Atlantis aufbrechen zu wollen, warnen. Gewiss werden diese «Philosophen» genannten Weisen oft als hoffnungslos altmodisch verspottet – doch tief im Innern schlummert bei so manchem Hirnforscher die Ungewissheit, ob das Meer der Spekulation vielleicht doch tektonische Platten verbirgt, die nie an die Oberfläche des Hirnplaneten gelangen.

Markus Christen promovierte am Institut für Neuroinformatik der Universität/ETH Zürich und arbeitet derzeit am Graduiertenprogramm für interdisziplinäre Ethikforschung der Universität Zürich sowie als Wissenschaftsjournalist. Dieser Text ist inspiriert von einem kürzlich erschienenen Buch des Autors: «Hirngespinnste. Gespräche und Klärungen zur Hirnforschung». Herausgegeben wurde es in der Reihe «Utopie Mensch», die vom interdisziplinären Institut für Ethik im Gesundheitswesen Dialog Ethik und dem Bieler Verlag die Brotsuppe gemeinsam getragen wird.



kanismus statt, der unaufhörlich neue Inseln schafft, die sich dereinst zu einem neuen, grossen Kontinent vereinen könnten. Der Vulkanismus brachte zu Tage, dass das Gehirn offenbar weit wandlungsfähiger ist, als man bisher dachte. Bereits bereisen Mitglieder der unterschiedlichen Stämme diese noch neuen Inseln. So erhoffen sich beispielsweise die Neuropsychologen, auf den Inseln Erklärungen für die doch erstaunliche Varianz bei ihren Fallbeschreibungen, die Verhaltensauffälligkeiten mit Hirnabnormalität in Verbindung bringen, zu

an, der soziale Aspekte der Hirnforschung untersuchen will. Er stellt sich die Frage, wie soziale Interaktionen Gehirne formen und wie man das überhaupt untersuchen kann. Noch ist das Land eher karg und es fehlen geeignete Werkzeuge, um es zum Blühen zu bringen. Auch ist die Seereise lang und hart. Zuweilen fegen neuroethische Stürme über das Meer und versenken die Schiffe. So hat sich langsam der Konsens etabliert, dass eine Besiedlung des Kontinents der sozialen Hirnforschung nur via den Emotions-Kontinent gelingen kann.

VIREN IN DEN SELBSTMORD TREIBEN

Die Virologin Karin Moelling hat entdeckt, wie das HI-Virus überlistet werden kann. Jetzt, mit 64, sucht sie nach Wegen, wie sich Forschende nach der Emeritierung noch in die Gesellschaft einbringen könnten. Von Paula Lanfranconi

Die Journalistin muss warten. Der Abgabetermin für eine wichtige Arbeit eines Mitarbeiters steht bevor, da hat das Gespräch über die eigene Person zweite Priorität. Und dann kommt sie, die schmale ältere Dame, die man immer dann im Fernsehen sieht, wenn gefährliche Seuchen drohen – SARS, Vogelgrippe, Influenza. Wie ist es eigentlich, im Rampenlicht zu stehen, so wie vor einigen Wochen wieder, als die internationalen Medien titelten: «Zürcher Professorin findet Killer-Enzym gegen Aids»? Die Virologin winkt ab. Ihr geht es um die Sache.

Karin Moelling, Direktorin des Instituts für Medizinische Virologie, fasst die Besucherin mit klugen braunen Augen in den Blick und erläutert in einfachen Worten ihre neueste Entdeckung. «Anstatt ein Medikament anzuvisieren, das die Vermehrung des HIV hemmt, machen wir das Gegenteil: Wir veranlassen das Virus, einen Schritt zu tun, den es bei der Vermehrung ohnehin tut – aber zu früh.» Dieser Schritt aktiviert eine RNase H, eine «molekulare Schere», die das Erbgut des Virus zerschneidet, bevor dieses eine Kopie davon angefertigt hat. So begeht der Erreger Selbstmord, noch bevor er in die Zelle eingedrungen ist.

Es ist die Eleganz der Methode, die die Virologin fasziniert: «Mein Ansatz», sagt sie mit einem feinen Lächeln, «ist zwar spezifisch für das HI-Virus, aber er erhält vielleicht Unterstützung von den zellulären Scheren.» Aussergewöhnlich an Moellings Ansatz ist zudem, dass das Virus auch im Blut zerstört werden kann. Da hat es die Forscherin schon ein bisschen enttäuscht, dass die grosse Publizität ihr keine Anfragen von Pharmafirmen eintrug, denn immerhin könnte ihre Entdeckung endlich zu einem funktionierenden Mikrobiozid führen, zum Beispiel in Form von Scheidenzäpfchen,

die Frauen vor der Ansteckung mit dem HI-Virus schützen.

MOLEKULARE SCHERE GEGEN AIDS

Mit der Welt der Viren steht die Physikerin und Biochemikerin seit bald 40 Jahren auf Du und Du. Schon als Doktorandin entdeckte sie die RNase H, ein Enzym. Erst vor wenigen Jahren ist ihr klar geworden, dass sie mit dieser molekularen Schere einen möglichen Schlüssel für die Bekämpfung von Aids gefunden hatte. «Meine Schere ist kombinierbar mit dem Silencing, dem Abschalten von Genen, für das letztes Jahr der Nobelpreis vergeben wurde.» Auch sonst hat Karin Moelling früh bahnbrechende Entdeckungen gemacht, zum Beispiel zur Übertragung von Signalen in den Zellen. Viele ihrer Befunde stehen heute in den Lehrbüchern, werden aber nicht mit ihr in Verbindung gebracht. Für ihre neuste Entdeckung interessiert sich zwar die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung. Aber das heisse noch lange nicht, dass auch Geld fliessen werde, meint die Forscherin, die seit

hat. Karin Moelling ist schnell, nicht nur im Denken. Und sie ist Norddeutsche. Am Anfang hatte sie es nicht einfach in Zürich. «Man war, noch mehr als heute, eine Überraschung für die anderen.»

Ordentliche Medizinprofessorinnen wie Karin Moelling sind an der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich auch heute noch die Ausnahme. Warum das so ist, kann die Wissenschaftlerin nicht sagen. Nur so viel: «Nicht jede Frau will ein so wenig familienfreundliches Leben führen wie ich.» Sie ist kinderlos geblieben. Dass sich Familie und Beruf nicht vereinbaren lassen, glaubt sie aber nicht, dafür hat sie in den USA genügend erfolgreiche Beispiele gesehen. «Bei uns», bedauert sie, «gibt es leider immer nur Individuallösungen, jeder muss seinen eigenen Weg finden.» Wie lang ihre Arbeitswochen sind, weiss die Forscherin nicht genau, dafür betreibt sie ihr Metier zu leidenschaftlich. Die Virologie, sagt sie, sei von ungeheurer Relevanz. «Viren geben einen Einblick in die Evolution, sie sind die Präger für jene Gene, die Krebs verursachen. Die Krebsforschung entstand in der Virologie.»

WOLKENKRATZER AUS PAPIER

Karin Moelling weiss, dass sie in einer hoch abstrakten Welt lebt. Inspirationen holt sie sich gerne von ausserhalb. Schaut, wie fachfremde Forschende auf neue Ideen kommen. Oder Künstler. Kürzlich fuhr sie nach Venedig an einen Kongress über Evolution – fachlich gesehen eine unnötige Veranstaltung für eine Viro-

«Viren sind die Präger für jene Gene, die Krebs verursachen. Die Krebsforschung entstand in der Virologie.» Karin Moelling

14 Jahren in Zürich lehrt und ein Institut mit 45 Mitarbeitenden aufgebaut hat. Trotzdem ist sie zuversichtlich: «Mein Prinzip ist so völlig anders, dass ich vielleicht eine Chance habe.»

Was hilft ihr am meisten, wenn ein Projekt in der Sackgasse steckt? Eigentlich ist das die falsche Frage an eine Forscherin, doch Karin Moelling ist ein höflicher Mensch. Dass es nicht klappe, komme oft vor. Dann hängt sie sich rein, bis sie weiss, warum sie etwas nicht verstanden

login. Es wurde einer der inspirierendsten Kongresse, die sie je besucht hat. Und weil sie auch ein Augenmensch ist, ging sie an die Biennale. «Manchmal gucke ich bei einem Kunstwerk nur und denke: Toll! Darauf muss man erst mal kommen.» Ihr selbst bleibt nicht mehr viel Zeit für neue Projekte. In ihrem spartanisch eingerichteten Büro wachsen ihre Papers wie kleine Wolkenkratzer in die Höhe. «Das sind meine Lebensringe», sagt die 64-Jährige. Ende



«DAS LEBEN IST EIN ECHTER STRESS»

August 2008 läuft ihr Vertrag aus. «Dann ist Schluss, aber wie der gestaltet werden könnte, darüber sollte man noch ein bisschen nachdenken», findet sie. Unsere Lebenserwartung sei heute höher als zu Bismarcks Zeiten, doch die beruflichen Strukturen hätten sich dieser Lebenserwartung noch nicht angepasst. In Deutschland, wo Karin Moelling ebenfalls lehrt, bitte Kanzlerin Merkel heute die Professoren, mit 65 ihre Leitungsfunktionen abzugeben, aber bis 68 noch gute Lehre zu machen oder Projekte zu Ende zu führen. Diese Entwicklung werde in fünf Jahren auch in der Schweiz stattfinden. «Ich bin», lacht sie, «einfach wieder mal ein bisschen zu früh.» Sie hat sich auch schon überlegt, ob man einen Zusammenschluss von pensionierten Forschern machen und gleichzeitig auch für einen Austausch zwischen Alt und Jung sorgen sollte.

AUF STELLENSUCHE WIE EIN POSTDOC

Noch hat sie etliche Projekte am Laufen. Sitzt mitten in einem Klinischen Trial über Krebs, möchte die Arbeit an ihrer molekularen Schere weitertreiben. Dafür bräuchte sie zwei, drei Mitarbeitende. Und ein bisschen Labor müsste auch noch sein. Am liebsten in Zürich. Klar, sie könnte das auch in Berlin tun, wo sie lange am Max-Planck-Institut für Molekulare Genetik gearbeitet hat und heute noch an der Freien Universität lehrt. Aber dort müsste sie alles neu aufbauen. Würde sie im Nachhinein etwas anders machen? Sie denkt lange nach, zitiert dann die berühmte Berliner Altersstudie, wonach der Mensch mit dem Erreichten umso zufriedener sei, je älter er werde. Ihr eigenes Motto: In allen schwierigen Situationen sagen: Schau, was man daraus machen kann, und geh einfach mal nach vorn! «Im Moment», sagt sie und lacht, «fühle ich mich wie ein Postdoc auf Stellensuche.» Zum Schluss führt sie die Besucherin auf das Dach ihres Institutes und zeigt mit leuchtenden Augen auf den See und den Kranz von Schneebergen. Ein wenig Wurzeln scheint die Frau aus dem Norden in Zürich eben doch geschlagen zu haben.

KONTAKT moelling@immv.uzh.ch

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung leidet mindestens einmal im Leben an einer psychischen Störung. Doch vielen kann dank einem «Quantensprung» in der Therapie geholfen werden. Mit dem Sozialpsychiater Wulf Rössler sprach Adrian Ritter.

Herr Rössler, Ihre Forschungsgruppe hat im Sommer eine Studie publiziert, die nahe legt, dass der steigende Cannabiskonsum für die Zunahme von Schizophrenien verantwortlich sein könnte. Haben wir es mit einer unterschätzten Droge zu tun?

WULF RÖSSLER: Ja, ich denke schon, Cannabis hat in den letzten Jahren ein zu positives Image als «Heilkraut» erlangt. Cannabis ist zwar nicht extrem gefährlich, aber es ist eine Droge und hat wie alle Drogen Wirkungen, Nebenwirkungen und ein Suchtpotenzial. Bis vor wenigen Jahren waren sich die Studien nicht einig, welche Auswirkungen Cannabis auf die psychische Gesundheit hat. Kürzlich ist nun aber in der Wissenschaftszeitschrift «Lancet» eine Übersichtsarbeit publiziert worden. Sie enthält die klare Warnung insbesondere an junge Menschen, Cannabis wegen des erhöhten Psychoseerisikos zu meiden. Wir konnten in einer eigenen Studie zudem zeigen, dass der häufige Konsum von Cannabis bei jungen Erwachsenen auch unterhalb der Schwelle einer solchen Diagnose zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen führen kann. Diese Jugendlichen haben zum Teil erhebliche Probleme am Arbeitsplatz und in ihren Beziehungen.

Welche Schlussfolgerungen sollte die Gesellschaft daraus ziehen?

RÖSSLER: Der Konsum von Drogen zieht sich durch die ganze Menschheitsgeschichte, insofern ist eine substanzfreie Gesellschaft wohl undenkbar. Ich will den Konsum von Rauschmitteln auch gar nicht moralisch bewerten. Als Public-Health-Forscher stelle ich aber die Frage: Wie kann unsere Gesellschaft vernünftig mit Substanzen umgehen? Der Konsum ist eine Frage des Masses. Problematisch wird es,

wenn einem die Kontrolle darüber entgleitet, und dies zu gesundheitlichen Schäden führt oder sich eben im täglichen Leben auswirkt. Die Forschung zeigt klar, dass weniger Konsum auch zu weniger Folgeschäden führt. Ziel muss es deshalb sein, den Konsum zu reduzieren. Als «Königsweg» der Präventivmedizin gilt dabei, den Zugang zu solchen Substanzen zu erschweren. Alkohol und Tabak beispielsweise können verteuert werden oder man kann dafür sorgen, dass sie nicht rund um die Uhr an jeder Ecke erhältlich sind. Dasselbe gilt auch für Cannabis. Bis vor wenigen Jahren war es in Zürich einfach, sich Cannabis zu besorgen. Inzwischen setzt die Polizei das Verbot des Handels wieder stärker durch.

Nimmt der Konsum von Drogen zu?

RÖSSLER: Nicht grundsätzlich, es gibt unterschiedliche Tendenzen. Kokain hat Heroin als Modedroge abgelöst, der Konsum von Cannabis hat insbesondere in den 1990er-Jahren zugenommen und der Konsum von Nikotin ist nicht zuletzt dank Aktionen der Gesundheitsprävention rückläufig. Bei Jugendlichen nimmt der Konsum von Substanzen allgemein zu, so ist zum Beispiel das Rauschtrinken im Moment angesagt. Andererseits sieht man heute in Restaurants beim Mittagessen kaum mehr Leute Alkohol trinken – das war vor zehn Jahren noch anders. Das Gesundheitsbewusstsein hat nämlich auch zugenommen.

Wie passt das zusammen?

RÖSSLER: Wir leben in einer individualisierten Gesellschaft, in der die persönliche Entscheidungsfreiheit sehr hoch bewertet wird. Das Individuum will heute über alles selber entscheiden können, auch über den Konsum von

Drogen. Früher gab die Religion den Rahmen für die Lebensziele vor. Wenn einem im Leben nicht alles gelungen ist, konnte man zumindest noch auf ein gutes Leben im Jenseits hoffen. Heute aber ist jeder auf das Leben im Diesseits zurückgeworfen. Entsprechend gilt es, das Maximum aus diesem einen Leben herauszuholen. Das kann einerseits bedeuten, gesundheitsbewusst zu leben, um ein möglichst langes Leben zu haben. Andererseits gehört aber auch der Konsum von Drogen dazu, indem jeder schaut, dass es ihm im Hier und Jetzt möglichst gut geht. Gewisse Drogen werden auch konsumiert, um leistungsfähiger zu werden. Die Anforderung, etwas zu leisten im Leben, ist ja allgegenwärtig. Die Vorstellung, aus seinem persönlichen Leistungsvermögen das Optimum herauszuholen zu müssen, ist zu einem Grundgedanken unserer Gesellschaft geworden.

Wenn die persönliche Leistung immer wichtiger wird, scheitern dann auch immer mehr Menschen an diesen Anforderungen und werden psychisch krank?

RÖSSLER: Es ist nicht erwiesen, dass die Häufigkeit von psychischen Störungen zunimmt. Die vorliegenden Studien zeigen keine grossen Veränderungen. Es wäre auch erschreckend, wenn der Anteil noch zunimmt, denn er ist ohnehin schon sehr hoch. Die so genannte Lebenszeitprävalenz liegt bei über 50 Prozent. Das heisst, jeder zweite Mensch wird im Laufe seines Lebens mindestens einmal psychisch so krank, dass er behandelt werden muss.

Gibt es Veränderungen hinsichtlich der einzelnen Störungen? In den Medien ist immer wieder zu lesen, Depressionen und Angststörungen nähmen zu.

RÖSSLER: Die vorliegenden Studien zeigen auch diesbezüglich keine grossen Veränderungen. Mir scheint allerdings, dass immer mehr Menschen die subjektive Erfahrung machen: Dieses Leben ist ein echter Stress. Nehmen Sie den Begriff «Burnout». Ich habe in meiner Karriere keinen anderen psychiatrischen Begriff erlebt, der in kürzester Zeit eine solche Verbreitung und Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht hat. Aber neun von zehn Menschen, die mich wegen eines Burnouts kontaktieren,

haben kein Burnout im strengen Sinne. Der Begriff wurde aber zum Synonym für subjektives Leiden und dieses wird mit der Arbeitswelt in Beziehung gesetzt: Diese Arbeitswelt verlangt mir viel ab und ist mindestens mitschuldig, wenn es mir nicht gut geht.

Sind diese Klagen unberechtigt?

RÖSSLER: Nein, man sieht daran einfach, wie wichtig die persönliche Definition von Leiden geworden ist. Wir wissen aus Untersuchungen, dass so genannte unterschwellige Depressionen, also solche, die nicht die offiziellen Diagnosekriterien erreichen, mehr Krankheitstage verursachen als diagnostizierte Depressionen.

Psychische Störungen sind auf einem Kontinuum angeordnet, man ist nicht einfach krank oder nicht krank. Die Menschen leiden auch unterhalb der Schwelle einer psychiatrischen Diagnose. Entsprechend müssen wir auch die Forschung diesem Kontinuum anpassen. Das ergibt einen viel besseren Einblick, was psychisches Leiden tatsächlich ist.

Wie lässt sich auf diesem Kontinuum psychische Gesundheit überhaupt definieren?

RÖSSLER: Gesund ist, wer flexibel mit dem Leben umgehen kann und aus unterschiedlichen Strategien auswählen kann, um seinen Alltag zu bewältigen. Gesund ist also, wer Alter-

«Neun von zehn Menschen, die mich wegen eines Burnouts kontaktieren, haben im strengen Sinne keinen.» Wulf Rössler



Beobac

Was gibts da zu studieren? Wer den Beobachter abonniert, profitiert!

Der Beobachter bietet spannende Informationen, aktuelle Reportagen, hilfreiche Tipps und guten Rat zu allen Themen des Alltags. Beobachter-Jahresabonnenten profitieren von exklusiven Vorteilen:

- **Gratis-Zugriff auf HelpOnline.ch**, die grösste Beratungsplattform der Schweiz.
- **Kostenlose telefonische Beratung** zu den Themen Arbeit, Wohnen, Geld, Sozialfragen etc.
- **Vorzugspreise auf Ratgeberbücher** aus dem Beobachter-Buchverlag.
- **Interessante Sonderhefte**, sachlich vertiefend und nützlich.

Wunderland

Die schönsten Ferienzele für

Erziehung
Wie Kinder Regeln lernen

Ökostr
Der 10

www.dfgag.ch

Bestell- und Profitiercoupon für Studentinnen und Studenten



Hier ausschneiden und noch heute einsenden.

Ja, guter Rat kommt immer gelegen. Ich bestelle (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- Ein **Jahresabonnement** für **nur Fr. 45.60 statt Fr. 76.-**.
Ich spare 40% gegenüber dem offiziellen Jahresabo-Preis.
RJ 100 J13 001 049

Bitte legen Sie der Jahresabo-Bestellung
eine Kopie Ihrer Studenten-Legi bei.

- 8 Ausgaben zum Kennenlernen** für **nur Fr. 20.-**.
(Dieses Angebot gilt nur für Neuabonnenten.) SJ 001 J13 001 049

Herr Frau

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon/Geburtsdatum

E-Mail

Coupon ausschneiden und noch heute einsenden an: **Beobachter, Abo-Service, Postfach, 8021 Zürich.**

Sie können auch per **Telefon 043 444 53 33** oder über **beobachter.ch/abo** von diesen Angeboten profitieren. Preise gültig bis 31.12.2007.

Zeitschrift + HelpOnline.ch + telefonische Beratung + Ratgeberbücher

Beobachter
Gut beraten.

nativen hat und diese auch nutzt. Auch diese Fähigkeit ordnet sich aber natürlich auf einem Kontinuum an.

Was weiss die Forschung heute über die Entstehung von psychischen Störungen?

RÖSSLER: Psychische Erkrankungen entstehen in der Wechselwirkung von Vererbung und Umweltbedingungen. Bezüglich der Vererbung sprechen wir von der persönlichen Vulnerabilität, also Verletzlichkeit. Die biologische Forschung hat diesbezüglich viel neues Wissen beigetragen. Allgemein gesagt bewegt sich die Forschung in der Psychiatrie wie ein Pendel. Vor 40 Jahren dominierte die psychosoziale Forschung, die die gesellschaftliche Bedingtheit von psychischen Krankheiten ins Zentrum rückte. Eine eigentliche biologische Forschung in der Psychiatrie gab es nicht. Man sprach zwar davon, dass die «Konstitution» eines Menschen bei psychischen Störungen mitspielt, aber man interessierte sich nicht wirklich dafür. Ab den 1980er-Jahren schlug das Pendel dann in die andere Richtung. Neue technische Möglichkeiten erlaubten beispielsweise den Blick ins Gehirn. Man untersuchte die Genetik des Suizids und glaubte, dem Schizophrenie-Gen auf der Spur zu sein. Die psychosoziale Lebenswelt erteilte dasselbe Schicksal wie zuvor die Konstitution – sie wurde zur Randvariablen.

Wo steht das Pendel heute?

RÖSSLER: Die biologische Sichtweise ist noch dominant, aber mir scheint, das Pendel bewegt sich wieder etwas in die andere Richtung. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass auch die biologische Forschung an ihre Grenzen gestossen ist. So konnte zum Beispiel kein Schizophrenie-Gen gefunden werden. Gefunden hat man mehrere Gene, die die Vulnerabilität für diese Krankheit erhöhen. Allerdings erhöhen sie das Risiko etwa im selben Rahmen, wie wir dies auch von verschiedenen psychosozialen Faktoren kennen.

Und das Interesse an diesen psychosozialen Faktoren hat wieder zugenommen?

RÖSSLER: Ja, die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Gesundheit und Krankheit interessieren wieder mehr. Eine treibende Kraft

ist dabei die Forschungsförderung der Europäischen Union. Sie hat den Anspruch, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa von der Forschung profitieren. Dies hat auch damit zu tun, dass die Lebensbedingungen in der ständig gewachsenen Union so unterschiedlich geworden sind und sich in Zukunft wieder mehr annähern sollen. Das bedingt natürlich zuerst eine Erforschung dieser Lebensumstände, eben der Public-Health-Forschung. Heute scheint klar zu sein: Biologische Forschung in der Psychiatrie ist notwendig, aber sie genügt nicht.

Hängt die zunehmende Bedeutung von Public Health auch mit der Suche nach Kosteneffizienz im Gesundheitswesen zusammen?

RÖSSLER: Zweifellos. Dass man mit denselben Ressourcen mehr erreichen will, ist gerade im Gesundheitswesen heute ein zentraler Gedanke. Man kann das kritisieren, dass die Menschen und sogar ihre Krankheiten ökonomisiert werden. Andererseits ist es eine Tatsache, dass sich die Schweiz nach den USA das teuerste Gesundheitswesen der Welt leistet. Nicht zu vernachlässigen ist zudem, dass es auch einen emanzipatorischen Effekt hat, wenn man zur Abwechslung einmal bei psychischen Krankheiten berechnet, welche Kosten diese verursachen und wie diese Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden.

Statt nur bei somatischen Krankheiten?

RÖSSLER: Ja, ich habe vor zehn Jahren aufgezeigt, dass die Behandlung eines Schizophrenie-Patienten während eines Jahres gleich viel kostet wie eine Bypass-Operation. Eine solche Operation galt damals nicht als lebensverlängernd, aber als Lebensqualität erhöhend. Ich habe noch nie gehört, dass die Kosten einer solchen Operation in Frage gestellt worden wären. Ich erlebe aber in der Psychiatrie seit meinem ersten Arbeitstag, wie jeder Franken in Frage gestellt wird, insbesondere, wenn eine Behandlung zwar keine eigentliche Heilung bewirken, aber die Lebensqualität verbessern kann. Deshalb betrachte ich es als emanzipatorisch, zu zeigen, dass da nicht mit denselben Ellen gemessen wird.



«Gesund ist, wer aus unterschiedlichen Strategien auswählen kann, um den Alltag zu bewältigen.» Wulf Rössler

Wird die somatische Medizin als wirkungsvoller wahrgenommen?

RÖSSLER: Ja, aber zu Unrecht. Hinsichtlich der therapeutischen Möglichkeiten ist die Psychiatrie heute ebenso weit wie jede andere medizinische Disziplin. Wir können einen Grossteil der Krankheiten erfolgreich behandeln. In den letzten 20 Jahren hat die Psychiatrie einen Quantensprung erlebt. Zu meiner Zeit als Assistenzarzt waren nur wenige Medikamente mit zum Teil erheblichen Nebenwirkungen auf dem Markt. Seither wurden laufend neue Behandlungsmöglichkeiten entdeckt. Neue Medikamente haben natürlich einen wesentlichen Beitrag geleistet, gleichzeitig haben sich aber auch die psychotherapeutischen Methoden unglaublich verfeinert. Wir behandeln heute viel störungsspezifischer. Nicht die Identität des Therapeuten beispielsweise als Psychoanalytiker oder Verhaltens-

Gesünder leben per SMS...



MarktInfo informiert über den nächstgelegenen Wochenmarkt und liefert neben der Ortsangabe auch die Öffnungszeiten. SMS mit «MARKT PLZ» (z.B.: «MARKT 3001») an die Nummer 9889 (CHF 0.20/SMS) senden. Und schon sind alle nötigen Infos direkt auf dem Mobiltelefon.



Eine Kampagne zur Förderung des Gemüse- und Fruchtekonsums der Krebsliga Schweiz, Gesundheitsförderung Schweiz und des Bundesamtes für Gesundheit.

www.5amtag.ch

Ein gesunder Rücken!

Rehabilitation der Wirbelsäule mit dem erfolgreichen Therapie-Konzept von

dynasom 

Die Dynasom diagnostischen und therapeutischen Massnahmen an der Wirbelsäule beruhen auf neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen, welche unsere Bevölkerung für eine positive wirtschaftliche und gesundheitliche Entwicklung benötigt. Das Dynasom computergesteuerte Gerät erlaubt eine exakte Diagnose der dreidimensionalen Wirbelsäulenfunktion und der Leistungsfähigkeit der Rückenmuskulatur und darauf aufbauend eine Therapie, die den spezifischen Bedürfnissen des Patienten angepasst werden kann.

Wir sind spezialisiert auf die Behandlung von **Skoliosen, Wirbelgleiten, Bandscheibenvorfällen** und **degenerativen Veränderungen** der Wirbelsäule. Rund 93% unserer Patienten spüren eine deutliche Besserung oder sind sogar frei von Schmerzen. **ca. 40% der früher notwendigen Operationen an der Wirbelsäule konnten dank der Dynasom Therapie vermieden werden.**

Dynasom Rehabilitationszentrum Stadelhofen

Stadelhoferstrasse 42, CH-8001 Zürich
Telefon 044 300 68 10, Fax 044 300 68 12
info@dynasom.com

www.dynasom.com



ՄԵՎԱՆԻ ԱՎԱԶԱՆԻ ԲՆԱԿԱՆ ՄԵՂ

Honig ist ein sehr typisches landwirtschaftliches Produkt Armeniens. Der Standort der Bienenvölker prägt seinen besonderen Geschmack.

Natürlicher Honig vom Sevansee in Armenien

Unser Honig wird von einer Imker-Kooperative am südöstlichen Ende des Sevansees (knapp 2000 m ü.M.) produziert; - die Bienen fliegen hauptsächlich zu Blüten in den Tälern und Bergen um Vardenis.

Die Aprikose «prunus armeniaca» ist fast Armeniens Symbolfrucht. Sie gedeiht in vielen Lagen (wie bei uns der Apfel) und liefert besonders schmackhafte Früchte - und leckere Kerne.

Trockenfrüchte und Kräuter aus Armenien

Nach Kriterien biologischer Produktion von Kleinbauern kultivierte und von ihrer Produzentenorganisation «cheer» aufbereitete Früchte und Kräuter finden Sie in getrockneter Form in unserem Sortiment.

Es ist ein Anliegen unserer ZIRAN-Projekte, dass alle Arbeiten in Armenien und von im Land ansässigen Leuten ausgeführt werden. Aus diesem Grund werden unsere Produkte möglichst vollständig in Armenien verarbeitet und fertig für den Verkauf in die Schweiz transportiert. Der Verkaufserlös kommt vollumfänglich **Aufbau und Förderung unserer Projekte im Rahmen des ZIRAN - Projekts** zugute.

Unser Produkte ergeben sehr bekömmliche Weihnachtsgeschenke !



pierrot hans CH-8004 Zürich
Tel: +41 44 241 41 31 Fax: '32
info@ziran.ch www.ziran.ch

Original OutQuest 4 in 1 Funktions-, Allwetter- und Ganzjahresjacke

SOMMERAKTION **198.-** statt 349.-

- 100% **Wind- und Wasserdicht** (Wassersäule 12'000mm).
- Hochgradig **atmungsaktiv** (5'100 mvt(g/m2/24h)).

Extrem leichte Aussenjacke (minimales Packvolumen) aus hochwertigen Materialien. **Wasserfest verschweisste Nähte**. Den klimatischen Verhältnissen anpassbar (**4 Tragevarianten**). 7 geräumige Aussen- und Innentaschen. **Unterbelüftungsreissverschluss** in der Achselhöhle. Zwei-Wege-Reissverschluss, stufenlos verstellbarer Ärmelbund, Saum- und Tailenkordel.

Erhältlich in:
BLAU/ROT/GELB
SM/L/XL/XXL



Verstellbare, sturmfeste Kaputze (einroll- oder abnehmbar).



Inkl. reversible Fleece-Jacke (grau/schwarz).



SMARTQ Radio und Sound System

SOMMERAKTION **114.-** statt 214.-

- Zeitlos elegant im **Retrolook** mit Holzgehäuse
- Ausgezeichnete Radio Analog-Empfangsqualität
- USB Port und direkte MP3 Navigation
- AUX IN Verbindungskabel für i-Pod



Mit USB-Anschluss

BESTELLCOUPON
» MIT 8 TAGE RÜCKGABEGARANTIE «

ICH BESTELLE Org. OutQuest Jacke für 198.-/Stk. FARBE: _____ / GR.: _____ Art-Nr. 11-0012/3-1
ICH BESTELLE Smart Radio und Sound System 114.-/Stk. Art-Nr. 51-005-1

Name/Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
Plz./Ort: _____ EMail: _____
Tel.: _____ Unterschrift: _____

 www.swissqualified.ch QUALITÄT. FAIRER PREIS. 
Einsenden an: SwissQualified AG, Postfach, 9029 St. Gallen
Tel. Bestellung: **0848 000 201** / Faxbestellung: **0848 000 202** A21-JUM



«Die direkte Integration psychisch Kranker in den Arbeitsmarkt funktioniert, wenn sie sorgfältig begleitet werden.» Wulf Rössler

therapeut soll darüber bestimmen, welche Behandlung jemand erhält, sondern die Frage: Welche Art von Behandlung hat sich bei dieser Störung als wirkungsvoll erwiesen?

Gibt es viele psychisch Kranke, denen man heute noch nicht helfen kann?

RÖSSLER: Es gibt bei fast allen Störungen Betroffene, die in ihrem Leben nur eine Episode erleben, andere, die rückfallgefährdet sind, und solche, die eine chronische Störung entwickeln. Bei der Schizophrenie beispielsweise trifft dies auf je etwa ein Drittel der Betroffenen zu. Den beiden ersten Gruppen können wir heute zumeist gut helfen. Schwieriger ist es wie auch in der somatischen Medizin bei den chronisch Leidenden. Unsere Möglichkeiten haben sich allerdings auch hier verbessert, nicht unbedingt im Sinne von Heilung, aber wir können das Leiden dieser Menschen lindern und ihre

Lebensqualität verbessern. Gerade in der Sozialpsychiatrie geht es ja auch stark um die Rehabilitation im Sinne der Reintegration in die Gesellschaft. Die psychische Störung ist das eine, die Ausgrenzung deswegen das andere. Manchmal ist sie so stark, dass wir von der «zweiten Krankheit» sprechen.

Ihre Forschungsgruppe ist daran beteiligt, mit dem «Supported Employment» ein Modell zu erproben, wie Menschen mit psychischen Störungen wieder in die Arbeitswelt integriert werden können.

RÖSSLER: Das scheint mir enorm wichtig, denn der Ausschluss aus der Arbeitswelt geschieht bei psychisch Kranken sehr rasch. Die meisten Betroffenen wollen aber so schnell wie möglich wieder arbeiten. Bisher wurde vor allem die Strategie verfolgt, die Betroffenen an geschützten Arbeitsplätzen auf die Arbeit in der freien Wirtschaft vorzubereiten. Unser Modell geht einen anderen Weg. Wir versuchen die direkte Integration in den freien Arbeitsmarkt, mit einer sorgfältigen längerfristigen Begleitung der Erkrankten wie auch der Arbeitgeber. Unsere europaweite Studie zeigt jetzt, dass dies durchaus funktioniert. Verglichen mit dem herkömmlichen Vorgehen gelang es uns, doppelt so viele Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Besonders erfreulich ist, dass sich gleichzeitig das psychische Befinden der Betroffenen stark verbessert hat. Wir hoffen nun, dass nach der Publikation unserer Arbeit das neue Vorgehen Schule machen wird.

Mit welchen weiteren Fragen beschäftigt sich die Sozialpsychiatrie aktuell?

RÖSSLER: Die Sozialpsychiatrie erforscht allgemein, welche sozialen Faktoren die Entstehung und den Verlauf von psychischen Störungen beeinflussen. Darüber wissen wir schon einiges, etwa über soziale Netzwerke, Integration, Stigmatisierung oder schichtspezifische Gesundheitsrisiken. Das komplexe Zusammenspiel dieser Risikofaktoren zu erforschen, wird uns weiter beschäftigen. Einen speziellen Fokus werden wir in Zukunft auf psychische Störungen legen, die bei Lebensübergängen entstehen. Vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen, vom Erwerbsleben in die

Pension oder von der Paarbeziehung zur Elternschaft, das sind Risikoperioden bezüglich der psychischen Gesundheit. Um den Betroffenen möglichst gut helfen zu können, ist es nötig, dass sich Public Health vermehrt auch ausserhalb des klassischen Gesundheitssystems engagiert.

Das wird unter anderem die betriebliche Gesundheitsförderung betreffen?

RÖSSLER: Richtig, dieses schon jetzt wichtige Arbeitsfeld wird noch an Bedeutung gewinnen. In unserer Dienstleistungsgesellschaft sind die Mitarbeitenden das wichtigste Kapital. Entsprechend haben die Unternehmen schon heute ein grosses Interesse an unserem Fachwissen. Wir bieten beispielsweise Seminare zu Burnout an, in denen Themen wie Zeitmanagement oder die Kunst der Abgrenzung behandelt werden. Es entspricht offensichtlich einem Bedürfnis der Menschen, zu lernen, wie sie mit dieser komplexen Welt besser umgehen können.

DER GESPRÄCHSPARTNER

Wulf Rössler studierte Medizin und Psychologie an der Universität Heidelberg. Er ist Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie und zusätzlich ausgebildet in Sozialmedizin und Rehabilitation. Er war Leitender Oberarzt einer Psychiatrischen Klinik an der Universität Heidelberg und ist seit 1996 Ordinarius für Klinische Psychiatrie und insbesondere Sozialpsychiatrie an der Universität Zürich. Er ist Direktor der Klinik für Soziale Psychiatrie und Allgemeinpsychiatrie Zürich West der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK). Wulf Rössler ist zudem Vorsitzender der Kommission für Suchtmittelfragen des Kantons Zürich. Anlässlich seines 60. Geburtstages fand Mitte September in Zürich ein Symposium zur Zukunft der Sozialpsychiatrie statt.

KONTAKT roessler@spd.uzh.ch

VERALTENDE ZUKUNFT

Prognosen und Prophezeiungen, Visionen und Kalkulationen, Planungen und Ahnungen: Im Sammelband «Archäologie der Zukunft» wird nach Zukunftsszenarien vergangener Gegenwarten gegraben. Von David Werner

Schwer wie ein Stein liegt dieses dickleibige Wunderding in der Hand. Von aussen besehen ist es mehr Schatztruhe als Buch, mehr Kultobjekt als Informationsträger, mehr mysteriöses Fundstück als frisch ausgeliefertes Druckerzeugnis. Ein Überbleibsel aus Zeiten, die von den unseren nichts ahnten. Der schwarze Einband flösst einem Respekt ein, man zögert, den Deckel aufzuschlagen – man könnte kalt zurückgewiesen werden, könnte abprallen an verschlüsselten Zeichen, die dem neugierig-forschenden Zugriff ihre Botschaft nicht preisgeben. Doch dann – Überraschung! – reagiert das Buch, noch bevor man auch nur eine Zeile gelesen hat, und das in einer Art, mit der nicht zu rechnen war: Es spricht auf Berührung an. Drückt man auf einzelne Stellen des wärmeaktiven Einbandes, leuchten geheimnisvoll anmutende Wortschlangen auf. So ist es mit den Orakeln, sie tun sich auf unvorhersehbare Weise kund.

UNMÖGLICHE ÜBERHOLMANÖVER

Vom Vorhersehen und vom Unvorhersehbaren handelt dieser Band, der sich beim Durchblättern als eine sowohl optisch wie inhaltlich abwechslungsreich und kurzweilig gestaltete, zum Schmökern einladende Textsammlung entpuppt. Die rund dreissig Aufsätze, Essays und Diskussionsprotokolle entstanden anlässlich einer fächerübergreifenden Seminarreihe, die das Collegium Helveticum in den Jahren 2004 und 2005 durchführte. Geschichte und Geschichten der Imagination, Deutung, Erkundung und Gestaltung von Zukunft sind das Thema. Dem interdisziplinären Ansatz der Reihe verdankt sich eine ausserordentliche Vielfalt an Stoffen und Perspektiven. Der Historiker Martin Lengwiler zum Beispiel zeigt, wie das moderne Versicherungswesen unsere Zukunftsvorstellungen verändert hat. Der Sprachtheoretiker Johannes Fehr wirft ein kritisches

Licht auf die Versuche der NASA, mit extraterrestrischen Zivilisationen zu kommunizieren. Roboterforscher Rolf Pfeifer stellt sich der Frage, ob die künstliche Intelligenz eine Fortsetzung der menschlichen Evolution mit wissenschaftlichen Mittel sei.

Gleich mehrere Beiträge beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Science-Fiction und Innovation. Biochemiker Stephan Sigrist erklärt, inwiefern phantastische Zukunftserzählungen als Treiber für neue Märkte fungieren: Sie stimulieren den Optimismus der Investoren und fördern die Bereitschaft der Konsumenten, neuartige Produkte zu kaufen. Filmwissenschaftler Simon Spiegel wiederum geht dem Ideen- und Begriffstransfer zwischen Science-Fiction und Wissenschaft nach. Man lernt unter anderem, dass der Begriff «Cyberspace» aus William Gibsons Kurzgeschichte «Burning Chrome» stammt. Allerdings darf man laut Spiegel die Bedeutung von Zukunftsromanen und -filmen für die Wissenschaftsentwicklung nicht überschätzen: Sci-Fi-Autoren machen selbst keine Erfindungen und Entdeckungen, ihre Vorstellungswelten beruhen auf Extrapolationen des Bekannten. Im Zeitenlauf gibt es eben keine Überholmanöver, das schlechthin Andere der Zukunft lässt sich nicht antizipieren.

VERSTAUBTE UTOPIEN

Das musste, wie der Architekt Jørg Himmelfreich zeigt, auch Walt Disney erfahren. Disney wollte in Florida das Kommende vorwegnehmen – in Form einer begehbaren, gewissermassen lebensgrossen Modellstadt der Zukunft, genannt «Experimental Prototype City of Tomorrow». Er kam nicht über die Planung hinaus. Er musste einsehen, dass Utopien, kaum sind sie Realität geworden, bereits zu verstauben beginnen. Gebaute Zukunft verwandelt sich in steingewordene Vergangenheit. Wie Modeartikel



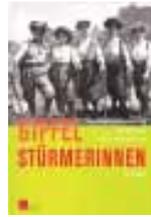
veralten Zukunftsdarstellungen rasch. Angejahrte Science-Fiction-Filme veranschaulichen dies besonders drastisch: Angesichts ihres visionären Anspruchs tritt ihre Zeitgebundenheit erst richtig hervor. Vorweggenommene Zukunft? Lächerlich.

FASZINIERENDE VERZWICKTHEITEN

Es sind faszinierende Verwicktheiten, mit denen sich dieses Buch befasst. Verzwickt zum Beispiel ist der Realitätsstatus von Noch-Nicht-Geschehenem: Zukunftserwartungen sind einerseits Fiktionen, andererseits schaffen sie auch Wirklichkeit. Sie prägen die Wahrnehmung und lenken damit das Handeln. Thema der Wissenschaftstheoretikerin Ulrike Felt sind Erwartungsfallen in der Forschung. Wissenschaft zielt auf das Neue, Zukunftsträchtige. Wer sich aber zu sehr auf Zukunftsversprechen fixiert, riskiert, wie Felt zeigt, in einen Zirkel sich selbst erfüllender Prophezeiungen zu geraten und damit wirklich Neues gerade zu verfehlen. Die Kunst liegt auch für die Wissenschaft in der Offenheit für Unvorhergesehenes.

In diesem Zusammenhang sei – last but not least – auch auf den Eröffnungstext von Mitherausgeber Matthias Michel hingewiesen, in dem der Unterschied zwischen echter Prophezeiung und blosser Prognose erklärt wird: «Die gute Prognose», liest man hier, «ist eindeutig. Die gute Prophezeiung ist vieldeutig: ein Rätsel.» Die berühmteste der klassischen Vorankündigungen, das Ödipus-Orakel, hält Michel als Prophezeiung für misslungen, «weil die Vorhersage tatsächlich, in flauer und schaler, nachgerade geist- und gehaltloser Folgerichtigkeit in Erfüllung geht.» Die gute Prophezeiung richtet sich nicht auf eine verifizierbare Tatsache in der Zukunft. Sie schafft Offenheit in der Gegenwart.

Rainer Egloff, Gerd Folkers, Matthias Michel (Hg.): *Archäologie der Zukunft*, Edition Collegium Helveticum 3, Chronos Verlag 2007, 424 Seiten, 48 Franken, Sonderedition 298 Franken



AFRIKA VERSTEHEN

Die öffentliche Wahrnehmung von Afrika ist seit je negativ geprägt. Krieg, Vertreibung, Hunger, Aids, Korruption, politische wie wirtschaftliche Instabilität sind nur einige Stichworte, mit denen der Kontinent in Verbindung gebracht wird. Doch es gibt auch ein positives Bild Afrikas. Optimisten betrachten es als Lebensraum einer reichen Fauna und Flora und als Hort eines unerschöpflichen kulturellen Reichtums. Mit dem Sammelband «Afrika im Wandel» wird der Versuch unternommen, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Afrikabildern zu schaffen. Fachleute verschiedener Disziplinen setzen sich mit der vielschichtigen Realität des Kontinents auseinander und zeigen auf, dass es so etwas wie ein Afrika nicht existiert.

Am Beispiel der Armut wird deutlich, dass es keine einheitlichen Erklärungs- und Lösungsansätze gibt. Botswana, das zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit 1966 eines der ärmsten Länder der Welt war, verfügt heute über ein Pro-Kopf-Einkommen von immerhin 4340 US-Dollar, Nigeria nur über eines von 390 US-Dollar, und in der Demokratischen Republik Kongo liegt es bei bloss 120 US-Dollar. Obwohl alle drei Länder reich an natürlichen Ressourcen sind, hat es Botswana besser verstanden, seine Gewinne aus dem Diamantengeschäft in die Infrastruktur und in den Tourismus zu investieren. Neben den Wunden des Kolonialismus sind in vielen Staaten «Bad Governance» und Klientelwirtschaft die Hauptursachen für wirtschaftliche und politische Stagnation. Doch wie lässt sich Stabilität überhaupt erreichen? Barbara Becker zeigt auf, dass die Landwirtschaft in Afrika ein «wichtiger Motor» für die Überwindung der Armut ist. Gesine Krüger, Rebekka Ehret und Julian Thomas Hottinger sehen in der Vergangenheitsbewältigung, wie sie in Südafrika und Sierra Leone betrieben wurde, eine Grundvoraussetzung zur Erzeugung von Stabilität. *Maurus Immoos*

Thomas Bearth, Barbara Becker, Rolf Kappel, Gesine Krüger, Roger Pfister (Hg.): *Afrika im Wandel*, VDF Hochschulverlag 2007, 296 Seiten, 48 Franken

GIPFELSTÜRMERINNEN

«Wollen ist Können», schrieb sie mit ihrem zierlichen Bergstock ins ewige Eis. Die Rede ist von Henriette d'Angeville, die bereits 1858 den Montblanc bestiegen hatte. Bergsteigen war demnach in seinen Anfängen nicht bloss Männersache. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann das westeuropäische Bürgertum, den Alpenraum für sich zu entdecken, und nutzte ihn zur Selbstinszenierung sowie als Projektionsfläche für seine Ideale und Wertvorstellungen. Im Gegensatz zu den Männern gezielte es sich für anständige Damen nicht, Berichte über Bergtouren zu verfassen und stolz über vollbrachte Taten zu berichten. Geschah dies trotzdem, mussten die Frauen damit rechnen, als Hochstaplerinnen dargestellt zu werden.

Wie die Historikerin Tanja Wirz in ihrem Buch zur Geschlechtergeschichte des Alpinismus darlegt, sahen sich die ersten Bergsteigerinnen jedoch nicht als Vorkämpferinnen für die Sache der Frau. Sie versuchten vielmehr, auch beim Aufenthalt in den Bergen den sozialen Normen gerecht zu werden. So galt sonnengebräuntes Gesicht als bäurisch und undamenhaft. Schleier, unpraktische Röcke, Kölnischwasser sowie ein Spiegel, um die Gesichtsfarbe zu kontrollieren, gehörten zur Grundausrüstung einer bürgerlichen Alpinistin.

Bergsteigerinnen erhielten in der Vergangenheit zwar nie dieselbe Anerkennung wie ihre männlichen Gipfelstürmer, konnten aber ihrer Leidenschaft frönen, sofern sie sich an die bürgerlichen Normen hielten. Ausschluss Tendenzen gab es erst um die Jahrhundertwende. Geprägt durch sozialdarwinistische Ideen verweigerte der Schweizerische Alpenclub ab 1907 den Frauen den Zutritt. Als Antwort darauf kam es 1918 zur Gründung des Schweizer Frauen-Alpenclubs. Mit der zunehmenden Popularisierung und Individualisierung des Bergsteigens liess sich der Alpenraum nicht mehr als reines Männer-Reduit halten. *Maurus Immoos*

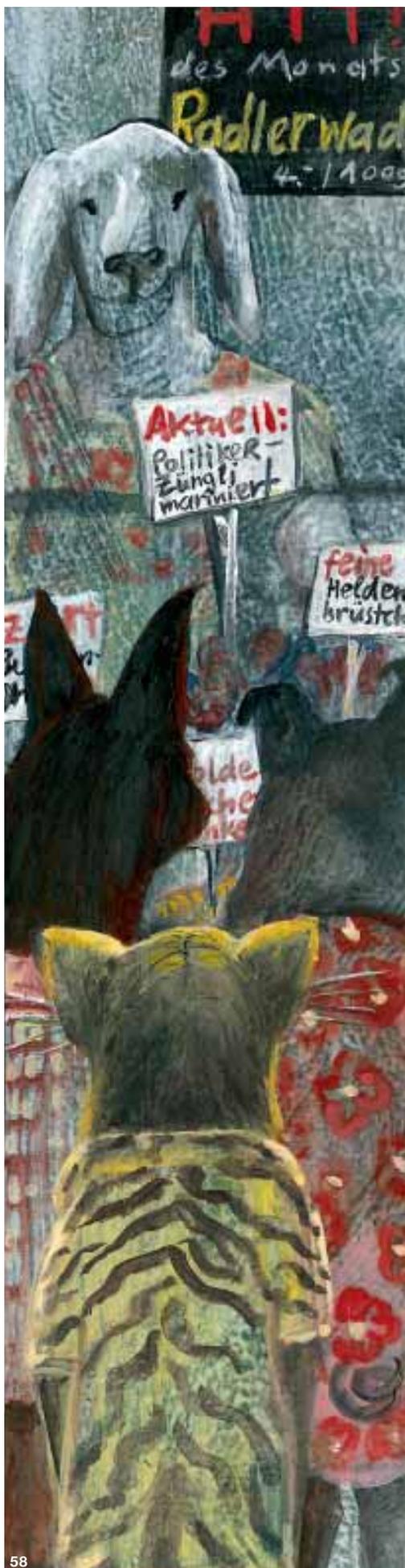
Tanja Wirz: *Gipfelstürmerinnen. Eine Geschlechtergeschichte des Alpinismus in der Schweiz 1840–1940*, Verlag Hier + Jetzt 2007, 446 Seiten, 68 Franken

VIelfALT DURCH WETTBEWERB

Was Gesellschaften über sich selbst wissen, das wissen sie zum grössten Teil aus den Medien. Demokratien haben deshalb ein vitales Interesse an unabhängiger, qualitativ hochstehender Berichterstattung. Unter welchen rechtlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen aber kann Qualität am ehesten gedeihen? Die Autoren des Sammelbandes «Ordnung durch Medienpolitik» sind sich einig, dass die bekannte Ideologiedebatte – mehr Regulation oder mehr Deregulation? – in dieser Frage nicht weiterhilft. Zu viel staatliche Kontrolle gefährdet auf der einen Seite die Unabhängigkeit der Medien, auf der anderen Seite bedeutet marktgläubiges Laissez-faire nicht nur mehr Boulevard und mehr Kampagnenjournalismus, sondern vor allem Konzentration der Medien in der Hand einiger weniger Player.

Im Printmedienbereich, der keinerlei staatliche Vorgaben kennt, kann man dies gut beobachten. Hier schreitet der Konzentrationsprozess seit Jahrzehnten munter voran. Konkurrenz ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für den Qualitätserhalt, sie sorgt für die nötige Angebotsvielfalt, sie stimuliert den Wettbewerb, sie erlaubt erst die kritische Reflexion des Mediengeschehens in den Medien. Im vorliegenden Band werden aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven heraus Ideen für Medienordnungen entwickelt, die Qualitätssicherung ermöglichen und den Qualitätswettbewerb befördern. Im Zentrum stehen dabei vor allem Formen der Selbst- und Co-Regulierung, bei denen Medienproduzenten und Rezipientengruppen in laufendem Prozess gemeinsam mit politischen und staatlichen Akteuren Richtlinien und Zielvorgaben für die mediale Berichterstattung aushandeln. Durch Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure, so die Hoffnung, könnte eine breit verankerte Verantwortungskultur gegenüber Medien geschaffen werden. *David Werner*

Otfried Jarren, Patrick Donges (Hg.) *Ordnung durch Medienpolitik?* UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2007, 412 Seiten, 63 Franken



SCHLUSSPUNKT von Simona Ryser

FLEISCHTHEKENDEMOKRATIE

Da stehen wir also vor der Fleischtheke. Samstagmorgens um elf. Neben mir der Herr im Cordanzug, frisch rasiert und aftershaved, links die Dame in den Flipflops und mit feuchtem Haar, vor mir eine Dame in zerknittertem Deux-pièces, vor der Dame ein graumeliertes Herr im Freizeitlook, vor dem Herrn zwei Kinder, die die Nase aufs Glas vor der Auslage drücken. Ich stelle mich auf die Zehen: Grillschnecke oder Bratwurst? Bratwurst mit Bärlauch oder nature? Oder etwa ein Cervelat? Ich rücke 50 Zentimeter nach links und luge über die Cordanzugschulter. Eine steife Brise Old Spice verzieht mir das Gesicht, die Augen verengen sich zu zwei Schlitzen, die Nase schnellt in die Höhe und jagt mit einem unvermittelten Ruck Richtung Plättliboden. Ein siebenstimmiger Kanon wünscht mir diskret Gesundheit und verlagert das Gewicht vom einen aufs andere Bein.

Ich bedanke mich leise und schaue verlegen zu Boden, halte die Luft an und stelle mich auf die Zehen: Lammracks, Lammgigotsteak oder Lammfilets? Der Metzger schaut in die Runde: «Wen darf ich als Nächstes bedienen?», «Ich glaube, jetzt sind Sie an der Reihe», «Oh nein, bitte schön, ich lasse Ihnen den Vortritt». Ich rücke 10 Zentimeter vor und verschiebe mich um 75 Zentimeter nach rechts. Der Blick wird durch fruchtigparfümierte, feuchte Haarlocken gefiltert und fällt auf: Kalbskoteletts, Holzfällersteaks, Adrio. Ich sehe des Fleischers Hände eine Kalbsschulter packen, er wirft sie in die Luft, klatscht sie aufs Holzbrett und wetzt die Messer. Die Kinder am Absperrglas sprechen leise von den Wurstrugeli. Eine mächtige Dame mit grossen Brüsten in gerafftem Blumenkleid stellt sich neben mich, die Wangen glühen rot. Sie nickt mir mit einem leisen Lächeln zu. Ich lasse mich etwas in die Knie fallen und schiebe mich unauffällig etwas nach

links: zwischen «l'une und l'autre pièce» tut sich eine Blickspalte auf. Pouletbrüstli, Hühnerbrüste und Guggelibeine.

Ich schnelle hoch. Heute möchte ich Guggelibeine verspeisen! Ich bin ganz entspannt. Der Entscheid ist gefallen. «Bitte, keine Ursache, Sie sind an der Reihe.» «Steht nicht der Herr schon länger da?» «Ich lasse Ihnen den Vortritt!» «Oh, vielen Dank, das ist aber nett, ich will mich nicht vordrängen...» Die Kinder klettern auf den kleinen Absatz vor der Fleischauslage und zeigen auf die Würste, von denen sich Rugeli schneiden lassen. Die Flipflops zappen schmatzend weg. Eine fruchtige Duftwolke weht hinterher. «Guggelibein, Guggelibein», summe ich leise vor mich her. Die roten Wangen nebenan wenden sich mir fürsorglich zu, die Blumen tanzen auf dem üppigen Busen. «Guggelibein, Guggelibein ... mit Chips und Salat.»

Der graumelierte Herr zieht mit prallgefüllten Taschen ab. Die Kinder zeichnen mit den Fingern Wurstrugeli aufs Glas. Der Metzger streicht sich eine Haarsträhne aus dem glänzenden Gesicht und lächelt. Eine Schweissperle funkelt auf seiner Stirn. «Wer ist als Nächster an der Reihe?» «Jetzt sind Sie dran.» «Aber nein, sie warten schon so lange...» «Vielleicht könnte ich ... ich bin ganz schnell fertig.» Die Blumen neben mir wiegen in der Samstagmorgenbrise, die Kinder vor mir schreien: «Wurstrugeli! Wurstrugeli!» Hinter mir drängt sich eine Kleinfamilie, ein Manager ohne Krawatte stellt sich auf die Zehen. Vor mir liegt die Fleischauslage. «Wer kommt an die Reihe?» «Jetzt aber, ladies first...» Ich hebe an zum grossen Bestellsolo. Der Metzger macht ein trauriges Gesicht: «Die Guggelibeine sind leider aus.»

Simona Ryser ist Autorin und Journalistin. Vor kurzem ist ihr Roman «Maries Gespenster» im Limmat Verlag erschienen.

Investment Banking: Immer unter Strom

Ana Cerkez absolviert nach ihrem Wirtschaftsstudium das Graduate Training Program (GTP) in der Investment Bank von UBS. Das GTP ist für sie das Sprungbrett für eine Festanstellung im Bereich Devisenhandel.

Das Investment Banking gilt als Männerdomäne. War das ein Problem für Sie?

Die Zeiten haben sich geändert, mittlerweile sind einige Frauen im Investment Banking tätig. Somit war dies für mich nie ein Thema. Mir gefällt das Investment Banking. Man steht immer unter Strom.

Was fasziniert Sie am Devisenhandel?

Ich habe während des Studiums Finance vertieft und kann das Lehrbuchwissen jetzt in der Praxis anwenden. Volkswirtschaftliche Zusammenhänge sind nicht mehr graue Theorie, sondern ich sehe jeden Tag, wie sie sich auf die Wechselkurse auswirken.

War das Investment Banking nach der Uni nicht ein Sprung ins kalte Wasser?

Ich denke, jeder Berufseinstieg nach dem Studium ist ein Sprung ins kalte Wasser. Es kommt

eine Flut von Informationen auf einem zu, von der man sich nicht einschüchtern lassen darf. Für mich war das ein Pluspunkt, denn man lernt jeden Tag Neues dazu.

Was macht in Ihren Augen das GTP aus?

Das GTP bot mir die Möglichkeit ins Investment Banking einzusteigen, was sonst direkt nach der Uni nicht möglich gewesen wäre. Ich habe während des GTP viel gelernt und dadurch meinen Traumjob gefunden.

Warum würden Sie UBS als Arbeitgeberin und das GTP empfehlen?

UBS bietet einem Hochschulabsolventen unglaublich viele Möglichkeiten. Beispielsweise konnte ich durch das GTP ein sechswöchiges Training in Stamford absolvieren. Meine Arbeit ist immer spannend und ich kann mich persönlich und fachlich weiterentwickeln.



Workshop Masterclass "UBS goes Asia"

**October 31 until November 2, 2007
in Pfäffikon SZ**

Work within a team on a case study on the Asian markets and present it to an audience of professionals.

Apply now (until October 14, 2007) by sending your CV to: gtp@ubs.com

Your exceptional talent
drives our success.
It starts with you.

What keeps UBS at the forefront of global financial services? Your skills, commitment and ambition to be the best. Our innovation comes from your creativity and appetite for challenge. The ideas you share with colleagues help develop the products and services that sustain our market leadership positions across Europe, the Americas and Asia Pacific. A dynamic and diverse environment provides you with every opportunity to fulfill your potential and further our achievements. Industry-leading training programs help you to hit the ground running. How far you go is up to you.

It starts with you:

www.ubs.com/graduates

UBS is proud to be
National Supporter



You & Us

